Christian Gasser

Der Gotthard-Bund

Eine schweizerische Widerstandsbewegung

Aus den Archiven 1940 bis 1948

Mit einem Vorwort von alt Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen

Haupt

Dr. Dr. h. c. Christian Gasser   Der Gotthard-Bund

Dr. Dr. h. c. Christian Gasser

Der Gotthard-Bund

Eine schweizerische Widerstandsbewegung

Aus den Archiven 1940 bis 1948

Mit einem Vorwort von alt Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen

Verlag Paul Haupt Bern und Stuttgart

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Gasser, Christian:
Der Gotthard-Bund: Eine schweizerische Widerstandsbewegung.
Aus d. Archiven 1940–1948 / Christian Gasser.
Mit e. Vorw. von Friedrich Traugott Wahlen. –
Bern; Stuttgart: Haupt, 1984.
ISBN 3-258-03354-4

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

von alt Bundesrat F. T. Wahlen

Die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wird in die Geschichte Europas als eine Epoche eingehen, zu deren Anfang unser Kontinent auf dem Höhepunkt seiner Stellung als Weltmacht stand, um sie nach Ablauf von 50 Jahren durch zweimalige Selbstverstümmelung völlig zu verlieren. Die Schweiz war nie Kolonialmacht und hatte auch sonst nur einen geringen Anteil an der weltbeherrschenden Stellung Europas, aber die Wandlungen, die sich in dieser Zeitspanne vollzogen, brachten ihr doch aussenpolitische und namentlich innenpolitische Erschütterungen, die mit zu den schwersten unserer Geschichte zählen. Kaum ein Zeitabschnitt wäre besser geeignet, die Richtigkeit dieser Aussage zu belegen als das an umstürzenden Ereignissen reiche Jahr 1940.

Nach der einschläfernden «drôle de guerre» überfielen die Armeen Hitlers am 9. April 1940 Dänemark und Norwegen, und am 10. Mai folgte der Angriff auf Frankreich, und zwar ohne Kriegserklärungen über das Gebiet von Belgien, Holland und Luxemburg. Nachdem bereits die Tschechoslowakei, Österreich und Polen überwältigt worden waren, standen also im Mai 1940 acht Staaten, einige davon nach Grösse und völkerrechtlichem Status mit der Schweiz vergleichbar, unter der Fuchtel des «Führers». Nach der Niederlage Frankreichs und dem Eintritt Italiens in den Krieg sah sich unser Land als kleine, höchst gefährdete Insel des Friedens und der Freiheit auf allen Seiten von den beiden totalitären Mächten eingeschlossen.

Unter diesen Umständen war es begreiflich, dass weite Bevölkerungskreise von Angst befallen wurden. Ich erinnere mich an eine Autofahrt Bern – Zürich mit meinem Freund Arnold Muggli Mitte Mai 1940, als wir zahllosen, mit Menschen und Gepäck überladenen Automobilen begegneten, die sich auf der Flucht in die Berge befanden. Aber schlimmer als diese Angstbezeugungen war das Verhalten einer Minderheit, die sich virulent für «Anpassung» einsetzte, mit anderen Worten für die Übernahme und Anwendung des nationalsozialistischen Gedankengutes.

Unter den extremsten Anhängern dieser Tendenz gab es sogar solche, die die Schweiz im Dritten Reich aufgehen lassen wollten. Die glänzenden Siege Hitlers führten zu einem Wiederaufleben des Frontenfrühlings von 1933, als sich im Gefolge der innenpolitischen Machtübernahme durch die nationalsozialistische Partei Deutschlands in der Schweiz zahlreiche Gruppen und Vereinigungen, die sogenannten Fronten gebildet hatten, die sich für die Übernahme von Staats- und Gesellschaftsstrukturen einsetzten, wie sie von Hitler und Mussolini geschaffen worden waren. Die extremsten unter diesen Gruppen erhielten aktive Unterstützung von aussen, die sich im Sommer 1940 sogar zu einer deutschen Intervention auf Regierungsebene auswuchs in Form der «Aktion Trump», als sich der Presseattaché der deutschen Botschaft in Bern anmasste, die Entfernung führender Redaktoren schweizerischer Zeitungen aus ihren Stellungen zu verlangen. Nicht zu vergessen ist auch die Tätigkeit der «fünften Kolonne», als welche schon in der Vorkriegszeit die Kolonien der Deutschen im Ausland bezeichnet wurden.

An der Haltung des Bundesrates zu jener Zeit ist oft Kritik geübt worden. Man darf aber nicht vergessen, dass er einen schweren Stand hatte. Selbstverständlich war sein Hauptanliegen die Wahrung der Integrität und Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft, aber gerade deshalb musste er auch darauf bedacht sein, die unberechenbaren Führer der Achse nicht zum Angriff zu reizen und ihnen keinen Vorwand zum Einschreiten zu geben. Er erliess aber schon am 18. April 1940 eine Verordnung über das Verhalten gegenüber Gerüchten, Spionen und Saboteuren, und am 9. Juli des gleichen Jahres folgte ein Bundesratsbeschluss, der eine polizeiliche Genehmigung aller öffentlichen und geschlossenen Versammlungen vorschrieb. In diesem Zusammenhang sei auch die vorbildliche Haltung des Generals erwähnt, die im Rütlirapport vom Sommer 1940 einen Ausdruck fand, der den Wehrwillen des Volkes stärkte. Trotzdem machten sich Zweifel an der Haltung der Behörden geltend, die ihren Höhepunkt im Frühherbst nach dem Empfang dreier führender Frontenmitglieder durch den Bundespräsidenten erreichten.

Diese Umstände und Vorkommnisse wurden zu einer Feuerprobe unserer direkten Demokratie mit ihrem Mitspracherecht des Volkes. Der einzelne Bürger und staatsbürgerliche Vereinigungen durften nicht sagen und schreiben, was von seiten der Behörden kommend unter den damaligen Umständen als inopportun hätte bezeichnet werden müssen. Einmal mehr zeigte sich die Vielfalt des Schweizervolkes im Entstehen verschiedenster

Widerstandsherde, von kleinen Kreisen geheimer Verschwörer (Offiziersbund) bis zu Vereinigungen, die an die Öffentlichkeit traten und das Volk zum Durchhalten um jeden Preis aufriefen. Zu ihnen gehört an erster Stelle der am 30. Juni 1940 in Bern gegründete Gotthard-Bund. Im vorliegenden Band wird in packender Weise die Tätigkeit des Bundes während der Kriegsjahre geschildert. Sie beschränkte sich nicht auf Appelle zum nationalen Widerstand, sondern es wurden viele wirtschafts- und staatspolitische Probleme aufgegriffen, die den Bürger an seine staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten erinnerten und die dazu beitrugen, die gedrückte Stimmung zu heben.

Es sei dem Verfasser dieses Vorwortes gestattet, zwei Tätigkeiten des Gotthard-Bundes besonders in Erinnerung zu rufen, von denen die eine am Anfang, die andere am Ende der Existenz des Bundes stand, und für die er ihm zu persönlichem Dank verpflichtet ist. Vielen überlebenden Zeitgenossen ist es noch in Erinnerung, dass der am 15. November 1940 lancierte Anbauplan in der Öffentlichkeit wohl überwiegend gut aufgenommen wurde, dass er aber gerade in behördlichen Kreisen auf Skepsis stiess, ja geradezu als Utopie bezeichnet wurde. Mit grossem Elan setzte sich der Gotthard-Bund für die Verwirklichung des Anbauwerkes ein, nicht zuletzt aus der Überzeugung, dass es nicht allein um die Sicherung der Lebensmittelversorgung, sondern auch um eine Stärkung des Durchhaltewillens des Volkes ging. Musste der Schweizer Soldat an der Grenze einem möglichen Angriff wartend entgegensehen, hatte hier jeder Schweizer und jede Schweizerin, die Jugendlichen inbegriffen, die Möglichkeit, für die Erhaltung des Vaterlandes aktiv zu kämpfen, bildlich gesprochen von der Defensive zur Offensive überzugehen. Das Anbauwerk hat nicht nur den Hunger gestillt, sondern auch den Geist gestärkt.

Ein liebenswürdiger Zufall will es, dass auch die letzten Zielsetzungen des Gotthard-Bundes vor seiner Auflösung im Jahre 1969 mit der Arbeit des Verfassers dieses Vorwortes parallel liefen. Die letzten Nummern der «Gotthardbriefe» waren nämlich der Vorbereitung der Totalrevision unserer Bundesverfassung gewidmet. Damit kam der Gotthard-Bund dem Aufruf nach, dass die Neugestaltung unseres Grundgesetzes nicht allein Sache von Juristen und Experten sein dürfe, sondern jeden einzelnen Bürger zum konstruktiven Denken und Mittun anregen sollte.

Es ist sehr verdienstlich, dass der vorliegende Band nun auch die Zielsetzungen und Leistungen des Gotthard-Bundes in Erinnerung ruft. Man

darf hoffen, dass seine Lektüre vielen Lesern zeigt, wie sehr das Funktionieren der Demokratie von der Leistung jedes einzelnen abhängt. Gerade in unserer heutigen sorgenbeladenen Zeit mit ihrem ungewissen Ausblick in die Zukunft weckt die Beschäftigung mit der Vergangenheit Mahnungen, die nicht überhört werden dürfen.

F. T. Wahlen

Vorbemerkungen des Verfassers

Seit 1970 ist das Interesse an den Vorgängen in unserem Lande während des Zweiten Weltkrieges zu neuem Leben erwacht. Eine Reihe von Veröffentlichungen ist erschienen. Auch mehrere Hochschul-Institute haben sich mit den Auswirkungen der politischen und kriegerischen Ereignisse auf das Schweizervolk, die Behörden und die Armee befasst.

Dabei musste immer wieder festgestellt werden, dass die Gründe, die zur Entstehung des «Gotthard-Bundes» führten, seine Ziele und seine Tätigkeit fast unbekannt und deshalb auch weitgehend unberücksichtigt blieben. Die Ursachen liegen vor allem darin, dass die seinerzeit im Gotthard-Bund führend beteiligten Persönlichkeiten in keiner politischen Partei irgendwelche Ämter übernahmen, sich vielmehr in den Nachkriegsjahren grosse Zurückhaltung auferlegten, teilweise bewusst, teilweise infolge starker anderweitiger Beanspruchung.

1974 wurde ein erster Anlauf unternommen, eine vorwiegend dokumentarische Veröffentlichung über den Gotthard-Bund herauszubringen, aber – der Grund liegt fast ausschliesslich beim Verfasser – deren Fertigstellung wurde verzögert. Prof. Ph. Muller, Neuenburg, veröffentlichte in französischer Sprache schon 1974 eine kurze Darstellung der Entstehung der Ligue du Gothard, vor allem aber einen Bericht über deren Tätigkeit von 1950 bis zur formellen Auflösung 1969.

Herrn alt Bundesrat Wahlen gebührt ein besonders herzlicher Dank dafür, dass er einen einführenden Text verfasste, was alle an dieser Veröffentlichung direkt oder indirekt Beteiligten mit grosser Freude und Genugtuung erfüllt.

Mein Ziel und das Ziel der mehr oder weniger «hinter den Kulissen» Mitarbeitenden besteht vorwiegend darin, das in den Archiven des Gotthard-Bundes vorhandene Material in geraffter Form der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Besonderer Dank gebührt den Herren Adolf Brunner, Musiker, Thalwil, Kurt Vogelsang, Forch und Schwerzenbach, Kanton Zürich, sowie Prof. Philippe Muller, Neuchâtel, die zur Bereitstellung der Unterlagen Wesentliches beigetragen haben. Das Personenverzeichnis hat in äusserst zuvorkommender Weise Herr Dr. h.c. Hermann Böschenstein, Bern, überarbeitet. Ich schulde ihm hiefür herzlichen Dank. Für die langwierige Ordnung der Unterlagen und die ausgezeichnete Arbeit bei der Fertigstellung des öfters wieder geänderten und ergänzten Manuskriptes danke ich meiner Sekretärin, Frau H. Schmid-Rissi, Feuerthalen.

In dankbarer Erinnerung und Ehrerbietung sei Herrn Prof. Theophil Spoerris gedacht, der am 24. Dezember 1974 im Alter von 84 Jahren gestorben ist. Er bildete die «menschliche Klammer», welche die am Gotthard-Bund beteiligten, aus den verschiedenartigsten Gruppen stammenden Menschen zusammenhielt. Seine persönliche Integrität war für alle über jeden Zweifel erhaben. Ein von ihm stammender Gedanke sei hier wiedergegeben, da er nicht nur seine Persönlichkeit, sondern die Grundhaltung, aus der heraus der Gotthard-Bund entstanden ist, charakterisiert: «Alles Lebende ist ein Über-sich-hinausgehen. Das ist die Grundbewegung des Lebens. Das Über-sich-hinausgehen setzt voraus, dass ein Verfestigtes da ist, das die Bewegung nicht mitmacht, aber sie ermöglicht».

Zürich, Frühjahr 1984 — Christian Gasser

I. Vorgeschichte, Gründung und erste Tätigkeit des Gotthard-Bundes

1940 bis Januar 1941

1. Vorgeschichte

Der «Anschluss» und die Besetzung Österreichs durch die Nationalsozialisten am 13. März 1938 verursachte der schweizerischen Bevölkerung einen Schock. Der Bundesrat sah sich veranlasst, am 9. November 1938 eine Botschaft über «Geistige Landesverteidigung» zu veröffentlichen. Im Schlusspassus finden sich die Sätze: «Der schweizerische Gedanke ist nicht ein Produkt der Rasse, das heisst des Fleisches, sondern das Werk des Geistes. Es ist eine bewundernswerte Tatsache, dass am Gotthard, dem Berg, der trennt, und dem Pass, der vereint, eine grosse Idee, eine europäische, universelle Idee entstand und politische Wirklichkeit wurde: Die Idee einer geistigen Gemeinschaft der Völker und der abendländischen Kulturen.»

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 und der überraschend schnellen Niederlage Polens begann die Zeit der «drôle de guerre». Die politischen Parteien und die Gewerkschaften übten einen steigenden Druck aus, um mehr und mehr zu erwirken, dass die bei Kriegsbeginn mobilisierten Truppen entlassen würden. So entstand eine eigenartige schrittweise Aufweichung der inneren Widerstandskraft des Schweizervolkes.

Prof. Theophil Spoerri berichtete in den «Schweizer Monatsheften» vom 10. Januar 1964 über die Zeit von Ende 1939 bis Frühling 1940: «Ein Deutsch- und ein Welschschweizer fassten den Plan, die eidgenössische Idee in der Einheit ihrer Mannigfaltigkeit durch Radiosendungen zum Ausdruck zu bringen. Im Rahmen dieser Sendungen sprachen Persönlichkeiten wie der Zürcher Stadtpräsident Dr. Emil Klöti, Prof. Max Huber und Prof. Gonzague de Reynold. In weiteren Sendungen äusserten sich als Deutschschweizer Prof. Fritz Ernst, als Welschschweizer der langjährige Leiter des «Journal de Genève», Chapuisat, als Tessiner Prof. Zoppi,

als Romane Reto Bezzola. Die Einheit im konfessionellen Leben kam in einer Sendung zum Ausdruck durch Bischof Marius Besson und Prof. Emil Brunner. Für die Einheit im sozialen Leben demonstrierten der Industrielle Dr. Bohny und der Gewerkschafter Dr. Bollinger. Auf die Bedeutung des Arbeitsfriedens wies Oberst A. Carrard hin.»

Aus der Einsicht in die Bedeutung von Kontakten über die politischen Gräben hinweg lud Prof. Spoerri eine Anzahl ihm bekannter Persönlichkeiten zu einer Zusammenkunft für den 10./11. Februar 1940 nach Genf ein. Anwesend waren neben Theo Spoerri, Zürich, Dr. Th. Bovet, Arzt in Zürich, Charles Ducommun, damals secrétaire-adjoint des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, später Generaldirektor der PTT, Bern, Julien Lescaze, Präsident der Union Corporatiste Suisse, Genf, René Leyvraz, Westschweizer Sekretär der Christlichen Gewerkschaften, Genf, Philippe Mottu, tätig für die in Entstehung begriffene Organisation «Heer und Haus», Bern, und Christian Gasser vom «Bund der Subventionslosen», Zollikon. Es war schwer, Brücken zu schlagen und ein vorurteilsloses Gespräch zustande zu bringen zwischen Leuten, die so verschiedenartige Auffassungen vertraten.

René Leyvraz charakterisierte die Zusammenkunft in einem späteren Zeitpunkt wie folgt: «Sur bien des points nous ne parlions plus le même langage et il faillait d'abord recréer un esprit commun.»

Aus der gemeinsamen Sorge um unser Land und Volk folgten dutzende von Kontakten zwischen den verschiedensten Persönlichkeiten. Wenn ich in meinem Tagebuch nachsehe, so finde ich in chronologischer Reihenfolge die Namen: Dr. Robert Eibel, damals Sekretär des Redressement National, Zürich; Dr. Hans Oprecht, Präsident der Sozialdemokratischen Partei, Zürich; Walther Bringolf, Stadtpräsdient, Schaffhausen; Prof. Jakob Lorenz, Gründer und Leiter der Organisation und Zeitung «Das Aufgebot», Freiburg; Dr. Walter Allgöwer (darüber später mehr); Georg Mischon, Redaktor der PTT-Zeitung, Bern; usw.

Am *9. April 1940* fiel die deutsche Wehrmacht in *Dänemark* und *Norwegen* ein. Dänemark ergab sich widerstandslos. In Norwegen folgten mehrere Wochen verbissene Kämpfe. Die Deutschen blieben Sieger und Norwegen wurde besetzt.

Am 18. April 1940 erliessen Bundesrat und General einen Aufruf an das Schweizervolk mit folgendem Abschnitt: «Wenn durch Radio, Flugblätter

und andere Mittel Nachrichten verbreitet werden sollten, die den Widerstandswillen von Bundesrat und Armeeleitung anzweifeln, so sind solche Nachrichten als Erfindung der feindlichen Propaganda zu betrachten. Unser Land wird sich gegen jeden Angreifer mit allen Mitteln bis aufs Äusserste verteidigen.»

Auf Grund eines aus dem Aktivdienst geäusserten Wunsches von *Dr. Walter Allgöwer*, dem späteren Basler Nationalrat – er tat als Hauptmann mit seiner Kompagnie Dienst in Schmerikon – fand dort am 23. April eine Besprechung mit mir statt. Ich kannte ihn aus der Pfadfinderzeit. Walter Allgöwer war aufs höchste beunruhigt durch die innenpolitische Lage und den auch in der Armee um sich greifenden Defaitismus; er schlug eine Besprechung vor mit Oberst Gustav Däniker, dem Leiter der Schiess-Schule Walenstadt. Gemeinsam besuchten wir den schon damals umstrittenen Oberst Däniker in Walenstadt. Däniker äusserte sich sehr kritisch über die Haltung unserer Behörden, die ungenügende Armeeorganisation usw. Man wusste damals schon, dass Bundesrat Minger zurückzutreten gedenke. Seine Nachfolge wurde bereits diskutiert. Däniker bezeichnete «Oberst Kobelt», den St. Galler Regierungsrat, als den denkbar schlechtesten möglichen Chef des eidgenössischen Militärdepartementes. – Es blieb bei diesem einmaligen Kontakt.

Im Laufe des Monats April und besonders anfangs Mai war immer deutlicher zu erkennen, dass die «drôle de guerre» sich ihrem Ende näherte und ein Angriff der deutschen Wehrmacht im Westen erfolgen würde. Am *10. Mai* brachen die Nazis in Belgien und Holland ein; gleichzeitig griffen sie mit grossen Verbänden Frankreich an. In der Schweiz war der Glaube an die militärische Stärke Frankreichs und vor allem an die «unüberwindbare» Maginot-Linie weit verbreitet.

Es folgten schlimme Wochen für die innere Widerstandskraft unseres Volkes. Prof. Erwin Bucher, Winterthur/Zürich, schrieb darüber (NZZ, 2. Mai 1979):

«In keiner Phase des Zweiten Weltkrieges ist die Zivilbevölkerung psychisch derart in Mitleidenschaft gezogen worden wie in den ersten Tagen nach dem Beginn des Westfeldzuges. Um die französischen Streitkräfte zu binden, die in der Nähe der Schweizergrenze standen, hatten die Deutschen, die ihre Offensive auf den nördlichen Abschnitt der Front beschränkten, einen *Angriff* gegen das Elsass und die Schweiz *vorgetäuscht*. In Südwestdeutschland standen damals sehr wenige Truppen,

aber durch ein grossangelegtes Täuschungsmanöver gelang es, das schweizerische Armeekommando und die Franzosen zur Überzeugung zu bringen, ein Überfall auf die Schweiz sei beschlossene Sache. Er wurde für den 15. Mai zwischen 2 und 4 Uhr früh erwartet. Dies sickerte auch in die Zivilbevölkerung durch, die in immer grössere Aufregung geriet. In den grenznahen Regionen *floh ein Teil der Bevölkerung*. Es handelte sich überwiegend um Frauen und Kinder. Die Bevölkerung des Mittellandes sah die langen Autokolonnen, die gegen das Landesinnere fuhren, und musste zur Überzeugung gelangen, dass vor allem die Autobesitzer geflohen seien. Dies dürfte eine Täuschung gewesen sein. Für Basel liegt nämlich eine Schätzung vor, dass nur ein Sechstel aller «Evakuierten» mit dem Auto wegreisten. Die Berichte stimmen anderseits überein, dass die Zahl der Leute aus den oberen Schichten, die ihren Wohnort verliessen, aufgefallen sei. Dabei beachtete die der Panik nahe Bevölkerung deren Verhalten besonders ängstlich. Daraus entstand eine *schwere Missstimmung* in der zurückgebliebenen Bevölkerung.»

Erwähnenwert ist eine Zusammenkunft in Thalwil am *23. Mai* von Prof. Emil Brunner, Gottlieb Duttweiler, Dr. Arthur Fischer, Prorektor, später Rektor des Freien Gymnasiums Zürich, Dr. A. Mäder, Arzt, und Christian Gasser (übrigens: Anlässlich dieser Besprechung machte Prof. Brunner Gottlieb Duttweiler den Vorschlag, seine Migros in eine Genossenschaft umzuwandeln. Damit würde er seine Anliegen glaubwürdiger vertreten können).

Am *10. Juni 1940* trat *Italien* an der Seite Deutschlands in den Krieg. Die Schweiz war nach dem vorauszusehenden Zusammenbruch Frankreichs nun ganz eingeschlossen von den Achsenmächten.

Mit dem militärischen «Zerfall» Frankreichs, den Erfolgen der deutschen Armeen und dem Eintritt Italiens in den Krieg zeigten sich immer deutlicher die Wirkungen der seit Jahren vorangetriebenen *«psychologischen Kriegsführung»* vor allem der Nazi in der Schweiz. Gesellschaften verlegten ihren Sitz oder wenigstens ihre Archive in die Westschweiz. Nachdem verschiedene Anordnungen die «Evakuation» der Bevölkerung und der Firmen sogar empfohlen, dies aber zu einer höchst unerwünschten psychologischen Wirkung geführt hatte, erliess der General am 20. Juni 1940 den Befehl, unter allen Umständen habe jedermann an seinem Wohnort zu bleiben, es sei denn, ein militärischer Befehl ordne etwas anderes an.

Weitere persönliche Kontakte, gemeinsam mit Prof. Spoerri oder andern Beteiligten an den in Gang gekommenen Vorbesprechungen, die zur Gründung des Gotthard-Bundes führten, ergaben für mich einen erschütternden Eindruck von der Haltung von Persönlichkeiten, die sich in politischen und wirtschaftlichen Führungsstellungen befanden. Darunter befanden sich auch Leute, die später unter den «200» zu finden waren. Besonders bedenklich schien mir die Haltung von Exponenten der politischen Linken. Im Gegensatz dazu war ich stark beeindruckt von der klaren Haltung *Conrad Ilgs*, dem Präsidenten des Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes (SMUV) und dessen Vizepräsidenten *Arthur Steiner*.

Geradezu deprimierend waren dagegen wieder Äusserungen eines leitenden Beamten der politischen Polizei des Kantons Zürich, die etwa so lauteten: «Ich weiss viel, viel zu viel. Aber ich kann nicht handeln, denn immer wieder werde ich von Bern zurückgepfiffen.» Die Tätigkeit einer Anzahl «Fröntler», besonders aber die immer stärker und frecher in Erscheinung tretenden nationalsozialistisch geprägten deutschen Organisationen und dutzende ihrer Mitglieder sowie auch offizieller Beamter beunruhigten die politische Polizei Zürichs aufs höchste.

Diese Informationen und eigene Beobachtungen veranlassten mich, am 10. Juni 1940 im Efficiency Club Zürich einen Vortrag zu halten mit dem Titel *«Propaganda, die neue Kriegswaffe»*. Der Text des Referates wurde vervielfältigt und später für Aufklärungskurse von *Ernst Jucker* (während einiger Zeit im Westen der Volksrepublik Sibirien in prominenter Stellung des dortigen Erziehungswesens; zurück in der Schweiz als Sekundarlehrer in Tann-Rüti tätig; hat während des 2. Weltkrieges unzählige Vorträge gehalten im Auftrag von «Heer und Haus») und mir im Rahmen des Gotthard-Bundes verwendet. Der schweizerische Generalstab hat in den kommenden Monaten viele hundert Exemplare dieses Textes angefordert. Einige Zitate daraus:

«Der *erste* Angriff pflegt *nicht militärisch* zu erfolgen. Die erste Verteidigungslinie ist also eine *nicht*militärische; sie liegt nicht an der Grenze, sondern im Innern.

Die Innere Unterminierung und Unterhöhlung ist zur ‚normalen' Kriegswaffe geworden.

. . . . .

Hitler sagt in ‚Mein Kampf': ‚– dass durch kluge und dauernde Anwen-

dung von Propaganda einem Volke selbst der Himmel als Hölle vorgemacht werden kann, und umgekehrt das elendeste Leben als Paradies'.

.....

Die bedingungslose Bereitschaft zur Landesverteidigung: Das ist die wichtigste und stärkste Festung der inneren Front.

.....

Jeder Schweizer hat die Pflicht, dem totalen Krieg die totale Verteidigung des Landes entgegenzusetzen.»

Um nicht in den Verdacht einseitiger, persönlicher Darstellung zu kommen, möchte ich einige Abschnitte aus dem sehr lesenswerten Buche von Urs Schwarz «Vom Sturm umbrandet, wie die Schweiz den Zweiten Weltkrieg überlebte», Verlag Huber, Frauenfeld / Stuttgart, 1981, zitieren:

«Die Kapitulation Frankreichs am 22. Juni 1940 kam als ein schwerer Schock für die Schweizer. Sie hatten fest an die militärische Macht Frankreichs geglaubt – weil sie daran glauben wollten ... Für den französischsprachigen Teil der Schweiz, wo die Menschen in ihrem Denken und Fühlen Frankreich so nahe sind, war die Niederlage der als unbesiegbar geltenden französischen Armee ein furchtbarer Schlag. Entmutigung breitete sich aus. Weil der Krieg für Frankreich vorüber war, hatten viele Leute das Gefühl, er sei nun auch für die Schweiz vorbei. Viele meinten, die sofortige Demobilisierung der Armee stehe nun bevor. Unter den meisten der Bewohner des deutschsprachigen Landesteils, bei denen der Hass gegen das nationalsozialistische Deutschland tief sass, gingen die Meinungen auseinander. Manche – wahrscheinlich die Mehrzahl – waren wild entschlossen, den Deutschen um jeden Preis Widerstand zu leisten, sollten sie sich nun der Schweiz zuwenden. Andere – eine kleine Minderheit, die sich aber durch Lautstärke bemerkbar machte – befürwortete einen Kurs, der vor allem die Deutschen beschwichtigen sollte; sie glaubten, Frieden und dauernde Unabhängigkeit mit politischen Konzessionen an die siegreichen Achsenmächte erkaufen zu können.

Das Bild ihrer Stärke, die sie mit der Niederwerfung Frankreichs so eindrucksvoll bewiesen hatten, wurde durch die Tatsache, dass die Sowjetunion zu jener Zeit Hitlers Alliierter war, noch bedrohlicher gemacht, und ihr Gewicht zusammen mit Deutschlands Macht verführte manchen Beobachter zu der Annahme, die Drohung, welche über den noch freien Nationen hing, sei nun unwiderstehlich.» (Seiten 73/74)

Eine Vielzahl von Personen, bedrückt von ähnlichen Überlegungen, suchte nach einem Zusammenschluss mit von den gleichen Sorgen Bewegten in Zürich, St. Gallen, Schaffhausen, Aargau, Graubünden, Bern, Neuenburg, Lausanne und Genf. Je nach den Persönlichkeiten führten die Kontakte in den verschiedenen Kantonen zu einer nach politischen Färbungen unterschiedlichen späteren Mitgliedschaft. Das gilt vor allem für die Westschweiz. Dort ergaben sich insbesondere Unterschiede zwischen Neuenburg und Genf; in Neuenburg ausgezeichnete Kontakte mit führenden Gewerkschaftern, in Genf starke corporatistische Einflüsse.

Mich überzeugten viele der Kontakte immer mehr, dass etwas geschehen müsse an der inneren Front. Am *22. Juni 1940* wurde an einer Besprechung in Bern im Kreise von etwa 15 Personen erstmals von der *Gründung einer Organisation gesprochen, deren Hauptaufgabe darin bestehen sollte, den unbedingten Widerstandswillen des Schweizervolkes zu stärken unter Überwindung der konfessionellen, politischen und sozialen Gräben.* Wer alles anwesend war, kann ich nicht mehr feststellen.

Gonzague de Reynold referierte an dieser Zusammenkunft einleitend als Historiker; er gab eine Beurteilung der Lage, in deren Zentrum die später berühmt gewordene Äusserung des französischen Ministerpräsidenten Reynaud stand: «Rendez-vous bien compte que la défaite de la France n'est qu'une épisode de cette deuxième guerre mondiale.»

Ich war beeindruckt von der Tatsache, dass kein Anwesender an den Endsieg der Achsenmächte glaubte (ich habe das selbst auch nie getan), dass vielmehr als sicher ein langer Krieg von fünf bis sechs Jahren angenommen wurde. Umso wichtiger schien allen die unverbrüchliche Festigkeit der inneren Front.

Der rasche Erfolg der deutschen Wehrmacht in Polen und dessen Kapitulation – so war für die *Westschweiz* festgestellt worden – «vermag den Glauben an die überlegene Strategie Gamelins und die Maginot-Linie nicht zu erschüttern».[1]

Dann folgte der Zusammenbruch Frankreichs: «Mit Ausnahme der freisinnigen und sozialdemokratischen Presse finden die Parolen Pétains

[1] Bericht von Hermann Böschenstein in der NZZ vom 31. 8. 1976, Nr. 203, über die Studie von Jacques Meurant, «La presse et l'opinion publique de la Suisse romande face à l'Europe en guerre, 1939–1941», Verlag La Baconnière, Neuenburg 1976.

weitgehend Zustimmung.» ... «einzelne Blätter, von Genf bis Delsberg, können sich nicht genug in Lobpreisungen der Wehrmacht ergehen... Aber man würde vergeblich ein Zeitungsorgan suchen, das deutliche Hoffnungen in den französischen Widerstand setzte. General de Gaulle gilt als eitler Prahler, der nur zur Spaltung der Franzosen beitrage.»[2]

Aus dem Bericht von Hermann Böschenstein sei beigefügt, dass nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion nach Äusserungen in der westschweizerischen Presse die Aussicht bestehe, «dass der Bolschewismus endgültig überwunden werde»... «die katholische Presse feiert Hitler als Erlöser vom Bolschewismus».

Die traditionelle Ausrichtung der öffentlichen Meinung auf Frankreich vermochte einen beträchtlichen Teil der westschweizerischen Bevölkerung in besorgniserregender Weise zu verwirren. Auch in der Gründungszeit des Gotthard-Bundes hatten wir uns mit diesen Einflüssen intensiv auseinanderzusetzen.

An einer Sitzung vom 22. Oktober 1977, zu der vom Archiv für Zeitgeschichte an der ETH Zürich eingeladen worden war, führte Ph. Muller folgendes aus:

«Il faut vraiment que vous vous mettiez dans une situation que les Suisses allemands n'ont pas connue, mais que la Suisse française alors a connue dans l'immédiat d'avant-guerre. C'est que la déchirure entre la droite et la gauche en Suisse romande créait un climat tout à fait différent de celui qui existait en Suisse allemande, et ce n'est pas du tout un hasard si la Ligue du Gothard est née en Suisse allemande, où elle a été rendue possible par la rencontre de personnes, mais que toute l'animation, toutes les discussions à l'intérieur de la Ligue du Gothard aient été en bonne partie causées ou portées par les Suisses français. Et ça c'est un élément, je crois, qu'il est important de rattraper.

.....

C'est *l'effort que nous avons fait en Suisse romande pour débloquer cette situation,* pour remettre ensemble les gens *qui spontanément n'allaient pas ensemble.* Je crois que c'est principalement *là le travail que nous avons fait,* qui a rendu possible *beaucoup de choses par la suite. C'est essayer de dépasser ce heurt constant de la droite et de la gauche.»*

[2] Eine löbliche Ausnahme machten die christlich-sozialen Gewerkschaften und besonders deren in der Westschweiz massgebender Mann René Leyvraz. Siehe die folgenden Zitate aus seiner Ansprache 1940, Seiten 29 und 30.

Am *25. Juni 1940* erfolgte die Radio-Ansprache an das Schweizervolk von Bundespräsident Pilet-Golaz, in französischer Sprache über den Sender Sottens und in deutscher Übersetzung verlesen von Bundesrat Etter über Radio Beromünster. Es ist darüber schon so viel geschrieben worden, dass ich mich auf diesen Hinweis beschränken möchte. Ich selbst habe mir die Rede im Zunfthaus zur Waag in Zürich zusammen mit Gottlieb Duttweiler angehört. Wie labil damals die Haltung weiter Kreise war, zeigte die Reaktion Duttweilers: Er war vorerst erfreut, ja begeistert, «endlich ein neuer Ton!», was ihn aber nicht hinderte, sich zehn Tage später im Nationalrat mit Vehemenz für Massnahmen zur verstärkten Landesverteidigung einzusetzen.

2. Die Gründung des Gotthard-Bundes und erste Aufrufe

Sonntag, den 30. Juni 1940, erfolgte die Gründung des Gotthard-Bundes in Bern. Anwesend waren etwa 15 Personen aus den verschiedensten Parteien, Landesteilen, politischen Gruppierungen, Verbänden usw.

Vorerst wählte man als Name «St. Gotthard-Bund»; er wurde aber in einer nächsten Zusammenkunft in «Gotthard-Bund» abgeändert.

Der Name stammt übrigens nicht von Denis de Rougemont, wie dieser – sicher ohne «böse Absicht»! – in einer seiner Veröffentlichungen schreibt, sondern von Prof. Georg Thürer, St. Gallen, der damals an seinem «Spiel vom St. Gotthard» arbeitete.

Wir waren uns alle einig über die entscheidenden Beweggründe des Zusammenschlusses:

1. Bewahren der Unabhängigkeit unseres Landes, der unbedingte Wille zur inneren und äusseren Landesverteidigung,
2. die Überwindung der in den Kriegsjahren als unzeitgemäss empfundenen Gegensätze der politischen Parteien und Wirtschaftsgruppen, vor allem des Gegensatzes von «links» und «rechts».

Die Namen der an der Gründungsversammlung Anwesenden können mehr oder weniger den ersten, später veröffentlichten Aufrufen entnommen werden. Eine vollständige Liste besteht nicht.

Am 2. und 3. Juli fuhren Theo Spoerri und der Verfasser zu Duttweiler nach Rüschlikon und arbeiteten dort das «Manifest vom 3. Juli 1940» aus, das jedoch in der Folge nie veröffentlicht wurde.

Man «flüsterte uns zu», dass ein Verbot der Gründung neuer politischer Organisationen bevorstehe. Theo Spoerri, Heinrich Schnyder, der spätere Zürcher Regierungsrat und Nationalrat, und ich begaben uns am 5. Juli 1940 aufs *Handelsregisteramt* und liessen dort den Gotthard-Bund eintragen.

Samstag, den 6. Juli, fand eine weitere Zusammenkunft des allerdings noch nicht fest umrissenen Gründerkreises in Bern statt. In meinem Tagebuch findet sich die Eintragung: «Endlich einmal eine positive Besprechung mit gutem Resultate – bis 1.00 Uhr.»

Sonntag, den 7. Juli, wurde der Gründerkreis auf Veranlassung von Walter Allgöwer, der allen wichtigen Vorbesprechungen beigewohnt hatte, telegrafisch zu einer dringlichen Besprechung nach Bern einberufen. Wir waren bereits in vager Form durch mehrere uns nahestehende Personen darüber orientiert, dass im Laufe des Monats Juni 1940 Offiziere, die fast alle dem Nachrichtendienst und dem Generalstab angehörten, eine «Notorganisation» geschaffen hatten, «um für den Fall, dass der Bundesrat sich unannehmbaren deutschen Forderungen gegenüber nachgiebig erweisen sollte, den bewaffneten Widerstand zu erzwingen». (Siehe dazu Urs Schwarz, «Vom Sturm umbrandet», Seiten 80 und 81, sowie eine Schilderung von Dr. Alfred Ernst, dem späteren Armeekorps-Kommandanten, dem führenden Kopf des «Offiziersbundes», in «Die Tat», 13. September 1969.)[3]

An der Sitzung vom 7. Juli 1940 wurden wir von einer Delegation des *«Offiziersbundes»,* bestehend aus *Walter Allgöwer* und *A. R. Lindt,* dem späteren Botschafter, über das Bestehen und die Absicht jenes Kreises orientiert und vor ein *Ultimatum* gestellt. Die defaitistische Welle im

[3] Von der etwas später erfolgten Bildung der *«Aktion nationaler Widerstand»* hatten wir von Anfang an Kenntnis erhalten. Es bestanden nach der Gründung dieser Organisation durch mehrere, beiden Organisationen nahestehende Persönlichkeiten laufende Verbindungen. Die «Aktion nationaler Widerstand» wollte bewusst geheim bleiben und beanspruchte nicht, auf die breite öffentliche Meinung eine direkte Wirkung auszuüben. Sie wollte ein Verbindungsnetz der zum Widerstand Entschlossenen «hinter den Kulissen» schaffen. Das ist ihr gelungen; sie hat in jener Lage viel Gutes gewirkt.

Schweizervolk und auch in der Armee habe ein solches Ausmass erreicht und die Haltung der Behörden, insbesondere des Bundesrates, sei so unsicher, dass *sofort* etwas unternommen werden müsse. Die Bestrebungen des Gotthard-Bundes seien begrüssenswert, aber die Verschiedenheit der beteiligten Personen verzögere das Handeln allzu sehr. Jetzt müssten Entschlüsse gefasst werden. *Wenn wir nicht innerhalb einer Woche* (so hatte es Theo Spoerri in Erinnerung; mein Gedächtnis meldet mir: innerhalb zehn Tagen) *herauskommen würden, sei der Offiziersbund entschlossen zu handeln;* es werde eine militärische Aktion stattfinden. Walter Allgöwer sprach sogar davon, er wolle mit seiner Kompagnie das Bundeshaus besetzen.

Theo Spoerri war von diesem Ultimatum besonders beeindruckt. Nach seiner Auffassung musste eine solche Handlung, welche die innere Situation der Schweiz international in ein höchst bedenkliches Licht stellen würde, unter allen Umständen verhindert werden. Er hatte am 8. oder 9. Juli eine Besprechung mit Dr. Ernst, der damals als Hauptmann im Nachrichtendienst, als Chef des «Büro Deutschland», tätig war.

Obschon bereits allerhand unternommen worden war, um ein Sekretariat und als nötig erachtete Inserate, Drucksachen usw. zu finanzieren, fehlten uns genügende Mittel für die geplanten Aktionen. Der «Offiziersbund» erwartete, dass sofort grosszügig gehandelt werde. Es sollte ein – gedanklich bereits vorbereiteter – Aufruf in allen wichtigen Zeitungen der Schweiz als Inserat erscheinen. Dr. Ernst stellte aus privaten Mitteln Fr. 50000.– zur Verfügung, womit die erste grosse Aktion möglich wurde.

Schon über die Besprechungen vom 24./25. Juni 1940 finden sich in meinem Tagebuch nur vorsichtige Notizen, über die Kontakte mit dem «Offiziersbund» gar keine. Ich hatte von einem massgebenden Mann der politischen Polizei des Kantons Zürich vernommen, dass unsere Telefongespräche überwacht würden. Ich solle sehr vorsichtig sein mit Notizen, riet man mir, da eine Hausdurchsuchung jederzeit möglich sei. Auch die am «Offiziersbund» Beteiligten verlangten verständlicherweise strikteste Geheimhaltung.

Es folgte ein bewegtes Hin und Her um die Texte der Inserate. Wenn ich mich nicht sehr täusche, stammt der *Text des ersten, am 20./21. Juli 1940 erschienen Inserates* im wesentlichen von Denis de Rougemont.

An das Schweizervolk!

Mitten im europäischen Umbruch ist die Schweiz auf ihre eigene Kraft gestellt. Ihr einziger menschlicher Schutz ist die Armee; ihr einziger Verbündeter der Boden; ihre einzige Hoffnung die Arbeit.

Immer waren in unserer Geschichte Zeiten der Gefahr auch Zeiten der Siege und der inneren Erneuerung. Heute wie damals heißt unser Auftrag:

Letzte Bereitschaft zum Opfer an Leib und Gut für die Unabhängigkeit der Heimat.

Kraft zur Neuordnung nach eigener Art und aus dem christlichen Glauben. Die Ereignisse haben die Köpfe geklärt und die Augen geöffnet. Alte Vorurteile fallen. Die bisherige politische Denkweise — der Gegensatz von „links" und „rechts", das Zerwürfnis der Klassen, der Zank der Verbände und Parteien — hat abgewirtschaftet.

Frühere Gegner sind heute bereit zu gemeinsamer Arbeit. Sie glauben nicht mehr an tote Programme und leichtfertige Versprechungen. Sie verlangen neues Denken und neues Handeln, eine Volksgemeinschaft der Tat.

Der Augenblick, das Neue zu verwirklichen, ist gekommen. Tausende sind bereit. Ihr Zusammenschluß allein verbürgt das Gelingen der Neuordnung.

So haben wir uns zusammengefunden, um zu arbeiten. Wir sind Eidgenossen der verschiedenen bisherigen politischen Lager. Wir werden unseren Freunden die Treue halten. Aber wir sind entschlossen, uns für das große, gemeinsame Ziel einzusetzen. Darum gründen wir den

Gotthard-Bund

Der Gotthard, natürliches Bollwerk der Schweiz, Herz Europas und Grenzstein der Sprachen! Um dieses Wahrzeichen finden sich alle Eidgenossen in ihrer Mannigfaltigkeit zur Einheit.

Ihr, die Ihr die alten Parteihändel satt habt — Ihr, die Ihr aus der Armee entlassen, bereit seid zu neuer Hingabe — Ihr Alten mit freiem Blick — Ihr Jungen, die Ihr nach Führung verlangt — wir rufen Euch auf zu gemeinsamer Tat.

Wir haben nur ein Ziel: Die Eidgenossenschaft hoch zu halten in der Gegenwart, für die Zukunft. Wir versprechen nichts als den vollen persönlichen Einsatz.

Helft mit am Werk! Es wird Euch den Stolz wiedergeben als Menschen und als Eidgenossen.

Gotthard-Bund
Schauplatzgasse 23, Bern

General Guisan, der über die «Stimmung» in der Armee, aber auch im Schweizervolk, durch direkte Kontakte sowie durch von ihm geschaffene Organe (vor allem das «Büro der Psychologen») gut orientiert war und sich über die negativen Auswirkungen der Radio-Ansprache von Bundespräsident Pilet-Golaz kaum täuschte, fand es für nötig – vorerst in grosser Vertraulichkeit, dann aber als wichtigen zeremoniellen Akt herausgestellt –, auf den *25. Juli 1940* sämtliche höheren Truppenkommandanten zum *«Rütlirapport»* zusammenzurufen. Die Armeeführer sollten mit der Reduitstrategie vertraut gemacht werden; vor allem aber war ein klares Bekenntnis zum schweizerischen militärischen und inneren Widerstand nötig. Der Rütlirapport wurde damals geradezu als «geistiger Staatsstreich» empfunden. Die Worte General Guisans und sein ebenso klares wie einfaches Handeln haben entscheidend dazu beigetragen, eine der dunkelsten Epochen unserer jüngeren Geschichte zu bewältigen. Wir alle waren davon tief beeindruckt.

> «Ein einziger, unbändiger Wille zur Verteidigung des Landes, so unermesslich mächtig, wenn das Volk als Hüter des Gotthard aufsteht.» («Basler Nachrichten», Nr. 208, 31. Juli 1940, zitiert bei Bonjour, Band IV, S. 157.)

In den Zeitungen erschien am 24./25. Juli 1940 ein zweites Inserat des Gotthard-Bundes. Der Text zerfiel in drei Teile: *Grundsätze, Aktionsplan, Aufforderung zur Zusammenarbeit.* Die «Grundsätze» und der «Aktionsplan» wurden unter dem Druck der Verhältnisse in übereilter

Weise von einem Ausschuss von drei Mitgliedern der provisorischen Bundesleitung zusammengestellt, worunter sich Walter Allgöwer befand. Bald wurden die Mängel dieses Textes erkannt, und er verschwand in der Folge, ohne weiter verwendet zu werden. Interessant ist immerhin, dass sich unter Ziff. 3 des Aktionsplanes schon die Forderung befand: «Umbau der Lohn- und Verdienstausgleichskassen für Familienpflichten (Familienzulagen, Altersfürsorge)». Die Anregung hiefür stammte von Charles Ducommun.

Das Inserat war unterzeichnet: *«Für die Bundesleitung, der Präsident: Theo Spoerri, Professor an der Universität Zürich».* Weitere Namen wollten wir vorerst nicht anführen, da jeder einzelne uns schriftlich ermächtigen musste, seinen Namen zu verwenden. Der Zeitdruck aber bestand, so dass gehandelt werden musste.

Am 27./28. Juli 1940 konnte das auf der nächsten Seite wiedergegebene Inserat veröffentlicht werden. Jede dieser Persönlichkeiten musste sich Rechenschaft darüber geben, dass der Name unter einem solchen Aufruf die sofortige Verhaftung bei einer – damals durchaus nicht ausgeschlossenen – Besetzung der Schweiz durch die Achsenmächte zur Folge haben könnte. (Kein einziger Name einer Frau ist dabei. Das eben war die Situation im Sommer 1940!)

Die zuerst erwähnten neun Namen entsprechen der provisorisch «vereinbarten» *Bundesleitung*. Leider fehlte in diesen ersten Aufrufen der Name von Charles Ducommun, der einige Schwierigkeiten hatte, in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit die Zustimmung seiner Vorgesetzten beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund zu erhalten. Er arbeitete aber voll mit und blieb während Jahren Mitglied der Bundesleitung. Ähnliches galt für Julien Lescaze, der aber ebenfalls kurz nachher offiziell der Bundesleitung beitrat sowie während Jahren ihr Mitglied blieb.

Die Personen der provisorischen Bundesleitung dürften genügend bekannt sein, und die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe gibt einen zusätzlichen Hinweis, so dass sich weitere Angaben erübrigen. Lediglich folgendes: Paul Schäfer war damals Lehrer am Seminar Wettingen und stand auch in einer «lockeren» Beziehung zu Kreisen des «Offiziersbundes».

Unter den Persönlichkeiten, die den Aufruf unterstützten, befinden sich so viele bekannte Namen, dass auch hierüber weitere Angaben überflüssig sein sollten.

Aufforderung
zur Zusammenarbeit

Seit langem spricht man unter den Eidgenossen von Zusammenarbeit. Jetzt ist der Augenblick da, sie unverzüglich zu verwirklichen. Deshalb haben wir uns zusammengeschlossen zum

Gotthard-Bund

Wir stammen aus allen Schichten des Volkes und haben früheren Hader und alte Vorurteile überwunden. Wir erklären feierlich, daß wir keinerlei Sonderinteressen verfolgen, sondern dem Ganzen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft, dienen wollen.

Wir erwarten, daß alle Eidgenossen dieselbe Bereitschaft zur Mitarbeit besitzen. Wir wollen das Vergangene ruhen lassen, uns freudig der kommenden Zeit zuwenden, wieder ein Volk der Zukunft sein!

Eidgenossen, sammelt Euch zur gemeinsamen Arbeit im Gotthard-Bund.

Walther Allgöwer
Instruktions-Offizier

Robert Eibel
v. d. Aktionsgem. Nationaler Wiederaufbau

Christian Gasser
Mitglied des Bund der Subventionslosen

René Leyvraz
von den christlichen Gewerkschaften

Philippe Mottu
von der Oxfordgruppe

Denis de Rougemont

Paul Schäfer

Heinrich Schnyder
vom Landesring der Unabhängigen

Theo Spoerri
Professor an der Universität Zürich

Die Unterzeichneten begrüßen und unterstützen diesen Aufruf:

Walther Albrecht
Präsident des Verbandes Schweizerischer Studentenschaften, Zürich

Max d'Arcis, *Genf*

Reymond Bordier, *Bankier, Genf*

Emil Brunner
Professor an der Universität Zürich

G. Duplain, *Redaktor, Biel*

Gottlieb Duttweiler, *Rüschlikon*

Christian Eggenberger, *Landwirt, Grabs*

W. Enz, *Bern*

R. Epprecht, *Feldprediger, Zürich*

Hans Fischer, *Rektor, Biel*

Hans Frey, *Arzt, Aarau*

Willi Frey, *Fliegerinstruktor, Dübendorf*

Wilhelm Gasser
Geschäftsführer der Bauernhilfskasse, St. Gallen

Eugen Gaulis, *Advokat, Genf*

Karl Hochstrasser, *Lugano*

Fritz Hodel, *Kaufmann, Basel*

Julien Lescaze
Präsident d. Union Corporative Suisse, Genf

Arnold Muggli, *Bern*

Guido Müller, *Stadtpräsident von Biel*

Rudolf Müller, *Feldprediger, Bern*

Paul Niggli
Professor an der Universität Zürich

Heinrich Pfenninger, *Interlaken*

Gonzague de Reynold, *Cressier*

Paul Rütti, *Zürich*

H. R. Schmid
Publizist, Zürich

Hans Schoch, *Arzt, Winterthur*

Fritz Streuli, *Direktor, Bally Schuhfabriken, Schönenwerd*

A. Stieger
Professor am Technikum Winterthur

Paul Tournier, *Arzt, Genf*

Maurice Veillard, *Richter, Lausanne*

Fritz Wahlen, *Zürich-Oerlikon*

Franz Zimmermann, *Flieger, Dübendorf*

Der Zusammenschluß im Gotthard-Bund ist grundsätzlich vollzogen. Er hat aber erst angefangen. Wir veröffentlichen vorläufig eine unvollständige Namensliste, indem wir überzeugt sind, daß man heute **handeln** muß und nicht diskutieren, bis es zu spät ist.
Wer sich meldet, erhält die Grundsätze und den Aktionsplan, sowie das „Beitritts-Gesuch" zugestellt.

Adresse: Gotthard-Bund, Schauplatzgasse 23, Bern

Die Inserate erschienen in allen wichtigen Zeitungen der deutschen, französischen und italienischen Schweiz, insgesamt in 40 bis 50 Blättern. Man kann die Bedeutung und Wirkung der ersten Aufrufe des Gotthard-Bundes nur verstehen, wenn man sich Rechenschaft gibt von der geistigen Verfassung, der verbreiteten Hoffnungslosigkeit, ja Furcht weiter Kreise im Sommer 1940 nach der katastrophalen Niederlage der allieerten Armeen und der völligen Einkreisung unseres Landes. Nun galt es wirklich ernst. Das war jedermann klar. Da es an eindeutigen Orientierungspunkten auch von Seiten der Behörden fehlte, die Radio-Ansprache von Pilet-Golaz nicht vergessen war und auch die Parteien und sogar Organisationen wie die Neue Helvetische Gesellschaft schwiegen, hatte sich eine gefährliche defaitistische Stimmung verbreitet.

In diese Atmosphäre der Entmutigung und Desorientierung «platzten» die Inserate des Gotthard-Bundes.

Die Inserate wurden geradezu als Sensation empfunden. Da sie alle möglichen Vermutungen, Kommentare und Verdächtigungen auslösten, wurde den später erscheinenden Inseraten folgender Text beigefügt:

«Verwechseln Sie den Gotthard-Bund nicht mit anderen Neugründungen! Wir warnen vor Gerüchten, die bereits herumgeboten werden, wie ‚Filialgründung', vorwiegender Einfluss einzelner Personen oder Gruppen usw. Im Gotthard-Bund haben sich Leute aus *allen* Volksschichten zusammengefunden.»

Eine solche Warnung war nötig. Sogar im Juli 1940 vermochten gewisse Leute nicht an einen ausschliesslich auf gemeinsame Ziele gerichteten Einsatz einer grösseren Zahl von Menschen mit unterschiedlicher politischer Vergangenheit zu glauben. Weder Duttweiler, noch der «Bund der Subventionslosen», noch die «Oxford-Gruppe» hatten einen massgeblichen Einfluss. Niemand fühlte sich als «Vertreter» der Organisation, der er bisher angehört hatte. Wäre dies geschehen, hätte er sich selbst ausgeschaltet – was in einigen Fällen auch eingetreten ist. Zentrale Anliegen aller waren: *Die vorbehaltlose Landesverteidigung und die Überwindung der bei der vorhandenen Drohung von aussen gefährlichen Gegensätze im Innern.*

Zur Veranschaulichung der Beweggründe und der geistigen Haltung der an der Gründung des Gotthard-Bundes Beteiligten seien einige Abschnitte wiedergegeben aus der schon erwähnten Ansprache von *René Leyvraz,* dem damaligen Westschweizer Sekretär der Christlichen

Gewerkschaften, die er in Genf gegen Ende des Jahres 1940 – das genaue Datum ist nicht mehr zu ermitteln – gehalten hat:

«Chacun se rappelle ses sombres journées. Rien ne paraissait capable de résister au rouleau compresseur qui passait sur l'Europe affolée. Chez nous, bien des citoyens commençait à dire: à quoi bon? et le découragement entamait le moral de l'armée. On parlait de démobilisation totale. Des rumeurs insensées se propageaient partout. Nous étions en pleine ‚guerre des nerfs' – et nous risquions de la perdre.
. . . . .
Entre temps nous avions fait une recrue précieuse en la personne d'un militant de l'Union Syndicale suisse, *Charles Ducommun:* c'était un pont jeté du côté d'une large masse ouvrière.

Bon! nous dira-t-on, mais ne pouviez-vous pas agir par l'entremise des organisations, des partis existants? – Pour cela, il aurait fallu nous séparer, retourner chacun de notre côté – et déjà nous ne le pouvions plus! – Pourquoi? Parce que ‚l'esprit du Gothard' était né... C'était au-dessus des partis que nous nous étions rencontrés, et justement pour échapper à des consignes que nous sentions trop étroites ou désuètes, pour trouver plus d'espace, plus d'air, une plus large fraternité. Revenir en arrière, c'était renoncer à ce grand effort de réconciliation, d'explication mutuelle et de synthèse, qui n'était encore qu'ébauché. Retourner simplement à nos bords, c'était rentrer dans les vieux plis, dans les vieilles polémiques que nous sentions de plus en plus dépassées, stériles, et pis encore. Certains esprits partisans ne pourront pas comprendre et pardonner cela: que nous nous soyons rencontrés, retrouvés comme hommes, comme frères, comme Suisses, qu'ainsi se soit formée une amitié sans compromis et sans calculs; qu'il n'était pas besoin pour cela d'être ‚mandatés'; qu'il était même requis de ne point l'être pour avoir le cœur et l'esprit libres.
. . . . .
A Berne, à Zurich, nous étions dix hommes en présence: des Romands et des Alémaniques, des protestants et des catholiques, des syndicalistes et des corporatistes, sans compter les fameux ‚Eléphants'... Nous avons décidé de ne représenter rien rien d'autre que nous-mêmes: dix hommes, dix Suisses causant librement, cœur à cœur, des choses du pays. Cette méthode est restée celle de la Ligue dans toutes ses propres activités: il n'y a pas d'adhésions collectives, nul ne peut faire peser sur la Ligue le poids d'un groupe ou d'un parti. Cette méthode nous a merveilleusement réussi.
. . . . .

Si l'on veut rassembler les Suisses autour de leur drapeau, il faut d'abord faire foin des vieilles étiquettes, des querelles moisies.»

René Leyvraz gibt mit seinen Ausführungen ein überaus anschauliches Bild von den in den massgebenden Gründerkreisen des Gotthard-Bundes geltenden Auffassungen. Ich könnte sie nicht besser umschreiben, auch für die in der deutschen Schweiz an den Gründungsvorgängen des Gotthard-Bundes Beteiligten.

3. Erste organisatorische Massnahmen

Im provisorischen Sekretariat an der Schauplatzgasse 23, Bern, trafen tausende von Namen und Adressen interessierter Personen ein sowie feste Anmeldungen. Leider genügte die Büroorganisation in keiner Weise, um den «Sturm» zu bewältigen. Mehrere tausend erhaltene Adressen gingen im Durcheinander gutwilliger, aber solchen Anforderungen nicht gewachsener Leute unter. Allzu viele Interessenten erhielten keine Antwort und waren für uns verloren.

Es musste auch befürchtet werden, dass allerhand unerwünschte Elemente sich einzuschleusen versuchen würden. Das Dringendste war also, ein gewisses organisatorisches Gerippe von zuverlässigen Personen aufzubauen. Es galt der Grundsatz, dass jeder Interessent vor der Aufnahme zu besuchen und in einem persönlichen Gespräch soweit möglich auf Herz und Nieren zu prüfen sei. Dass dabei nicht auf die parteipolitische Einstellung abgestellt wurde, sondern vor allem auf den unbedingten Willen, unser Land unter allen Umständen zu verteidigen und die Unabhängigkeit zu wahren, ist klar. Durch den Einsatz von anfänglich einigen hundert Personen in der ganzen Schweiz war es im grossen und ganzen möglich, in der gewollten Weise vorzugehen.

In allen grösseren Kantonen wurden Kantonsgruppen gegründet. Erstaunlicherweise gelang dies besonders rasch und gut in der Westschweiz, in Genf, der Waadt und in Neuenburg; dazu eine kleinere Gruppe in Freiburg. In der deutschen Schweiz entstanden Kantonsgruppen in Zürich, St. Gallen, Appenzell, Thurgau, Graubünden, Schaffhausen, Aargau, Basel, Luzern, Bern, Biel / Berner Jura; Mitglieder aus

Wir fordern von jedem Eidgenossen eine nie erlahmende und bedingungslose Wehrbereitschaft. Wer nach dem Erfolg des Widerstandes fragt, ist ein Verräter.

Wir fordern die Zusammenarbeit aller lebendigen Kräfte und Gruppen in und außerhalb der Parteien.

Wir fordern die berufliche Kameradschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Arbeit und Kapital haben der Erhaltung und Förderung der Eidgenossenschaft zu dienen.

Der Gotthard-Bund

Schauplatzgasse 23, Bern

benachbarten kleineren Kantonen schlossen sich jeweils der nächstliegenden Kantonsgruppe an.

Neben Sonderdrucken der erschienenen Inserate wurden sofort zwei Propagandamittel geschaffen, ein zweifarbiges *Kleinplakat* und ein schöner Druck des Textes des *Bundesbriefes* von 1291, mit dem Wortlaut, der an der Landesausstellung 1939 verwendet worden war.

Der erste Punkt des Textes des Kleinplakates ist vom «Offiziersbund» übernommen worden. Das graphische Zeichen war etwas allzu schnell entstanden; es wurde später leicht umgestaltet. Seine symbolische Bedeutung: die vier am Gotthard entspringenden Ströme, beschützt von der Hellebarde, dem Zeichen schweizerischer Wehrbereitschaft. Beide Drucke wurden in vielen tausend Exemplaren hergestellt und verbreitet, das Kleinpaket in Läden, Schaufenstern, Schulen, Anschlagbrettern von Firmen usw. durch die Mitglieder plaziert.

In Tausenden von Exemplaren wurde auch eine kleine Drucksache verbreitet mit folgender Aufstellung:

„Sie hattend keinerlei behilf,
dann allein von Gott ir Kraft
und verwegene Mannheit."

Berichtet der Chronist
Aegidius Tschudy
und

	SO BESIEGTEN	
600	BEI	20000
EIDGENOSSEN	MORGARTEN	FEINDE
6000	LAUPEN	17000
2200	SEMPACH	6000
530	NAFELS	15000
700	VOGELINSEGG	5000
400	STOSS	1200
600	BUTTISHOLZ	3000
(1400	ST. JAKOB	40000)
1100	RAGAZ	5000
25000	MURTEN	30000
475	GIORNICO	10000
6000	DORNACH	16000
6300	CALVEN	15000
	TREU DEM EID UND GEWISSEN	

Am *30. Juli 1940* fand in Zürich eine erste *öffentliche Versammlung* im überfüllten grossen Saal der Kaufleuten statt, gleichzeitig oder etwas später auch an andern Orten. Verschiedene Kantonsgruppen entfalteten aus eigener Initiative eine intensive Tätigkeit. Besonders aktiv waren die Kantonsgruppen von Neuenburg – wo Philippe Muller, der anstelle von Denis de Rougemont in die provisorische Bundesleitung eingetreten war,

zusammen mit einigen Gewerkschaftern die Hautparbeit leistete – und Genf, wo die Gründermitglieder eine «Déclaration de Genève» veröffentlichten.

Der *Tagesbefehl des Generals vom 1. August 1940* enthält folgenden Satz: «Als die freien Männer der drei Länder am Gotthard die Eidgenossenschaft gründeten, schwuren sie, sich Hilfe zu leisten gegen alle und jeden, die ihnen Gewalt oder Unrecht an Leib und Gut antun».

Denis de Rougemont hat nach seinen Äusserungen für den General Entwürfe zum Tagesbefehl vom 1. August ausgearbeitet und darin die Idee des Zusammenschlusses «um den Gotthard» und den Gotthard als zentrales Bollwerk der Landesverteidigung hervorgehoben. In der damaligen Lage war diesem Ins-Zentrum-Rücken des Gotthards mehr als symbolische Bedeutung beizumessen.

Zwei Broschüren erschienen. Eine erste, der Sonderdruck eines Artikels von *Gonzague de Reynold,* dessen Drucksatz vorhanden war – der Text sicher interessant: Vor allem ein Plädoyer für den Föderalismus, aber einige Äusserungen enthaltend, die damals allzu leicht verdreht werden konnten. Nachträglich muss man sagen, dass es politisch ein Fehler war, zuerst einen Text herauszugeben, verfasst von einer extem «rechts» stehenden Persönlichkeit.

Wenige Tage später, in der zweiten Hälfte August, erschien die Broschüre von *Denis de Rougemont: «Qu'est-ce que la Ligue du Gothard?»,* «Was ist der Gotthard-Bund?», ein Text, der die erste umfassendere Darstellung der Motive, Ziele, Absichten und der Organisation brachte. Daraus einige Auszüge. Trotzdem eine deutsche Übersetzung besteht, möchte ich den Text in der eleganten französischen Sprache Denis de Rougemont's wiedergeben:

I. Naissance de la Ligue.

Au mois de juin 1940, une douzaine d'hommes se réunirent pour tenter de mettre en commun leurs efforts au service du Pays.

La gravité de l'heure favorisait la rencontre d'anciens adversaires. Les préjugés tombaient devant le péril. L'opinion, tout d'abord désorientée, s'ouvrait aux solutions nouvelles. Il importait que ces solutions fussent trouvées dans un esprit

suisse, et non pas importées de l'étranger. Il importait de fixer sans équivoque ce qui devait être à tout prix conservé, dans notre héritage helvétique, et ce qui devait être rénové en toute indépendance, et selon nos coutumes.

On se mit rapidement d'accord pour définir, comme suit, la situation présente :

1. La Suisse est réduite à elle-même, comme elle le fut souvent au cours de son histoire. Elle survivra à cette crise européenne, si elle parvient à surmonter ses divisions, et à collaborer à sa manière à l'édification d'un ordre neuf.

2. L'effondrement de la démocratie française ne saurait ébranler notre foi dans la démocratie fédéraliste, d'esprit chrétien, sur laquelle s'est fondée la Suisse.

3. La défense à tout prix de notre indépendance et la lutte contre le défaitisme sont les tâches urgentes de l'heure. Ceux qui doutent de la nécessité ou de la possibilité de notre résistance sont des traîtres. L'affirmation unanime de notre volonté absolue de défense quoi qu'il arrive, est notre seule chance de salut.

4. Il n'y aurait pas de défaitisme si chaque citoyen suisse était pleinement conscient de ce que signifie la Suisse comme idéal et comme trésor de libertés civiques chèrement conquises.

5. Il n'y aurait pas de défaitisme si chaque citoyen suisse voyait la possibilité de travailler positivement aux réformes indispensables dans l'ordre social, économique et politique. On ne peut pas mourir pour la Suisse si l'on n'a pas de raisons de vivre pour elle.

6. Il est évident que les réformes nécessaires ne peuvent être réalisées, dans notre État fédératif, ni par la droite seule, ni par la gauche seule. Il y faut la collaboration de tous les groupes vivants du pays.

7. Les notions de « droite » et de « gauche » se trouvent pratiquement dépassées par l'évolution de ce siècle. Elles ne correspondent plus aux problèmes concrets, et ne traduisent plus les véritables oppositions politiques (telles que fédéralisme ou totalitarisme).

8. La jeunesse se tourne aujourd'hui de plus en plus vers les groupes agissant en dehors des partis. C'est l'action de ces groupes qu'il faut organiser si l'on veut faire du neuf dans un esprit nouveau.

9. Les programmes sur le papier sont moins importants que la confiance qui naît de contacts personnels entre hommes résolus à l'action. L'esprit d'équipe doit remplacer l'esprit de parti.

10. Les plus grands obstacles à la rénovation de la Suisse sont : d'une part, le défaut de responsabilité personnelle à tous les degrés du pouvoir ; d'autre part, le défaut d'organisation et de discipline dans les efforts de la jeunesse. De cette situation découlaient logiquement les grandes lignes d'une action nécessaire et urgente. Restait à lui donner un organe d'action.

Les événements actuels vont vite. Il s'agit de les précéder. Un rythme accéléré d'actions et de décisions est la condition primordiale de toute défense efficace du pays.

II. Le symbole du Gothard.

« Bastion naturel de la Suisse, cœur de l'Europe et limite des races, le Gothard est le grand symbole autour duquel tous les Confédérés peuvent s'unir dans leurs diversités », disait notre premier appel.

En effet, le Gothard est à la fois la principale réalité physique sur quoi se fonde notre défense, et le grand signe de notre mission. Sur ce rocher se fonde l'édifice d'un État six fois séculaire. Aucun peuple en Europe ne peut se prévaloir d'un pareil symbole national, qui se trouve être en même temps pareille sauvegarde militaire.

Adopter le nom du Gothard, c'était déjà tout un programme : double programme de défense à tout prix et de fidélité à une mission européenne et créatrice.

... Il ne s'agit plus désormais de « doser » des tendances, mais d'unir des personnes.

...

Rien ne se fera sans confiance réciproque.

... Mais nous pensons que les partis, seuls, ne sont plus suffisamment représentatifs de la communauté nationale ! Nous déclarons donc sans équivoque que nous ne voulons pas fonder un parti de plus, mais rassembler toutes les forces vivantes du pays.

VIII. La Ligue du Gothard vue par la presse.

Rien ne pouvait mieux démontrer la nécessité de notre Ligue que l'immense curiosité qu'elle a soulevée dans la population, et les espoirs que sa seule annonce a réveillés.

Si la presse, celle qui sent notre époque et ses métamorphoses, a montré, vis-à-vis de notre mouvement, soit de l'objectivité, soit de la sympathie, certains journaux, en revanche, se sont hâtés de satisfaire à leur manière cette curiosité et de miner dans la mesure du possible ces espoirs.

Bien avant que la Ligue ait publié les noms des membres de sa direction provisoire et des signataires de son manifeste, des articles inspirés par quelques politiciens apeurés « révélaient » au public que Monsieur X ou Monsieur Y étaient « évidemment » les « meneurs du jeu ». C'est ainsi que l'on a prétendu simultanément que la Ligue était « payée » par les deux partis belligérants, par le grand patronat, par les « marxistes », par la Migros (dont elle n'était « évidemment » qu'une filiale), par la Ligue des Sans-Subventions, par les groupes d'Oxford, par les compagnies d'assurance, etc. Ces messieurs de certaines rédactions n'imaginent pas qu'un mouvement politique puisse être honnête.

. . .

Un seul membre du Directoire s'est séparé de nous dans cette phase préparatoire — non pas pour des divergences dans les questions de principes mais dans les questions de tactique. Nous n'avons pas voulu nous laisser imposer une organisation qui aurait fait de nous un parti : nous avons tenu à rester un « mouvement ».

. . .

D'ores et déjà, nous pouvons constater trois résultats de notre activité dont l'importance dépasse largement celle des malentendus multipliés à dessein autour de nous :

1. La création de la Ligue du Gothard a produit un choc salutaire sur l'opinion suisse. Elle a rendu confiance à beaucoup de citoyens, elle a fait naître un grand espoir et dissipé certaines brumes de défaitisme.

2. La crainte de la concurrence a produit une émulation inattendue du côté des partis. Il est incontestable que sans la Ligue, les « communautés de travail », esquissées dans divers cantons n'auraient pas vu si tôt le jour. Quel que soit le scepticisme qu'on peut garder en présence de ces tentatives d'union

« par en haut », elles auront eu pour résultat positif de réveiller des préoccupations civiques, et d'accélérer certaines évolutions nécessaires.

3. Les rencontres préparant la fondation de nos groupes cantonaux ont permis des prises de contact d'une grande importance entre délégués des syndicats ouvriers de tendances naguère opposées et délégués des syndicats patronaux. On a senti passer le souffle d'un esprit de collaboration à la fois réaliste et vraiment national : et c'est la première condition d'une rénovation économique et sociale accomplie dans la liberté.

Dès maintenant, notre confiance peut se fonder sur quelques faits concrets autant que sur la certitude que le pays attendait notre action. Certes, nous n'en sommes qu'aux premiers pas, mais c'étaient ceux qui coûtaient le plus ! Notre première victoire a été sur nous-mêmes, sur un passé de controverses et de coupable ignorance mutuelle. Notre amitié nouvelle, scellée par les premiers combats, est le meilleur gage d'un accord qui doit s'approfondir et s'élargir sans cesse.

Soweit Denis de Rougemont. In der *Metallarbeiter-Zeitung vom 3. August 1940* erfolgte eine überaus positive Stellungnahme, die von *Conrad Ilg* – Präsident des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes und einem der Begründer des «Friedensabkommens» in der schweizerischen Maschinenindustrie – persönlich verfasst worden war, unter dem Titel «Der Gotthard-Bund». Daraus einige Auszüge:

Es wäre in unserem Volksstaate eigentlich Sache der bestehenden politischen Parteien, der Fraktionen der Bundesversammlung und der grossen Wirtschaftsorganisationen gewesen, auf die Einigkeit und Geschlossenheit der Nation hinzuwirken. Diese Gruppierungen hätten, als Vertreter des Schweizervolkes und Gestalter seines politischen Willens, erkennen müssen, dass im Zeichen des europäischen Umbruches und der Wirkungen, die er auf unser Lad ausübt, für pateipolitische Streitigkeiten, privaten Egoismus und kleinliche Rankünen kein Platz mehr sei. Das ganze Sinnen und Trachten der politischen und wirtschaftlichen Organisationen hätte sich, da es um den Bestand und die Zukunft von Heimat und Volk geht, einzig auf die Stärkung der Gemeinschaft aller Eidgenossen, auf die Herstellung einer wahren Volkssolidarität richten müssen. Hätten unsere historischen Parteien, hätten unsere massgebenden Wirtschaftsorganisationen dies erkannt und ihre Sonderinteressen und -begehren in un-

eigennütziger Weise dem höheren Ziele untergeordnet, so wären sie wohl berufen, heute und in Zukunft für das Land Grosses zu leisten.

Aber leider lässt sich nicht verhehlen, dass die politischen Parteien und dass Organisationen der Wirtschaft dieses für das Schicksal unserer Heimat entscheidende Einigungswerk nicht zu meistern vermögen. Auch in den schwersten Tagen erwiesen sie sich ausserstande, sich aus den Niederungen des Tagesstreites emporzuschwingen und zur Erkenntnis der höchsten nationalen Notwendigkeiten durchzuringen. Nicht einmal die bitteren Erfahrungen anderer Länder dienten ihnen zur Lehre. So geschah es denn, dass in der Stunde der Gefahr die Eintracht der Parteien nicht verwirklicht werden konnte.

Daran tragen allerdings die Parteileitungen nicht die ausschliessliche Schuld. In hohem Masse mitverantwortlich ist ein Teil unserer Presse, die es nicht verstanden hat, die politischen und wirtschaftlichen Meinungsverschiedenheiten in Anstand und Würde auszutragen. Mitverantwortlich sind sodann ganz besonders jene partei- und wirtschaftspolitischen Steigbügelhalter und jene Publizisten, deren Tagewerk von Polemiken, journalistischen und rednerischen, ausgefüllt ist, und die bedeutungslos zu werden fürchten, wenn es, im Gefolge einer eidgenössischen Verständigung, einmal weniger zu polemisieren gäbe.

Eines steht für uns fest: dass ohne Begründung einer echten Volksgemeinschaft, ohne Verwirklichung der altschweizerischen Losung « Einer für alle, alle für einen! » die Schweiz die kommenden Stürme wohl kaum zu meistern vermag. Die Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen, erfordert das Abstreifen einer gewissen engherzig-materiellen Geisteshaltung, die Austilgung des Gelddenkens und die Bändigung der persönlichen Begehrlichkeiten und Wünsche. Dass die bestehenden Parteien und Organisationen diesen Wandel nicht herbeizuführen vermögen, ist offenkundig. Darum bleibt uns wohl kaum eine andere Wahl, als zur Erreichung dieses Zieles neue politische Wege zu beschreiten.

Kann der Gotthard-Bund dieses Ziel erreichen? Wird er die moralische Kraft, die Uneigennützigkeit und den unentwegten ehrlichen Willen aufbringen, ohne Macht- und Führergelüste nur der Unabhängigkeit unseres Landes und dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen? Eine Gewähr hierfür besteht natürlich nicht. Der Gotthard-Bund ist, wie dies anders gar nicht möglich ist, aus Männern aller politischen und wirtschaftlichen Lagern gebildet worden. Darunter befinden sich auch solche, die sich in exponierter Parteistellung bewegten und auch solche, die bisher das Einigende wenig betonten. Aber es wäre falsch, sogar gefährlich, wollte man den neuen Bund verdächtigen und diffamieren, bevor er Gelegenheit hat, seinen Aufruf an das Volk und seinen Willen unter Beweis zu stellen.

Erfreulich ist vor allem die klare und konsequente nationale Haltung des neuen Bundes, der in den Fragen der eidgenössischen Ehre und Unabhängigkeit keine Diskussion zulässt und allem unschweizerischen Wesen den Kampf ansagt. Von innen heraus, aus dem Geiste der sechshundertjährigen Eidgenossenschaft, muss die Neugestaltung unseres politischen Lebens ihre Kraft schöpfen.

Wenn es dem « Gotthard-Bund » gelingt, seine Ziele zu erreichen und seine Leitsätze zu verwirklichen, dann wird er sich um unser Land in hohem Masse verdient machen.

Es steht auch eine Sammlung von *Zeitungsausschnitten* zur Verfügung, die im August und September 1940 erschienen sind als Reaktion auf die Aufrufe des neu gegründeten Gotthard-Bundes und einer Vielzahl persönlicher Kontakte:

Schweiz. Beamten-Zeitung, 10. 8. 1940:
«Erfreulich ist vor allem die klare und konsequente nationale Haltung des neuen Bundes, der in den Fragen der eidgenössischen Ehre und Unabhängigkeit keine Diskussion zulässt und allem unschweizerischen Wesen den Kampf ansagt.»

Basler Nachrichten, 14. 8. 1940:
«Wenn die ruhige Selbstsicherheit des Schweizervolkes in dieser Periode erhöhter Spannung und der Anpassungspsychose unerschüttert blieb, so zeigen doch einige Erscheinungen des öffentlichen Lebens, dass im Sinne der Volksstimmung neue Wege und zeitgemässe Methoden politischer Zusammenarbeit gesucht werden. Die Gründung des Gotthard-Bundes ist zunächst das interessanteste Merkmal, zumal damit ein – allerdings sehr allgemein gehaltenes – Reformprogramm vorgelegt wurde. Der neue Bund hat in der Presse im allgemeinen keine begeisterte Aufnahme gefunden. Dazu trug nicht bloss die Zusammensetzung des Initiativkomitees aus recht heterogenen Elementen bei.
Bei den Linksparteien wurde der Gotthard-Bund sofort als eine ‚Richtlinienfront' der Rechten diagnostiziert und im gleichen Moment abgelehnt, da man nach Zusammenarbeit und Verständigung rief. Die anderen, bürgerlichen Parteien beurteilen recht unbehaglich die neue Bewegung als eine tatsächliche Kritik ihrer Unzulänglichkeit und fürchten noch mehr, sie könnte sich in eine konkurrierende neue Partei verwandeln, wofür in der Tat kaum ein Bedarf vorhanden ist. Mit Recht ist das neue Gebilde in verschiedenen Zeitungen aber auch in Schutz genommen und gefordert worden, dass man es erst nach seinen Taten und Leistungen beurteile.
In Wirklichkeit kann sich der Gotthard-Bund – oder ist es einfach der heutigen Volksstimmung zu verdanken? – schon einen Erfolg zuschreiben: er wirkt bereits als Katalysator für die Bereitschaft der Parteien zur Zusammenarbeit.»

Lutte Syndicale, 17. 8. 1940:
«Die Erschütterungen der vergangenen Jahre haben es mit sich gebracht,

dass bei uns im Metall- und Uhrenarbeiter-Verband, wie übrigens auch anderwärts, die Bereitschaft gewachsen ist, jedem gutgesinnten Miteidgenossen die Hand zur Verständigung zu reichen. Aus dieser Haltung heraus begrüssen wir gegenwärtig die Bestrebungen des Gotthard-Bundes.»

Appenzeller-Zeitung, 24. 8. 1940:
«Der Gotthard-Bund hat nur dann einen Sinn und eine innere Berechtigung, wenn er die verschiedenen politischen Bekenntnisse an einem Tisch vereinigt. Er kann darum nicht, wie viele von ihm erwarten, mit einem fertigen Einzelprogramm aufrücken. Vielmehr ist seine erste Aufgabe die Gründung von Ortsgruppen, die kantonal und zum Schluss eidgenössisch zusammengefasst würden.»

Neue Zürcher Zeitung, 24. 8. 1940:
«Wäre es nicht ein schöner Anfang, wenn auch die Parteien Vertrauen zu jenen Eidgenossen haben würden, die ihnen bislang nicht näher verbunden waren, jedoch bereit sind, für Neuaufgaben ihre Dienste zur Verfügung zu stellen? Ist es notwendig, jeden Versuch der Mitarbeit als neue Parteizersplitterung mit dem Frontenfrühling in Verbindung zu bringen? Unter denen, die den Gotthard-Bund begrüssten, sind viele, denen gegenüber es eine Verleumdung bedeutet, zu behaupten, sie hätten sich bis jetzt um Parteien und Innenpolitik (oder gar um das Vaterland) nicht gekümmert... Dass die Bewegung aus den Tiefen des Volkes kam, verdeutlichen der interparteiliche Zusammenschluss im Kanton Bern und die Resonanz der Rütliansprache des Generals. Sie aber haben den Einsatz aller wertvollen Elemente nicht überflüssig gemacht, denn eine Demokratie verlangt die Mitwirkung möglichst vieler und den erhöhten Bereitschaftsgrad in Zeiten der Not.»

Seeländer Volksstimme, 28. 8. 1940:
«Doch der Gotthard-Bund bekam, bevor er recht das Licht der Welt erblickt hatte, die Freundlichkeiten des ‚Dénigrement helvétique' zu verspüren. Parteien und Organisationen, die sonst nur selten Seite an Seite streiten, fanden sich am eidgenössischen Räsoniertisch zusammen. Einige von ihnen haben – das sei zugegeben – dem Gotthard-Bund allerdings die interparteiliche Zusammenarbeit entgegengestellt. Wenn diese letztere sich in der Eidgenossenschaft durchsetzen sollte, so würde ja sicher niemand dem Gotthard-Bund eine Träne nachweinen. Wesent-

lich ist weder die Form, noch der Name, sondern bloss die Sache, die dringende, wichtige Sache.»

Aargauer Tagblatt, 31.8.1940:
«Es ist durchaus verständlich und spricht keineswegs gegen diesen Bund, wenn er bis heute ein festes Programm und Prinzipienerklärungen nicht erlassen hat. Er wird sie als Organisation eines Tages erlassen müssen. Das Schicksal dieses Bundes, wie der Parteien überhaupt, wird sich aber darnach entscheiden, ob sie im gegebenen Moment Persönlichkeiten produzieren, die nicht Leitsätze und Programme, sondern reale Dinge der Wirklichkeit meistern.»

Daneben sind Dutzende von Presseäusserungen erschienen, kritische, sehr kritische, neutrale, positive, sehr positive und begeisterte. Die obige Zusammenstellung möge genügen.

Folgende Feststellung zu einer Vielzahl von Pressestimmen und Verdächtigungen scheint mir nötig zu sein: Die persönlichen Beziehungen zu *Gottlieb Duttweiler* lockerten sich nach den ersten Kontakten im Juni/Juli 1940 rasch. Es ist auch festzuhalten, dass Duttweiler, die Migros, oder irgendeine ihr nahestehende Firma nie nur einen einzigen Franken an den Gotthard-Bund bezahlt haben. Die markante Persönlichkeit, der Nationalrat der «Unabhängigen», der spätere Zürcher Regierungsrat *Heinrich Schnyder,* blieb jedoch bis in die Nachkriegszeit eines der massgeblichen Mitglieder der Bundesleitung des Gotthard-Bundes.

Der Austritt von Walter Allgöwer

Walter Allgöwer wirkte in den Vorbesprechungen und Gründungsvorgängen des Gotthard-Bundes in positivster Weise mit. Im Laufe des Monats August geriet er unter den Einfluss einer Gruppe von Basler Parteipolitikern, stellte in ultimativer Form Forderungen, die von niemandem sonst aus dem Gründerkreis unterstützt wurden, was zu einem Bruch und dem Ausscheiden Allgöwers am 19. August 1940 führte.

Allgöwer vertrat plötzlich die Auffassung, die alle andern Gründungsmitglieder von Anfang an abgelehnt hatten, nicht Einzelpersonen seien zusammenzuschliessen, sondern Organisationen (politische Parteien und andere politische Gruppierungen) und eine Bundesleitung sei zu bilden

aus Vertretern dieser Organisationen. In einem Artikel in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 25. August 1940 schrieb er: «Damit büsste der Gotthard-Bund seinen Charakter als Bund autonomer Gruppen ein und entwickelte sich zu einer *autoritär* geleiteten Einheitspartei.»

Es musste jedermann, der auch nur einigermassen die Verhältnisse zu beurteilen vermochte, klar sein, dass eine Vereinigung «autonomer Gruppen» – gemeint waren vor allem die politischen Parteien – im Sommer 1940 auf schweizerischer Basis nie handlungsfähig und zum vorneherein nicht in der Lage sein würde, das gemeinsame Ziel zu erreichen.

Die Basler Nachrichten vom 23. 8. 1940 schreiben dazu:
«Der Gotthard-Bund macht eine innere Krise durch. Von Basel aus, von wo diese Krise ausgelöst wurde, sucht man ihn bei dieser Gelegenheit totzuschlagen. Das ist der Sinn zweier Artikel, welche gestern in der ‚Nationalzeitung' und in der ‚Arbeiter-Zeitung' erschienen sind. Dass auch im ‚Bund', und dazu noch recht perfid, in die gleiche Kerbe gehauen wird, zeigt, dass *Organisation* in der Sache ist. Diese Artikel knüpfen an an den vorher gemeldeten Austritt von Hauptmann Allgöwer aus der Bundesleitung. Die recht scharfen Vorwürfe, welche gegen die Leitung des eben erst gegründeten Bundes gerichtet werden, sind kurz gefasst die folgenden: Der Bundesleitung wird vorgehalten, dass ihre Grundsätze alle Mängel eines eiligen Kompromisses tragen, dass ihre personelle Zusammensetzung unbefriedigend sei und vor allem, dass sie oder wenigstens ein Teil ihrer Mitglieder die Bewegung auf Grund des zentralistisch-autoritären Führerprinzips aufbauen wolle, statt des föderalistisch-demokratischen... Aber es besteht vorläufig kein Grund, mit der Basler Dissidenz, die offenbar ihre eigenen Wege gehen will, den Gotthard-Bund totzuschlagen, der von vielen hoffnungsvoll begrüsst wurde. Die heutigen Verhältnisse legen nahe, dass man ihm die Chance loyal lässt, die ihm durch den Ruf zur Zusammenarbeit gegeben wurde. Gibt er sich dann wirklich in seiner Organisation, in seinem definitiven Programm und namentlich in der praktischen Arbeit die Blössen, die ihm heute von Basel aus vorgehalten werden, dann braucht man ihn nicht zu torpedieren, wie jetzt versucht wird, dann wird er schon und rasch an den eigenen Fehlern zugrunde gehen.»

In der *Schweiz. Metallarbeiter-Zeitung* vom 17. 9. 1940 ist zur gleichen Frage zu lesen:

«Wenn der Gotthard-Bund in seinen Statuten der freien Landsgemeinde einen Platz einräumt, so wird er damit gute Erfahrungen machen. Es soll auch im Gotthard-Bund der Geissenbauer so viel zu sagen haben wie der Professor, und keiner soll ein Vorrecht haben. Ich glaube aber, dass gerade der Professor, der der Bundesleitung vorsteht, diese schweizerische gerade und aufrechte Gesinnung besitzt. Seine Worte, die gleichsam zum Abschluss des ersten grösseren Streites erschienen, flössen volles Vertrauen ein: „... In Wirklichkeit geht der Streit nicht um ‹autoritär› oder ‹demokratisch›, sondern darum, dass man von gewisser Seite her den Gotthard-Bund zwingen will, eine Organisation zu schaffen, die in kürzester Zeit zur Partei erstarren müsste. Gerade dagegen wehrt sich die überwiegende Mehrheit der Bundesleitung. Der Gotthard-Bund will nicht den Parteien Konkurrenz machen. Er will eine neue Verständigungsbasis schaffen, auf der man sich von den verschiedensten Lagern her finden kann. Seine Hauptsorge geht aufs Wirtschaftliche, nicht nur weil es die Hauptsorge des Landes ist, sondern weil sich jede Verständigung im Materiellen zu bewähren hat.‘»

Der bedauerliche Austritt von Walter Allgöwer hat wohl zu einer kurzen Polemik geführt, hatte aber – ausserhalb von und teilweise in Basel – kaum Auswirkungen und vermochte die in Angriff genommene Aufbauarbeit nicht zu stören. Der Austritt von Walter Allgöwer ist der einzige geblieben, der zu unserer Kenntnis gelangte.

Walter Allgöwer war von 1956 bis 1977 Chefredaktor der Migroszeitung «Der Brückenbauer». Im Zeitpunkt seines Rücktritts im Alter von 65 Jahren verabschiedete er sich mit einem Leitartikel, in dem er versöhnliche Töne anschlug: «Für unser Land wurde das Jahr 1940, nach dem Zusammenbruch Frankreichs, besonders kritisch. Der Defaitismus ging um – in allen Parteien und Bevölkerungsschichten. Da ergriff ein während des Studiums und im Aktivdienst zusammengewachsener Freundeskreis die Initiative und gründete drei Widerstandsorganisationen:

- den *Gotthard-Bund,* der mit Inseraten zur Abwehr aufrief und entscheidend mithalf, den Kleinmut zu besiegen;
- den *Offiziersbund...* (siehe Seiten 24 und 25);
- die *Aktion nationaler Widerstand,* die rund 500 Mitglieder aus allen Schichten sammelte, Informationen verbreitete und eine Untergrund-Organisation für eine allfällige Besetzung vorbereitete».

So endeten unsere Kontakte in einem freundlichen Ton.

Die positive Haltung der Spitzenleute des Schweiz. Metallarbeiter-Verbandes und verschiedener lokaler Gewerkschaftsführer (besonders in Neuenburg) zum Gotthard-Bund löste zum Teil scharf ablehnende Stellungnahmen in Kreisen der sozialdemokratischen Partei aus. Eine erste Auseinandersetzung fand in der bernischen *kantonalen Präsidentenkonferenz der sozialdemokratischen Partei* in Biel statt.

Nationalrat Ilg wies eindrücklich darauf hin, dass heute vor der Frage des Weiterbestehens unserer demokratischen Schweiz alle andern Probleme zurücktreten müssten. «...in vielen Kreisen gibt man sich noch keine Rechenschaft darüber, welches die heutige Lage der Schweiz ist, eine Lage, die das Feilschen um Kleinigkeiten nicht erträgt».

Der damalige sozialdemokratische *Bieler Stadtpräsident, Dr. Guido Müller,* hatte schon den Aufruf des Gotthard-Bundes vom 27./28. Juli 1940 unterzeichnet. Er führte an jener Versammlung laut einem Bericht der «Tat» vom 7. August 1940 folgendes aus:

«Das Programm des ‚Gotthard-Bundes' enthält nichts, was unsern Bestrebungen als Arbeitervertreter und unserer Politik, wie sie in Wirklichkeit betrieben wird, und wie sie Genosse Grimm heute wiederum als notwendig bezeichnet, widerspräche. Dagegen enthält es Postulate, die wir freudig unterstützen können, die wir selbst seit langem verfechten und die ihren Wert nicht verlieren, weil auch andere Kreise sich nun zu ihnen bekennen. Sollte es sich erweisen, dass der ‚Gotthard-Bund' andere Wege gehen würde, als sich nach der Publikation der ersten Richtlinien vermuten lässt, so wäre jeder, der dieses Programm unterschrieben, in seinen Handlungen selbstverständlich wiederum vollständig frei. Niemand weiss heute zu sagen, ob der ‚Gotthard-Bund' die Aufgabe, die er sich stellte, wird lösen können. Man kann aber in der Politik nicht immer erst zu einer Sache stehen, wenn sie sich bereits durchgesetzt hat, sondern man muss manchmal auch etwas Gutes wagen, wenn es noch gegen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Die im Kanton Bern unterdessen abgeschlossene Vereinbarung begrüsse ich aufs lebhafteste, und ich glaube, dass sie in den vom ‚Gotthard-Bund' proklamierten Richtlinien liegt. Sollte es den politischen Parteien in der Eidgenossenschaft gelingen, sich zu gemeinsamer Arbeit zu finden, wie dies im Kanton Bern der Fall war, so wäre dies sehr erfreulich, und es

wäre damit ein weiteres, vom ‚Gotthard-Bund' proklamiertes Ziel erreicht. Dass man sich im ‚Gotthard-Bund' mit ‚belasteten' Politikern verbindet, kann kaum ein Vorwurf sein, da jedermann, der bis heute politisch tätig war, in den Augen seines Gegners ‚belastet' ist. Der Wert einer Zusammenarbeit liegt aber gerade darin, dass man sich mit Personen und Organisationen verbindet, denen man bisher feindlich gegenüberstand. Nur im gegenseitigen Willen zur Zusammenarbeit und zum Einverständnis liegt für unsere Demokratie ein Kräftezuwachs, wie wir ihn heute unbedingt brauchen.»

Entgegen diesen Stellungnahmen fasste die Schweizerische Sozialdemokratische Partei kurz darauf den Beschluss, die Mitgliedschaft im Gotthard-Bund sei mit einer Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Partei nicht vereinbar. Trotzdem bestanden enge persönliche Beziehungen zwischen dem Gotthard-Bund und Funktionären der Gewerkschaften weiter, so vor allem mit Conrad Ilg und Arthur Steiner. Die beiden erklärten zwar, ihr offizieller Beitritt zum Gotthard-Bund würde «einen zu grossen Krach» mit der Partei absetzen. Der Grossteil der lokalen Sekretäre des SMUV ist aber Mitglied des Gotthard-Bundes geworden. Arthur Steiner referierte später an mehreren schweizerischen Tagungen des Gotthard-Bundes. Mit ihm bestanden auch besonders enge persönliche Bande.

Bei den persönlichen Kontakten 1940/41 mit leitenden Persönlichkeiten der Gewerkschaften spielte auch *Walter Ingold,* der Pressechef des Föderativverbandes des Personals öffentlicher Dienste, eine massgebliche Rolle. Für mich von besonderer Bedeutung war der von ihm vermittelte Kontakt mit *Nationalrat Robert Bratschi,* dem damaligen Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, mit dem ich vor der eidgenössischen Abstimmung vom 2./3. Dezember 1939 scharfe Auseinandersetzungen gehabt hatte. Walter Ingold war ein liebenswürdiger, wertvoller Vermittler überall dort, wo sich Störungen in den persönlichen Beziehungen einstellten.

Die Darstellung der Pressepolemiken und sonstigen Auseinandersetzungen abschliessend, sei eine Äusserung von Prof. Erwin Bucher (Winterthur / Zürich) wiedergegeben, die in seiner Arbeit «Schwachstellen in der schweizerischen Widerstandsfront» enthalten und am 25. Mai 1979 in der NZZ erschienen ist:

«Der im Juli (1940) gegründete ‚Gotthard-Bund', der sich zum Ziel gesetzt hatte, die Bürger aller politischen Richtungen in einer Organisa-

tion zusammenzufassen, die zugleich eine politische Erneuerung anstreben und den Widerstandsgeist beleben sollte, kam damals einem weitverbreiteten Bedürfnis entgegen und erfüllte eine wichtige Funktion. Sie wird in der parteipolitisch gebundenen Presse, die seinen eher vagen Erneuerungsparolen mit Skepsis gegenüberstand, nicht sichtbar. In den Berichten des ‚Büros der Psychologen' im Armeestab sind die positiven Wirkungen dieser Gründung aber deutlich zu erkennen. Er hat Tausenden in einer Zeit der Desorientierung inneren Halt gegeben.»

4. Erste Aktionen

Schon am 20. Juli 1940 wurden alle Parteileitungen über die Gründung des Gotthard-Bundes orientiert: «In diesen Tagen wurde unter Beteiligung von Persönlichkeiten aus den verschiedensten politischen Lagern der Gotthard-Bund gegründet. Wir möchten Ihnen hiemit offiziell von der Gründung unseres Bundes Kenntnis geben.»

Es wurde ferner für Mitte August 1940 zu einer orientierenden Zusammenkunft in Bern mit Vertretern aller Parteien eingeladen. Die Antworten der Präsidenten der katholisch-konservativen Partei (P. Aeby, Freiburg), der freisinnig-demokratischen Partei (E. Béguin, Neuenburg), der liberal-konservativen Partei (Ch. Gorgerat, Lausanne), der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (R. Reichling, Stäfa) und des Zentralsekretariates der Sozialdemokratischen Partei («im Auftrage von Nationalrat Dr. H. Oprecht sowie der Geschäftsleitung der SPS») sind noch vorhanden; dazu teilweise zusätzliche Antworten der Fraktionspräsidenten der Bundesversammlung. Sämtliche Parteivertreter haben die Einladung angenommen.

An der folgenden Zusammenkunft wurde eine so umfassende Orientierung gegeben, wie sie in jenem Zeitpunkt möglich war.

Am 2. September 1940 fand in Zürich eine *erste Pressekonferenz* statt. Vier Problemkreise kamen zur Sprache (die Referenten sind grösstenteils nicht mehr zu ermitteln):

1. *Armeeforderungen*
   Es wird eine «Präsenzarmee» gefordert, unter Hinweis auf das damalige «Urlaubssystem», das sowohl für die Wirtschaft wie für die Armee unbefriedigende Verhältnisse schaffe.
2. *Parlamentsreform*
   Vorschläge einer Arbeitsgruppe kamen zur Sprache, die anschliessend als Leitartikel in der «Neuen Zürcher Zeitung» erschienen sind. Die Unproduktivität und Schwerfälligkeit des Parlamentsbetriebes, die Vielrednerei und die häufige Abwesenheit der Parlamentarier werden beklagt.
3. Massnahmen der *Arbeitsbeschaffung* und *-sicherung* werden gefordert, mit einer Zentralstelle für die Arbeitsbeschaffungspolitik.
4. Der *Umbau der Lohn- und Verdienstausgleichskassen:* «Überall wird der Gedanke lebendig, die Lohn- und Verdienstausgleichskassen in eine Institution der Altersversicherung umzubauen.» Die Anregungen dazu stammten vor allem von Charles Ducommun, unterstützt von mehreren Westschweizern. Da es Ducommun noch nicht möglich war, in Erscheinung zu treten, referierte der Verfasser an seiner Stelle. Der damalige Vorschlag war der Ausgangspunkt für die später vom Gotthard-Bund an die Hand genommene, von allen grossen politischen Parteien unterstützte Initiative zur Einführung einer Alters- und Hinterlassenenversicherung, organisatorisch basierend auf den kurz nach Kriegsausbruch geschaffenen Lohn- und Verdienstausgleichskassen (dazu siehe Seiten 102ff.).

   Es war uns ein wichtiges Anliegen, «den Gedanken der Solidarität, verkörpert in der Einrichtung der Lohn- und Verdienstausgleichskassen, zu erhalten. Die Lohn- und Verdienstausgleichskassen sollten als Grundlage dienen für eine rasche und gründliche Arbeit zur Schaffung einer Institution für die Altersversicherung und den Familienausgleich (Soziallohn). Der Gotthard-Bund will... mithelfen, vor allem im Ausgleich der *Interessen-Gegensätze,* die zu überwinden sein werden.»

Es bestand schon damals die Gefahr eines politischen Gegensatzes zwischen Kreisen, die für die Einführung einer Altersversicherung eintraten und solchen, vor allem katholisch-konservative Gruppen, die Wert legten auf die Verwirklichung von Kinderzulagen (man sprach damals vom Familienlohn oder Soziallohn). Man kann sich heute kaum mehr vorstellen, dass 1940, mitten im Zweiten Weltkrieg, eine Alters- und Hinterlassenenversicherung fehlte und Kinderzulagen fast unbekannt waren.

Aktion zur Sicherung des Arbeitsplatzes für Wehrmänner

Am 7. September 1940 erschien erstmals im «Tagblatt der Stadt Zürich» ein Inserat, in dem *«Sprechstunden für Wehrmänner oder ihre Angehörigen* ab Dienstag, den 10. September, 9–11 Uhr und 15–17 Uhr, Sihlstrasse 37, 3. Stock, Zürich» angekündigt wurden. Ähnliches geschah in andern Städten. Auszug aus dem Text:

«Den Wehrmännern, die ihre Arbeitsplätze zu verlieren drohen, will der Gotthard-Bund beistehen, seien sie im Felde, auf Piket entlassen oder in militärischen Hilfsdiensten. Für diese Wehrmänner werden im Rahmen unserer Aktion Rechtsanwälte und Geschäftsleute als Fürsprecher im guten alten Sinn des Wortes bei den Arbeitgebern walten. Selbstverständlich unentgeltlich und ohne Ansehn der Verbands- und Parteizugehörigkeit.

.....

Die *Notwendigkeit* und auch die Grenzen unserer Aktion sind uns bekannt. In sehr vielen Fällen bedarf es keiner Intervention. Wir wissen um die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten vieler Arbeitgeber, werden aber überall dort, wo es nötig ist, unablässig an das Gebot jeder Notzeit mahnen:

An Opfer bisher ungeahnten Ausmasses! Alle aufrechten und gutwilligen Eidgenossen mögen uns dabei zur Seite stehen.»

Wichtig waren nicht nur Hilfeleistungen in Einzelfällen, sondern Zeichen der Solidarität zu bekunden mit Wehrpflichtigen und mit allen durch die Umstände Benachteiligten.

Die neue Inseratenserie

Dem Kampf zur Stärkung der inneren Widerstandskraft des Schweizervolkes sollte durch eine Inseratenkampagne eine grössere Breitenwirkung gegeben werden. Dazu aber brauchte es Geld. Wohl gingen nun Mitgliederbeiträge und andere Zuwendungen ein, aber zu langsam (die Aufnahme von Mitgliedern wollten wir ja «sieben»). Der Reklameberater Hans Bolliger, damals bekannt als Gründer des «Bundes der Subventionslosen» mit der «Symbolfigur» des Elefanten, stellte sich zur Verfügung,

um eine Geldsammelaktion durchzuführen. In kurzer Zeit brachte er – 1940! – rund 55 000 Franken zusammen. Damit war der zweite Schritt in die breite Öffentlichkeit finanziell gesichert.

In den Monaten September, Oktober und November erschien eine Inseratenserie, vorwiegend in Zürich – das galt als die gefährlichste Einbruchstelle! –, aber auch an andern Orten. Die Titel besagen genug: «Die Termiten», «Die Schädlinge», «Das Geheimnis der Freiheit», «Kampf und Gefahren haben nie geschadet», «Der Zyklopenschutz» und andere. Die Inserate hatten eine heute kaum mehr vorstellbare, aussergewöhnliche Resonanz.

Die mit dem Inserat «Politische Termiten» anvisierten Kreise – die nationalsozialistischen Ableger in der Schweiz, die im Sommer und Herbst 1940 eine erschreckende «Stosskraft» erlangt hatten, oder sagen wir noch deutlicher: Unverschämtheiten aller Art demonstrierten – reagierten auf diesen Text ausserordentlich empfindlich. Sie fühlten sich mit Recht anvisiert und reagierten sehr «betroffen», was durch die Lektüre des Textes ohne weiteres verständlich wird. Deshalb sei hier der vollständige Text dieses Inserates wiedergegeben:

Politische Termiten

Folgende naturwissenschaftliche Studie über die Termiten stand kürzlich in einem schweizerischen Blatt:

„Die Termiten leben in großer Artenzahl in den Tropen und führen ein dem Tageslicht abholdes Dasein. Durch Einwirkung von Sonnenlicht gehen sie zugrunde, auch sterben sie bei einer T[illegible]me unter 20 Grad wie auch an Mangel an Feuchtigkeit. Ihre wissenschaftliche Stellung im System der Tierwelt ist noch heute umstritten, sie sind eine Sonderart. Brehm ordnet sie zwischen die Holzläuse und Schaben. Sie wohnen unter der Erde und türmen über ihre Burgen oft sehr hohe und verschieden geformte Bauten, die sich zuweilen wie kleine tote Städte aus Zement in den Steppen und im Busch ausdehnen.

Die Zangen der Termiten sind scharfschneidende und eifrig arbeitende Werkzeuge. Dazu erzeugen sie eine Säure, die auch Metall angreift. In den Tropenländern ist so gut wie nichts vor ihnen sicher. Schon Linné schrieb: Die Termite ist Indiens größtes Unglück. Nicht nur Indiens! möchte man beifügen.

[illegible]ie führen einen beständigen Kampf gegen das Werk des Menschen, da sie alles, was Zellstoff enthält, zerstören und fressen. Wird man ihre Arbeit gewahr, ist es meistens zur Rettung zu spät. Sie betreiben eine beinah geräuschlose Wühlarbeit, eine geheime, unsichtbare Tätigkeit des Bohrens und Nagens. Dabei gehen sie kunstvoll und mit scharfem technischen Instinkt zuwege. Häuser, Möbel, Pfosten, Türen, Kisten und Kasten, Wäsche, Kleider, Bücher und Vorräte werden von ihnen vernichtet. Sie tun es unmerklich, indem sie die Gegenstände von innen her aushöhlen bis auf eine dünne Umhüllung oder Haut, die sie gegen die tödliche Einwirkung des Lichtes schützt.

Geschichten von Termiten und ihren Ueberraschungen werden viel erzählt. Ein Pflanzer kehrte aus Holland nach Niederländisch-Indien zurück. Abends wollte er sich ein wenig durch Lektüre zerstreuen, hatte er doch eine kleine Bücherei in seinem Bungalow. Er greift hinein, um den Don Quichote herauszunehmen, den er in einer schönen Lederausgabe besaß — kaum hat er daran gerührt, stürzt die ganze Bücherei zusammen. Die Werke der großen Geister waren in seiner Abwesenheit hohl geworden — ausgehöhlt, bis auf die letzte Faser von den eifrigen Termiten ausgelesen, aufgefressen. Damit aber die Bücherreihen nicht zusammenstürzten, hatten sie Schnitt und Rücken der Bände als dünne Hüllen übriggelassen und das Ganze mit einer sehr feinen Wachsschicht überzogen.

Ein Pflanzer in Natal war eine Woche von zu Hause abwesend. In sein Landhaus zurückgekehrt, findet er alles in guter Verfassung vor. Als er sich auf einen Stuhl setzt, um am Tisch Platz zu nehmen, sinkt der Stuhl unter ihm wie in Asche zusammen. Beim Fall greift er mit der Rechten nach dem Tisch, um sich festzuhalten — gespenstisch zerfällt der

Tisch und stürzt zu Boden. Mit der Linken langt der überraschte Mann nach dem Pfosten, der das Dach trug, und auch die Tragsäule zerbricht und nimmt im Sturz das Dach mit herunter in einen einzigen Trümmerhaufen — die Termiten hatten das ganze Haus von unten bis oben ausgehöhlt und zu ihrem Wohnsitz gemacht."

•

Eidgenossen, Ihr tätet gut, Eure Aufmerksamkeit den **politischen** Termiten zuzuwenden, die unser altehrwürdiges Schweizerhaus mit allem Raffinement von innen her aushöhlen, damit es beim ersten Schupf in sich zusammenfalle — wie so viele Länder, die in einem einzigen Jahr ihre Freiheit und Unabhängigkeit verloren.

Die dunklen Kräfte sind in letzter Zeit überaus rührig. Gewaltige Mittel der offenen und versteckten Propaganda stehen unsern schweizerischen Termiten zur Verfügung, und alles spielt sich so harmlos, so unauffällig, mit solcher Biederkeit ab, daß sogar kluge Bürger, die sonst nicht auf den Kopf gefallen sind, nichts sehen und nichts hören — vor allem aber nichts glauben wollen!

•

Statt auf die 650jährige Geschichte unseres Landes zurückzuschauen, täten wir Hirtenknaben besser, auf die sechs oder zwölf Monate zu achten, die vor uns liegen. „Sieh vorwärts, Werner, und nicht hinter Dich!"

•

Möchtet Ihr Schlafenden, Schläfrigen, Ihr Chloroformierten doch beizeiten der Gefahren bewußt werden, die unserem Lande drohen. Die gesteigerte Aktivität der dunklen Mächte ist sicherlich keine rein zufällige; alles greift planmäßig ineinander.

Was tun?

Aufstehen, Bürger, aufhorchen, sich zusammentun mit den Unerschrockenen, Wachsamen.

Was können die paar geistigen Landesverräter, wenn das Volk zu Hunderttausenden aufsteht?

Nichts!

Was können die paar geistigen Landesverräter, wenn das Volk schläft?

Alles!

Mitbürger, von jedem von Euch hängt es ab, ob die Schweiz einem faulen Apfel gleich vom Baum der Geschichte falle oder ob sie für jeden, der sie pflücken will, zu einer harten Nuß werde.

Der Zyklopenschutz

In der Zyklopenzeit dachte ein Schwächling: „Ich will mich seinem Schutze anbefehlen, er tut mir dann nichts.“ „Das ist wohlgetan“, sagte der Zyklop, „nimm jetzt nur diesen Faden in die Hand, und ich will dich daran leiten, wo du links oder rechts gehen mußt.“

Dies erschreckte den Schwächling; er zitterte am ganzen Leibe; doch er nahm den Faden in die Hand, aber schon morgens sagte der Zyklop: „Dieser Faden könnte brechen“, und bot ihm dafür eine Schnur in die Hand. Wenige Tage darauf sagte ihm der Riese: „Der Faden und die Schnur waren nur für die Probezeit, für die Zukunft mußt du dieses Schutzseil in die Hand nehmen und mir schwören, dasselbe weder bei Tage noch bei Nacht aus den Händen fallen zu lassen.“

Totenblaß schwur jetzt der Mensch, was nicht möglich war, zu halten. Das Seil fiel ihm bald aus den Händen. Darüber zürnte der Wüterich und sagte: „Das ist Untreue und Meineid.“ Mit dem knüttelte er ihm das Schutzseil um beide Hände. Also gebunden seufzte der Mann: „Selig sind die, die er ohne Schutz frißt“, und nagte dann einmal eine Nacht durch mit den Zähnen an diesem Schutzseile und wollte es durchfressen, aber das Ungeheuer erwachte, ehe er los war, und band ihm jetzt das gefürchtete Seil um den kitzligen Hals.

„Aus den Fabeln Johann Heinrich Pestalozzis“, S. 28.

Besondere Berühmtheit erlangte auch das Inserat *«Der Zyklopenschutz»*. Da die ersten Inserate – nach mehreren «Mahnungen» – die Gefahr eines Eingreifens der Zensurbehörde akut werden liessen, stiessen wir im kritischsten Augenblick auf die Fabel von Heinrich Pestalozzi «Der Zyklopenschutz». Und schon war der Beschluss gefasst, diese als Inseratentext zu verwenden. Die Zensurbehörde würde es kaum wagen, die Veröffentlichung einer Fabel von Heinrich Pestalozzi zu verbieten! Der Text war in jenem Zeitpunkt der bestmögliche. Auch dieses Inserat verdient wiedergegeben zu werden.

Da in den Zeitungen die redaktionellen Texte einer strengen Zensur unterstellt waren, fiel die deutliche Sprache der Inserate um so mehr auf. Die Resonanz war besonders gross in der «labilen» Stadt Zürich, wo die nationalsozialistischen «politischen Termiten» auch am hemmungslosesten auftraten. Das damit für den Gotthard-Bund geweckte Interesse war so gross, dass die entstandenen organisatorischen Probleme längere Zeit kaum bewältigt werden konnten.

Mehrere hunderttausend Exemplare eines *vierseitigen Flugblattes* «Schluss mit Schielen und Reislaufen!» wurden in verschiedenen Städten durch die Mitglieder verteilt. In Zürich allein waren es gegen 300000.

Schluß mit Schielen und Reislaufen!

„Schielen" und „Reislaufen" nach andern Ländern, sei es nach Frankreich, Rußland oder Deutschland, brachte der Schweiz zu allen Zeiten nur Unglück.

Schluß damit!!

Die klaren, einfachen Grundgedanken der Eidgenossenschaft wollen wir wieder zu Ehren bringen und kompromißlos verteidigen. Wer daran rührt, soll uns gewappnet finden.

Die eidgenössische Ordnung wollen wir schaffen. Ihr oberstes Prinzip ist die praktische Solidarität der Eid-Genossen.

Aber die eidgenössische Ordnung kann nur durch die aktive Teilnahme der Besten aller Volksschichten verwirklicht werden.

Die Zeit der politischen Generalmobilmachung ist gekommen.

Die Gegenwart verlangt persönlichen Einsatz und mutiges Wagen

Mitbürger! Wüßtet ihr doch nur, was die Stunde geschlagen hat! Dann würdet ihr nicht in den Tag hineinleben. Dann würdet ihr, ob „rechts", ob „links", ob Katholik oder Protestant, erwachen und kräftig zusammenstehen!

Hinein in den Gotthard-Bund!

Der Gotthard-Bund will die besten Kräfte in und außerhalb der Parteien in aktiver Zusammenarbeit vereinigen.

Gotthard-Bund

Gruppe Kt. Zürich

Zürich, Sihlstr. 37
Telephon 3 43 89
Postscheckkonto VIII 18673

Taten sind die beste innere Landesverteidigung

Neben der Wiedergabe des Textes des Bundesbriefes von 1291 in der Fassung der Landi 1939 fand sich auf der Innenseite folgender Text:

Mitbürger, erwacht!

Dunkle Kräfte sind am Werk, um unser altehrwürdiges Schweizer Haus mit allem Raffinement von innen her auszuhöhlen, damit es beim ersten Schupf in sich zusammenfalle — wie so viele Länder, die in einem einzigen Jahr ihre Freiheit und Unabhängigkeit verloren.

Gewaltige Mittel der offenen und versteckten Propaganda stehen den Verräterfiguren zur Verfügung, aber alles spielt sich so harmlos, so unauffällig, mit solcher Biederkeit ab, daß sogar kluge Bürger, die sonst nicht auf den Kopf gefallen sind, nichts sehen und nichts hören — vor allem aber nichts glauben wollen!

Möchtet ihr Schlafenden, Schläfrigen, ihr Chloroformierten doch beizeiten der Gefahren bewußt werden, die unserem Lande drohen. Die gesteigerte Aktivität der dunklen Mächte ist sicherlich keine rein zufällige; alles greift planmäßig ineinander ...

Die Inserate und Flugblätter erwiesen sich um so nötiger, als in jenen Tagen – es war am 10. September 1940, 16.30 Uhr – Bundespräsident Pilet-Golaz drei «abgeordnete» Frontisten zu einer Besprechung empfing. Es darf wohl heute festgestellt werden, dass dieser Empfang in weiten Kreisen dem Vertrauen in die Haltung des Bundesrates einen Stoss versetzte. Es waren Ernst Hofmann, Max Leo Keller und Jakob Schaffner, Mitglieder der sich als «Nationale Bewegung der Schweiz» (NBS) bezeichnenden Frontisten.

Adolf Brunner

Der Musiker Adolf Brunner gehörte nicht zu den Gründern, war kein Mitglied der ersten Stunde. Er befand sich in den kritischen Maitagen 1940 im Aktivdienst und stiess erst nach dem Zusammenbruch Frank-

reichs, als sein Regiment entlassen worden war, zum Gotthard-Bund in der Überzeugung, dass es nun gelte, nicht nur militärisch, sondern auch politisch sich in besonderer Weise einzusetzen. Adolf Brunner hat dem Gotthard-Bund so grosse Dienste geleistet, dass er eine besondere Würdigung verdient.

Aus seinem unveröffentlichten Erinnerungsbuch entnehmen wir mit Erlaubnis des Autors folgende Abschnitte:

«Unablässig beschäftigte mich – nach der vorübergehenden Entlassung aus dem Aktivdienst im Sommer 1940 – die Situation des Landes. Kaum war ich wieder zu Hause, begann ich einen Aufsatz zu schreiben, der den Titel trug ‚Neues Bürgertum – soldatisches Bürgertum'. Die Schrift sollte mir zur Kopfklärung dienen, wurde aber später im Laufe des Abwehrkampfes veröffentlicht. Meine Gedankengänge waren ungefähr die folgenden:
Früher setzte die Verteidigung unseres Landes voraus, dass man entweder dem Gegner allein gewachsen war oder auf die Hilfe einer dritten Macht zählen konnte. Heute steht die Schweiz den Achsenmächten allein gegenüber, und es besteht im Konfliktfalle keine Aussicht, der Niederlage früher oder später zu entrinnen. Wir kämpfen also nicht mehr um zu siegen, sondern ziehen ganz einfach den Untergang einem Leben in Unehre vor. Es ist daher für den Gegner gut zu wissen, dass er unser herrliches Land nur grauenvoll verwüstet und über einen Berg von Leichen erobern kann. Der Preis muss ihn abschrecken. So gilt denn das Paradox: nur wenn wir zum Untergang entschlossen sind, haben wir Aussicht weiter zu bestehen.
Die bisherige Besitzbourgeoisie ist allein nicht imstande, der heutigen Situation zu begegnen und die Schweiz in fremder und feindlicher Welt zu repräsentieren. Unser Staatsbürgertum muss sich von nun ab aus allen Volksschichten rekrutieren. Hier soll nicht Herkunft, sondern der Glaube an unsere staatlichen Ideale entscheiden und der Wille, sein Leben für diese bedingungslos einzusetzen.
Daher ist das neue Bürgertum auch ein soldatisches. Seine Glieder sind bereit, selbst ohne Aussicht auf Erfolg zu kämpfen und unterzugehen, und achten Freiheit und Unabhängigkeit mehr als Leben oder gar persönliche Vorteile.
In diesen und ähnlichen Gedanken suchte ich meinen Gefühlen Ausdruck zu geben. Die Stimmung, welche ich im Zivilleben antraf, gefiel mir ganz und gar nicht. Seit es an unseren Grenzen ruhig geworden war, glaubte

man vielerorts, dass die Gefahr vorüber sei, und hatte sich von einem Ohr auf das andere gelegt.

Es fehlte damals im politischen Leben neben den Parteien ein Sammelbecken für die kompromisslosen Kämpfer gegen die totalitäre Gefahr. Seit einiger Zeit machte eine überparteiliche Bewegung, die sich ‚Gotthard-Bund' nannte und sowohl in der alemannischen wie in der welschen Schweiz durch bekannte Namen vertreten war, von sich reden. Sie hatte den Widerstand um jeden Preis und den Kampf gegen den Defaitismus auf ihre Fahnen geschrieben. Ich beschloss, als einfaches und aktives Mitglied beizutreten.
Im Schosse des Gotthard-Bundes traf ich Männer wie Prof. Theo Spoerri, Christian Gasser, Prof. Emil Brunner. Spoerri war Bundesobmann, Gasser Leiter der Kantonsgruppe Zürich. Zu den Gewerkschaften (vor allem dem späteren Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Arthur Steiner), zum Schöpfer des Anbauplanes Prof. Wahlen, zum Chef des Rationierungswesens Arnold Muggli bestanden enge Beziehungen.
Es kam, wie es kommen musste. Wenn sich in einer jungen politischen Bewegung ein Arbeitswilliger meldet, so fällt er meist ungewollt die Treppe hinauf.
Ich selbst wurde bald eine Art Wanderprediger, der in Privathäusern, in kleinen und grossen Versammlungen, in Dörfern und Städten zur Wachsamkeit und zum Durchhalten aufrief. Es ging nicht lange, so füllte mich die neue Tätigkeit ganz aus, und ich kam nur noch selten zum Musizieren. Ich betrachtete die politische Arbeit im Gotthard-Bund als eine Art Zivildienst.
Neujahr 1941 fasste ich die Lage der Schweiz im Tagebuch wie folgt zusammen: ‚Wir sind nur ein Schönheitsfehler auf der neuen Landkarte Europas, für den es sich nicht lohnt, einen mörderischen Krieg zu beginnen. Wir würden allerdings schon jetzt geschnappt werden, wenn man uns billig oder gar gratis haben könnte. Wir haben daher noch immer unser Schicksal in der Hand, wenn wir bloss gesund, einig und gerüstet bleiben.'»

Auf die spätere, wichtige Arbeit Adolf Brunners wird mehrmals zurückzukommen sein.

5. Organisatorische Kleinarbeit

Die Bundesleitung trat vorerst regelmässig jede Woche zusammen. Ihre Mitglieder leisteten – ohne je eine Entschädigung zu erhalten – eine grosse Arbeit. Die Organisation konsolidierte sich immer mehr, besonders nachdem das Bundessekretariat in *Kurt Vogelsang* im Frühjahr 1941 einen neuen initiativen Leiter erhalten hatte.

Überall im Lande herum nahmen die Kantonsgruppen Gestalt an. «Landsgemeinden» wählten die Kantonsleitungen. Richtlinien für die Organisation von Untergruppen wurden aufgestellt, vorwiegend nach geographischen Gesichtspunkten. In Zürich gründeten wir Gruppen in allen Stadtkreisen. Ferner entstanden Gruppen in Winterthur und für die verschiedenen Landbezirke. Jede dieser Gruppen hatte einen verantwortlichen Leiter. Zudem wurden *Verbindungsleute* zu den einzelnen politischen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen bestimmt.

An den beiden Zürcher Hochschulen entstand eine *«Studentengruppe* Zürich des Gotthard-Bundes», die in der Folge besonders für den Plan Wahlen einen grossen Einsatz leistete, aber auch schon damals nach «modernen» Methoden organisierte Meinungsumfragen durchführte. Sie schuf sich eigene Statuten. Die noch vorhandenen Protokolle geben einen interessanten Einblick in die Aktivität.

Die Kantons- und andern Gruppen waren die Träger der bereits angelaufenen, im folgenden beschriebenen Aktionen. Es fanden unzählige Zusammenkünfte in grösserem und kleinerem Kreise statt. Wie Adolf Brunner für sich beschrieb, wirkten verschiedene Mitglieder geradezu als «Wanderprediger», die fast täglich in öffentlichen, halböffentlichen und privaten Veranstaltungen gegen den weit verbreiteten Defaitismus kämpften und zum Durchhalten aufforderten. In besonderer Erinnerung steht mir eine öffentliche Veranstaltung mit Adolf Brunner in Davos, einem Zentrum nazistischer Einflüsse; sie war sehr gut besucht, etwa zur Hälfte von Schweizern und zur Hälfte von Mitgliedern der dortigen deutschen Kolonie. Äusserst lebhafte Auseinandersetzungen gaben ihr das Gepräge.

Die grosse Zahl von Veranstaltungen der Kantonsgruppen, von Aufrufen, Veröffentlichungen und organisatorischen Arbeiten im Winter 1940/41 kann kaum erfasst werden.

Mehrere Dutzend Male durchgeführt und überall gut besucht waren die von Ernst Jucker, Tann-Rüti, und vom Verfasser geleiteten *Kurse* unter dem Titel *«Propaganda, die neue Kriegswaffe»* und *«Methoden der Propaganda»*. Der Text, der dem Kurs «Propaganda, die neue Kriegswaffe» zugrunde lag, wurde vom Generalstab für armeeinterne Verwendung in Hunderten von Exemplaren angefordert. (Siehe auch Seiten 17 und 18.) Es sei hier ein Auszug wiedergegeben:

«Krieg war früher eine Auseinandersetzung zwischen den *Armeen;* diese Armeen gestützt von der wirtschaftlichen Kraft eines Landes.

Und der Krieg heute?

Wir alle wissen, dass eine Wandlung eingetreten ist. Aber über die *Art* dieser Wandlung sind wir uns im allgemeinen noch zu wenig klar.

Selbstverständlich ist und bleibt die *militärische Rüstung* das ‚Kernstück' der Landesverteidigung. Aber auch hier spüren wir, dass es nicht genügt, wenn wir uns mit Betonklötzen und Drahtverhauen umgeben und die Armeen auch sonst glänzend ausrüsten.

Der *erste* Angriff pflegt gar *nicht militärisch* zu erfolgen. Die erste Verteidigungslinie ist also eine *nicht*-militärische; sie liegt *nicht* an der Grenze, sondern im Innern. Wenn diese erste Verteidigungslinie im Innern nicht standhält, so hält nichts ‚hinter' ihr stand.

Die innere Unterminierung und Unterhöhlung ist zur ‚normalen' Kriegswaffe geworden.

Die planmässige Organisation und der planmässige, rücksichtslose Gebrauch dieser Kriegswaffe, das ist das wichtige Novum der letzten Jahre.

. . . . .

Goebbels weist in seiner Schrift ‚Propaganda und nationale Macht' darauf hin, dass *zwischen Propaganda und Gewalt gar keine grundsätzlichen Gegensätze bestehen.* Vom leisesten Säuseln der Propaganda bis zur absoluten Ausübung der Gewalt (Unterwerfung) besteht eine kontinuierliche, steigende Linie. *Man kann nicht feststellen, wo die Propaganda aufhört und wo die Gewalt anfängt.*

. . . . .

‚Die eigentlichen Kriege werden sich *vor* den militärischen Handlungen abspielen.'

Staunend nahm die Welt in den letzten Jahren die Erfolge dieser ‚eigentlichen Kriege' zur Kenntnis, die lange Zeit sogar so erfolgreich durchgeführt wurden, dass die militärischen Handlungen nur noch das fait accompli herstellten.

. . . . .

Jeder Schweizer hat die Pflicht, dem totalen Kriege die totale Verteidigung des Landes entgegenzusetzen.

Verteidigung der inneren Front!

In ruhiger Gelassenheit, mit nüchternem, klarem Denken gilt es den Kampf zu führen gegen die Unterminierung unseres Landes.»

Ernst Jucker, Sekundarlehrer in Tann-Rüti, hat mit seinen in Sowjetrussland in der Zwischenkriegszeit gemachten langjährigen Erfahrungen und der Kenntnis der russischen Propagandamethoden dem Gotthard-Bund grosse Dienste geleistet. Er sorgte dafür, dass – auch nach dem Angriff der Nazi auf die Sowjetunion – die Natur totalitärer Staaten und deren Propaganda im Gotthard-Bund nicht vernebelt werden konnten.

Besonders sei auch die Aktivität der «Ligue du Gothard» in der Westschweiz vermerkt. In Genf war durch Julien Lescaze und René Leyvraz die Kantonsgruppe besonders in der Union Corporative und den christlichen Gewerkschaften verwurzelt. In der Waadt hatten Maurice Veillard, der Präsident des Jugendgerichtes, und Ch. Chavan, Lausanne, später auch Charles Ducommun und andere einen breiten Kreis von Mitgliedern zu sammeln vermocht. Nirgends so sehr wie in Neuenburg war der Gotthard-Bund in Kreisen der Gewerkschaften auf Interesse und Sympathie gestossen, vor allem dank der Arbeit von Philippe Muller. Es sei an die neuenburgischen Gewerkschaftsführer Giroud und Aragno erinnert sowie an den im Herbst 1941 durch das «Ralliement neuchâtelois» in den Regierungsrat gewählten Léo DuPasquier.

Wie bereits erwähnt, durften nicht alle sich für die Aufnahme in den Gotthard-Bund Anmeldenden ohne weiteres aufgenommen werden. Die «Durchleuchtung» der Neuangemeldeten erfolgte in allen Kantonsgruppen mit erstaunlicher Zuverlässigkeit.

Für die systematische Mitgliederwerbung und die geographische Verteilung der Mitglieder legten einige Kantonsgruppen – nicht alle – zahlenmässige Pläne fest. Vorhanden ist noch eine *Aufstellung für sämtliche*

Gemeinden des Kantons Zürich, die als Richtlinie für die Mitgliederwerbung diente. In der Stadt Zürich sollten 400 Mitglieder gewonnen werden, was mehr als erreicht wurde. Die systematische «Durchdringung» der Landgemeinden erwies sich sowohl im Kanton Zürich wie andernorts als schwieriger; sie war für unsere Bestrebungen wahrscheinlich auch weniger wichtig.

Die genaue Zahl der 1940/41 formell aufgenommenen Mitglieder lässt sich nicht mehr feststellen. Es dürften etwa 8000 gewesen sein.

6. Erste Magglinger Tagung

Auf Samstag/Sonntag, den 21./22. September 1940, lud die provisorische Bundesleitung zu einer ersten gesamtschweizerischen *Tagung nach Magglingen* ein. Dazu war damals eine Genehmigung durch die Polizeidirektion des Kantons Bern nötig.

Über die Tagung erschien folgende ag-Meldung:

«Biel, 22. Sept. – 120 Vertrauensleute des Gotthard-Bundes aus allen Landesgegenden traten am vergangenen Samstag und Sonntag in Magglingen unter dem Vorsitz von Prof. Spoerri (Zürich) zu einer Arbeitstagung zusammen. An Hand von Referaten und Thesen der Bundesleitung wurden die Richtlinien des Bundes in den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Zeitfragen festgelegt. Sie dienen den kantonalen Organisationen als Grundlage für die praktische Arbeit der nächsten Wochen. Die behandelten Themen betrafen insbesondere die geistigen Grundlagen des Gotthard-Bundes, die Fragen der Berufsgemeinschaft und des Arbeitsfriedens, die in Aussicht zu nehmenden politischen Reformen, die Arbeitsbeschaffung, die landwirtschaftliche Überschuldung und die sozialen Fragen, die mit dem Schutz der Familie und des Alters zusammenhängen.»

Die noch vorhandene Liste der Teilnehmer an dieser ersten Magglinger-Tagung legt Zeugnis ab von der Ausstrahlungskraft und dem Ansehen der neu geschaffenen Organisation.

Jährlich ein bis zwei gesamtschweizerische Tagungen in Magglingen wurden für die folgenden Jahre – bis weit in die Nachkriegszeit hinein – zur festen Tradition des Gotthard-Bundes.

POLIZEIDIREKTION
DES KANTONS BERN

DIRECTION DE LA POLICE
DU CANTON DE BERNE

№ 2779/4o H/Rp.

Telephon:
Direktion und Kanzlei 21.840
Fremdenkontrolle, Passbureau 23.475
Rechnungswesen, Patentbureau / Strafkontrolle, Zivilstandswesen / Lichtspielwesen, Einbürgerungen 21.346
Strassenverkehrsamt, Speicherg. 8 27.111

Bern, 16. September 194o.

R 18 SEP. 1940

Genehmigung.

Dem "Gotthard-Bund", Schauplatzgasse 23, Bern, wird gestützt auf das eingereichte Gesuch und in Anwendung des Bundesratsbeschlusses vom 9. Juli 194o betr. die Kontrolle der politischen Versammlungen und des Ausführungsbeschlusses des Regierungsrates vom 24. Juli a.c. die Genehmigung erteilt, Samstag und Sonntag, den 21./22. September 194o im Grand Hotel Kurhaus in Magglingen eine geschlossene Versammlung durchzuführen, gemäss eingereichtem Programm-Entwurf.

Der Polizeidirektor
des Kantons Bern:

7. Die konstituierende Tagsatzung vom 4. November 1940 in Bern

An dieser Tagsatzung waren 42 gewählte Abgeordnete der in der Zwischenzeit gebildeten 18 Kantonsgruppen anwesend; dazu 16 Eingeladene, 7 Mitglieder der Bundesleitung (2 waren entschuldigt), 3 Angestellte des Sekretariates und mehrere Gäste.

Abgeordnete

Aargau	Aeschbach G.	Schüler	Aarau
	Schäfer P.	Sem.-Lehrer	Wettingen
Basel	Gerspach E.	Kaufmann	Basel
Stadt + Land	Hodel Fr.	Kaufmann	Basel
	Sandreuter Dr.	Adv.-Notar	Basel
	Stettler H.	El.-Ing.	Basel
	Tschopp E.	Inspektor	Sissach
Bern	Boivin F.	Imprimeur	Bern
	Chopard Th.	Journalist	Bern
	Deutsch E.	Kaufmann	Bern
	Maeder Th.	Architekt	Biel
Genf	Mermod R.	Industriel	Genève
	Pictet A.	Banquier	Genève
	Villard R.	Journaliste	Genève
Graubünden	Bezzola R.	Hotelier	Flims
	Kindschi P.	Kaufmann	Davos
	Müggler J.	Kaufmann	Chur
Luzern	Karlen H.	Ing.	Emmenbrücke
Neuchâtel	Haefeli P.	Imprimeur	La Ch.-d.-Fonds
	Pauli L.	Prof.	Neuchâtel
	Urfer P.	Vétérinaire	Fontainemelon
St. Gallen	Graf G.	Sekretär	St. Gallen
	Lareida A.	Kaufmanm	Wattwil
	Stricker H.	Lehrer	Oberschan-Wartau
Schaffhausen	Gasser E.	Vers.-Beamter	Zürich
	Zürcher Paul	Ing.	Neuhausen

Solothurn	Streuli F.	Kaufmann	Schönenwerd
Tessin	Hochstrasser C.	Kaufmann	Lugano
	Quattrini W.	Hotelier	Locarno
Thurgau	Isler E.	Archivar	Frauenfeld
	Stark E.	Stud. iur.	Frauenfeld
Waadt	Chavan Ch.	Assurances	Lausanne
	Chevallaz G.*	Dir. Ecole	Lausanne
	Rivier M.	Secrétaire	Lausanne
	Veillard M.	Juge	Lausanne
Wallis	Antille A.	Secrétaire	Lausanne
	Defago M.	Représent.	Morgins
Zürich	Brunner A.	Musiker	Zürich
	Gubler F.	Prokurist	Zürich
	Loepfe A.	Sekretär	Zürich
	Pfenninger H.	Vers.-Beamter	Winterthur
Zug	Wiesendanger R.	Kaufmann	Zug

Eingeladene

	Aragno P.	Secrétaire	Neuchâtel
	Bordier R.	Banquier	Genève
	Brossard A.	Employé	Bienne
	Debrit F.	stud.	Bern
	Debrit-Vogel Mme	Frauenorg.	Bern
	Duplain G.	Journaliste	Bienne
	Epprecht R.	Pfarrer	Zürich
	Fischer H.	Rektor	Biel
	Frey H.	Arzt	Aarau
	Gasser W.	Gesch. Führer	St. Gallen
	Gindrat R.	Employé	Genève
	Girod Mlle	Dr. med.	Genève
	Ilg C.	Sekretär	Bern
	Liechti	Industriel	Serrières
	Schäfer H.	Kaufmann	Aarau
	Thomas Max-Marc	Journaliste	Genève

* Der nachmalige Bundesrat G. A. Chevallaz

Unter «1. Eröffnung» vermerkt das Protokoll:

«*Prof. Spoerri* (Zürich) begrüsst die Anwesenden. Die Versammlung hört stehend die Lesung eines Auszuges aus dem Bundesbrief von 1291 in deutscher und französischer Sprache an.

Prof. Spoerri gibt Kenntnis vom Inhalt des Flugblattes «3 Monate Gotthard-Bund». – Die Mitglieder der Bundesleitung äussern sich einzeln in kurzen Ansprachen über die wesentlichen Gedanken, welche der Entstehung und der bisherigen Entwicklung des Gotthard-Bundes zugrunde liegen.

C. Gasser und R. Eibel (Zürich) betonen die Notwendigkeit, dem Volk den Ernst und die Bedeutung des heutigen Augenblicks stetig zum Bewusstsein zu bringen. Der Gotthard-Bund hat die Aufgabe, das Gewissen der Schweiz wach zu halten. Es gilt, das in weiten Kreisen und besonders in der Jugend herrschende Desinteressement in öffentlichen Dingen durch einen Geist der Teilnahme zu ersetzen und zugleich die weltanschauliche Grundlage für die Zukunft unseres Landes herauszubilden.

R. Leyvraz (Genf) sieht im Gotthard-Bund eine Bewegung, welche die Persönlichkeit des Einzelnen über die partei- und gruppenmässige Zugehörigkeit heraushebt.

Ph. Mottu (Bern) betont die Rolle, welche der Gotthard-Bund durch die Stärkung der natürlichen Lebenszellen des Volkes: der Familie und des Berufes für die moralische Erneuerung der Schweiz zu spielen vermag.

H. Schnyder (Zürich) erinnert an das persönliche Erlebnis, welches im Frühsommer dieses Jahres einige Männer zur Gründung des Gotthard-Bundes bewog: Die Ruhe und Opferbereitschaft des Wehrmannes auf der einen Seite, die Unsicherheit und Mutlosigkeit in weiten Kreisen der Zivilbevölkerung auf der andern Seite. Die Auseinandersetzung der Meinungen vermittels politischer Parteien ist für den lebendigen Weiterbestand der Demokratie notwendig. Immer wird es verschiedene Richtungen geben müssen, die einander vorwärts treiben. Demgegenüber ist der Gotthard-Bund ein im heutigen Augenblick unentbehrliches Instrument, um unnötige Gegensätze abzuschaffen. In der Tendenz des Ausgleiches liegt sein eigentlichstes Wesen und seine hauptsächlichste Aufgabe.

Ch. Ducommun (Bern) erklärt das Misstrauen, welches heute in der Arbeiterschaft gegenüber den Bünden und Erneuerungsbewegungen herrscht. Es ist die Angst, dass diese Bewegungen bewusst oder unbewusst einer Anpassung an die neuen Ideologien des Auslandes zustreben. Demgegenüber erklärt der Gotthard-Bund mit aller Deutlichkeit, dass er an den alten demokratischen und föderalistischen Lebensgesetzen der Schweiz rückhaltlos festhält. Durch eine gewisse innere Anpassung kann im Gegenteil eine Anpassung nach aussen vermieden werden. Im Bereich der Wirtschaft ist diese Anpassung durch den Zwang der Zeit bereits in Gang gesetzt. Der wirtschaftliche Totalitarismus kann nur durch die Bildung selbstverwaltungsfähiger Berufsorganisationen vermieden werden. Auf diesem Weg ist es auch möglich, den Geist der Teilnahme in politischen Dingen wieder aufzuwecken.»

Die von der Bundesleitung ausgearbeiteten Statuten waren in allen Kantonsgruppen behandelt worden. Eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen lag vor; sie wurden teilweise angenommen.

Eine lange Diskussion fand statt über eine von den meisten Welschen beantragte Statutenbestimmung, die verlangte, Juden und Freimaurer von der Aufnahme in den Gotthard-Bund auszuschliessen. Die Genfer gaben vor allem den Logen die Schuld am Zusammenbruch Frankreichs. Von anti-jüdischen und anti-freimaurerischen Strömungen über lediglich von taktischen Erwägungen beeinflussten Ansichten bis zu einer starken Minderheit, die solche Einschränkungen grundsätzlich ablehnte, waren alle Meinungen vertreten. Eine *statutarische* Bestimmung wurde denn auch mit grosser Mehrheit *abgelehnt*. Die Bundesleitung hatte als Kompromissvorschlag einen Protokoll-Beschluss vorbereitet, der mit 21 gegen 18 Stimmen angenommen wurde und folgenden Wortlaut hatte:

«Der Gotthard-Bund betrachtet jede antisemitische und antifreimaurerische Hetze als verwerflich.
Er glaubt aber, dass für das politische Leben die christlichen Traditionen unseres Landes massgebend sein müssen und dass in der Politik der Zukunft dem Grundsatz vollständiger Offenheit und Durchsichtigkeit Geltung zu verschaffen ist.
In Anerkennung dieser Grundsätze sollen Personen, die den christlichen Traditionen fremd sind oder geheimen und ausländischen Einflüssen unterworfenen Organisationen angehören, nicht in den Gotthard-Bund aufgenommen werden.»

In den Wochen vor der Tagsatzung waren diesem Beschluss ausserordentlich harte Auseinandersetzungen vorangegangen, die nur aus der damaligen geistigen Lage unseres Landes heraus verstanden werden können. Jede anti-nationalsozialistische Organisation wurde durch die intensive Propaganda jener Zeit aus dem Norden und der Mitläufer in unserem Lande jüdischer und freimaurerischer Einflüsse verdächtigt. Die taktische Überlegung, dass eine vorwiegend für den Kampf gegen den Nationalsozialismus und Faschismus geschaffene Organisation, wenn sie Juden und Freimaurer die Aufnahme verschloss, in den zu erwartenden Kämpfen stärker dastehe, war nicht abwegig. Aber die geistige Verwirrung jener Zeit hatte allzu vielen Köpfen zugesetzt. Es bestand für den Gotthard-Bund sogar die Gefahr des Auseinanderfallens, des «Absprungs» einiger vorwiegend welscher Gruppen, je nachdem, ob so oder so entschieden würde. Ich habe mich persönlich vor allem gegen rassistische Gedankengänge gewehrt und darf gestehen, dass die Formulierung des schliesslich angenommenen Protokollbeschlusses im wesentlichen von mir stammt.

Rückblickend muss man beifügen, dass der mit kleiner Mehrheit zustandegekommene Kompromiss ein Fehler war. Man hat bald nach der Tagsatzung und in den meisten deutschschweizerischen Kantonsgruppen bei der Aufnahme von Mitgliedern auch nicht darnach gehandelt. Aber sogar in jüdischen Kreisen, mit denen wir Fühlung hatten, fand man damals Verständnis dafür, dass man, geeint gegen die Nazi, *getrennt* kämpfen müsse. Korrespondenzen darüber sind noch vorhanden.

Nachdem die Satzungen in der Schlussabstimmung mit 36 gegen 0 Stimmen, bei 6 Stimmenthaltungen, angenommen worden waren, wählte die Tagsatzung auf Vorschlag von Maurice Veillard, Richter, Lausanne, folgende *Bundesleitung:*

Th. Spoerri, Zürich
J. Lescaze, Genf
R. Leyvraz, Genf
Denis de Rougemont, Neuenburg
Ch. Ducommun, Bern
Ph. Mottu, Bern
H. Schnyder, Zürich
Chr. Gasser, Zürich.

Als Ersatz für den abwesenden Denis de Rougemont wurde provisorisch Ph. Muller, Neuenburg, gewählt und Theo Spoerri in seinem Amte als Präsident des Gotthard-Bundes bestätigt.

Dem Finanzbericht folgten Ausführungen über den *Aktionsplan*. Dazu sprachen Spoerri, Gasser, Leyvraz, Hochstrasser (Lugano, später Präsident des Migros-Genossenschaftsbundes), Aragno (Neuenburg, Sekretär

für die Westschweiz des Verbandes der Arbeiter in Handels-, Transport- und Lebensmittelbetrieben – VHTL), Pauli (Neuenburg) und nochmals Spoerri, der die Tagsatzung abschloss.

Damit war die endgültige Konstituierung vollzogen, die Satzungen als Grundlage der Organisation angenommen und die Bundesleitung definitiv gewählt.

Dass der so stark umstrittene Protokollbeschluss der Tagsatzung doch eine gewisse Berechtigung hatte, zeigte sich, als der Wortlaut einer Eingabe der *«Nationalen Bewegung der Schweiz»* vom 12. November 1940 an den Bundesrat bekannt wurde (erwähnt auch im Bonjour-Bericht Seiten 394 ff.). Bei der «Nationalen Bewegung der Schweiz» handelte es sich um einen bekannten nazistischen Ableger. Die verschiedenen Aktionen des Gotthard-Bundes hatten offensichtlich das Missfallen dieser Kreise gefunden. Die wichtigsten Abschnitte der Eingabe lauteten:

Zürich, den 12. November 1940

Herr Bundespräsident!
Herren Bundesräte!

Wir erklären hier gegenüber dem Bundesrat und vor aller Öffentlichkeit, dass wir es nicht zulassen werden, dass wiederum *Freimaurer* und *Juden* – unter dem Vorwand, die schweizerische Demokratie zu beschützen – zum Teil gutgläubige Schweizerbürger dazu missbrauchen, die Bekämpfung der Nationalen Bewegung und ihrer Träger durchzuführen. Wir wissen, dass gegenwärtig unter dem Motto «Gegen nazistische Umtriebe» Gelder gesammelt werden. Mehrere 10 000 Franken sollen zu diesem defaitistischen Zwecke beisammen sein. Zudem haben wir Dokumente in Händen, aus denen hervorgeht, dass selbst vor *Bestechungen* nicht zurückgeschreckt wird, wenn dies dazu dient, einzelne Persönlichkeiten unserer Bewegung im öffentlichen Ansehen herabzusetzen.

Der Auftakt zu dieser neuen Verleumdungskampagne erfolgte bereits durch Grossinserate in der sogenannten führenden Presse. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf «Cyklopen» (Bund der Subventionslosen), «Politische Termiten» (Gotthard-Bund). Aus letzterem zitieren wir nur einen Satz, der in seiner Perfidie eindeutig ist:

«Eidgenossen, Ihr tätet gut, Eure Aufmerksamkeit den politischen Termiten zuzuwenden, die unser altehrwürdiges Schweizerhaus mit allem Raffinement von innen her aushöhlen, damit es beim ersten Schupf in sich zusammenfalle – wie so viele andere Länder, die in einem einzigen Jahre ihre Freiheit und Unabhängigkeit verloren.»

Niemand kann darüber im Zweifel sein, dass damit die Schweizerische Erneuerungsbewegung gemeint ist.

. . . . .

Mit der Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung

Nationale Bewegung der Schweiz:

Alfred Zander, Max Leo Keller,
Ernst Hofmann, W. Michel,
H. E. Wechlin.

Von den angeblichen «Bestechungen» hat man nie mehr etwas gehört. Wie liederlich die Eingabe abgefasst worden war, zeigt der Hinweis auf das Inserat «Cyklopen», das dem «Bund der Subventionslosen» zugeschrieben wurde! Wir beantworteten die Eingabe mit einem Inserat, veröffentlichten darin den Protokoll-Beschluss der Tagsatzung und umschrieben in deutlichen Worten die Aufgabe des Gotthard-Bundes:

«Der Gotthard-Bund will eine saubere, von persönlichem Einsatz und verpflichtender Verantwortung gegenüber Land und Volk getragene Bewegung schaffen. Er weiss, dass das ‚Schielen' und ‚Reislaufen' nach anderen Ländern – Frankreich, Russland und Deutschland – der Schweiz immer Unglück brachte.

. . . . .

Wir wollen nicht ‚erneuern', sondern dazu beitragen, dass das Schweizervolk den Heimweg wieder findet zur wirklichen schweizerischen Eidgenossenschaft, deren einfache, klare Grundgedanken schon im Bundesbrief von 1291 niedergelegt sind.»

8. Die Ersatzwahlen in den Bundesrat vom 10. Dezember 1940

Die Bundesräte Rudolf Minger und Johannes Baumann traten im Spätsommer 1940 zurück. Die Ersatzwahlen, die auf den 10. Dezember angesetzt wurden, haben so viel Unbehagen hervorgerufen wie wahrscheinlich vorher kaum eine Ersatzwahl in den Bundesrat.

Das im Jahre 1940 – man darf dies wohl heute feststellen, und niemand wird es widerlegen können – leider angeschlagene Ansehen der politischen Parteien litt weiter durch die Vorgänge rund um die Vorbereitungen der Bundesratswahlen vom Dezember 1940. Sogar die hinter den «Bundesratsparteien» stehende Presse war einmütig in der Verurteilung des parteipolitischen Spieles. Die «Neue Zürcher Zeitung» brachte in ihrer Abendausgabe vom 5. Dezember 1940 einen redaktionellen Leitartikel unter dem Titel *«Unbehagen»*, dessen erster Abschnitt lautete:

«Es lässt sich nicht verschweigen – es muss ausgesprochen werden: der bisherige Verlauf und das bisherige Ergebnis der Vorbereitungen für die *Ersatzwahlen* in den *Bundesrat* hat weit im Lande herum ein Unbehagen hervorgerufen, das schon da und dort in ernste Beunruhigung überzugehen beginnt.

. . . . .

Worum es geht, lässt sich mit wenigen Worten sagen: Es geht um die Frage, ob Parlament und Parteien fähig und bereit sind, bei den kommenden Ersatzwahlen in den Bundesrat dem *Volkswillen* Rechnung zu tragen. Es *gibt* einen schweizerischen Volkswillen in der Angelegenheit dieser Ersatzwahlen, und er ist von der öffentlichen Meinung eindeutig formuliert worden: Regionale und parteipolitische ‚Ansprüche' haben hier und heute zurückzutreten vor der *Persönlichkeit*; in den Bundesrat sollen die *Männer* gewählt werden, die durch ihren Charakter, ihre Kenntnisse, ihre Leistungsfähigkeit die Gewähr dafür bieten, dass sie die ihnen zufallende Aufgabe meistern und zugleich das Bundesratskollegium durch einen Zuschuss an unverbrauchter Kraft und frischer Initiative stärken werden.

Diesen klar erkennbaren Volkswillen zu ignorieren, ist gefährlich.»

Die aus dem parteipolitischen Spiel hervorgegangenen Kandidaten fanden weder in der Bundesversammlung noch im Volk die nötige Unterstützung. Gegen sie wurden vielerlei Einwände vorgebracht. Der Leitartikel der NZZ schliesst denn auch mit folgenden Worten:

«Es ist nichts weniger als eine vaterländische Gewissensnot, die viele Bürger *in dieser Stunde* bewegt und ihnen solche Fragen nach Bern zu richten gebietet.»

In der NZZ vom 6. Dezember 1940 stand zu lesen:

«Verzweiflung – dieses Wort ist nicht zu hoch gegriffen zur Bezeichnung des Zustandes, in dem sich jetzt unzählige Schweizer befinden, junge und alte, auf die Nachricht hin aus Bern über die Vorspiele zur Bundesratswahl.»

Der Gotthard-Bund griff durch Inserate und Versammlungen in die Vorgänge ein. Inserate erschienen: «Der Donner grollt», «Bürger und Parlament», «Was erwartet das Schweizervolk von einem Bundesrat?», «Offener Brief an die Mitglieder der Bundesversammlung», «Bange Hoffnung», «Die letzte Gelegenheit».

An Stelle der vorgeschlagenen Kandidaten entschloss sich die Bundesleitung, die aus Westschweizerkreisen aufgestellte Kandidatur von *Oberstdivisionär Claude DuPasquier*, Professor an der Universität Neuenburg, zu unterstützen und *Dr. F. T. Wahlen* als Kandidaten aufzustellen, vor allem um die Aufmerksamkeit auf den «Plan Wahlen» zu richten.

Die Aktion fand ihren Höhepunkt in einer *Versammlung im grossen Börsensaal* von Zürich. «Um 19.48 Uhr mussten die Eingänge zum Börsengebäude geschlossen werden. Hunderte fanden keinen Platz mehr. Die Referenten konnten kaum zum Rednerpodium gelangen. Alle Gänge waren mit Menschen überfüllt...», so wurde anschliessend berichtet.

Ein «Letzter Appell an die Bundesversammlung!» am Tage der Bundesratswahlen erschien als Inserat.

Die Texte der an der Versammlung im Börsensaal gehaltenen Referate wurden in einer Broschüre herausgegeben und fanden weite Verbreitung. Die letzten Sätze der Ansprache von Prof. Theo Spoerri, dem Präsidenten des Gotthard-Bundes, seien hier wiedergegeben:

«Darum wollen wir uns nicht in billigen Gefühlen Luft machen. Wir wollen uns geloben, dass wir nicht eher nachlassen, bis das Parlament wieder Herz und Gewissen der Eidgenossenschaft wird, wo das Volk wirklich zum Wort kommt, in seinen lebendigen Teilen, in den grossen arbeitenden Schichten, das Schweizervolk mit all seinen Nöten und

Feierliche Protestkundgebung

gegen das Vorgehen in der Vorbereitung der

Bundesratswahlen

Samstag, den 7. Dezember 1940, punkt 20 Uhr
im grossen Börsensaal (Börsengebäude beim Paradeplatz)

Es sprechen:

Prof. Theo Spoerri, Präsident des Gotthard-Bundes
Christian Gasser, Leiter der Kantonsgruppe Zürich des Gotthard-Bundes

Es werden Erklärungen abgeben:

In Westschweizer: Prof. Charly Clerc
Ein Gewerkschafter: Adolf Loepfe
Ein Jungliberaler: Traugott Büchi
Eine Frau: Frau E. Züblin-Spiller
Ein Katholik: Arnold Sager
Ein Unabhängiger: Heinrich Schnyder
Ein Freisinniger: Adolf Guggenbühl

Zum Abschluss der Kundgebung wird der Bundesbrief von 1291 verlesen und die Nationalhymne gesungen.

Letzter Appell an die Bundesversammlung!

Die grosse Zukunftssorge des Schweizervolkes heisst:

Wie steht es mit unserer Ernährung?

Die Zufuhren werden weiterhin fast abgesperrt bleiben. Es gibt nur eine Möglichkeit: **die grosse planmässige Anbauschlacht innerhalb der Landesgrenzen.**

Deshalb hat der Gotthardbund denjenigen Mann als Bundesrat vorgeschlagen, der den Plan für die Anbauschlacht bis in alle Einzelheiten geschaffen hat:

Dr. Fritz Wahlen

Die Bundesversammlung ist vor die **geschichtliche Verantwortung gestellt:**

Soll wirklich, dank einer unzeitgemässen Borniertheit, ein Jurist als „Vertreter" der Bauernpartei in den Bundesrat einziehen,

oder soll derjenige Mann gewählt werden, der befähigt ist, die für das Schweizervolk nötige Nahrung sicherzustellen?

Wir wollen uns nicht von Paragraphen ernähren müssen, sondern von Brot, Kartoffeln, Gemüse, Fleisch, Milch und Käse...!

Was nützen die unerschütterliche Wehrbereitschaft, die grossen, aber willig übernommenen Opfer für die Landesverteidigung, wenn wir, vor die grosse Aufgabe der Anbauschlacht gestellt, versagen?

Komme, was kommen mag, wir haben hier für alle Zukunft die Verantwortung festgestellt.

GOTTHARDBUND
Die Bundesleitung

Sorgen, mit seiner Ehrfurcht vor dem Andersdenkenden, mit seiner brennenden Liebe zur Freiheit, mit seinem tiefverwurzelten Glauben an die gottgegebene Existenz und Sendung der Eidgenossenschaft.»

Die Besucher sandten *2400 Briefe und Telegramme an die zürcherischen Mitglieder der Bundesversammlung.* Darüber brachte die NZZ in ihrer Nummer vom 29. Dezember 1940 einen ausführlichen Bericht, dem folgende Abschnitte entnommen seien:

«Unsere Berichte aus dem Bundeshaus zur Zeit der denkwürdigen Session meldeten, dass dieser *Aufforderung zum Briefschreiben* lebhaft Folge geleistet wurde. Zwei Zürcher Mitglieder des Nationalrates hatten die grosse Freundlichkeit, der NZZ die Frucht der Briefaktion zum Studium zu überlassen. Wir meinen, die Briefschreiber wie eine weitere Öffentlichkeit haben ein Anrecht darauf, über diesen nicht alltäglichen Beitrag zum politischen Gedankenaustausch näheres zu erfahren.

. . . . .

Der eine der beiden Nationalräte hat 81, der andere 71 Briefe und Telegramme erhalten.

. . . . .

Solche Briefe finden sich aus allen sozialen und Bildungschichten.

. . . . .

Ganz bestimmt hat die hier skizzierte Briefwelle der Auffassung weitester Kreise speziell im Rayon Zürich Ausdruck verliehen.
Wirkungslos blieb sie deshalb nicht, weil ihr Kern von einem namhaften Teil des Parlaments als gerechtfertigt betrachtet wurde.»

Die Presse berichtete: «Angesichts der allgemeinen Hochspannung, die in der Luft lag, darf der Verlauf der Protestkundgebung als ausserordentlich würdig bezeichnet werden» («Tagensanzeiger» vom 9.12.1940). «Wer eine turbulente Versammlung erwartet hat, kam freilich nicht auf die Rechnung. Die leitenden Persönlichkeiten zeigten sich erfreulicherweise der Verantwortung vollauf bewusst, die auf ihnen lastete bei einer Kundgebung, die sich gegen Auswüchse des Parlamentarismus richtete» («Der Landbote» 9.12.1940).

DuPasquier erhielt im ersten Wahlgang immerhin 44 Stimmen, im zweiten sogar 48 Stimmen. Wahlen brachte es auf 13 Stimmen. 18 Jahre später, 1958, fand der damalige Vorschlag des Gotthard-Bundes seine Erfüllung, als Fritz Traugott Wahlen in den Bundesrat einzog.

9. Der Plan Wahlen

Am 15. November 1940 hielt Dr. F.T. Wahlen, Chef der Sektion für landwirtschaftliche Produktion und Hauswirtschaft im Eidgenössischen Kriegsernährungsamt, vor der Gesellschaft schweizerischer Landwirte in Zürich einen Vortrag über *«Die Aufgaben unserer Landwirtschaft in der Landesversorgung der Kriegszeit»*. Vorerst war die Reaktion in den offiziellen Kreisen – auch von Bundesrat Stampfli – skeptisch bis ablehnend. Eine Gruppe von Mitgliedern des Gotthard-Bundes erkannte sofort die grosse Bedeutung der Vorschläge Wahlens und entschloss sich, eine Unterstützung auf breitester Basis, eine eigentliche «Volksaktion», zu organisieren. Die Leitung übernahm *Willi Schweizer,* Professor an der Kantonalen Handelsschule Zürich, der während ein bis zwei Jahren freiwillig und unentgeltlich mit Geschick und organisatorischem Können eine ungeheure Arbeit leistete.

Der Gotthard-Bund veröffentlichte eine von Willi Schweizer verfasste Broschüre in deutscher und französischer Sprache, *«Die Anbauschlacht»,* in der anschaulich und volkstümlich die Gedanken des Vortrages vom 15. November 1940 dargelegt waren. Am 5. Dezember verteilten wir in der Bundesversammlung den Text von Wahlens Vortrag an alle National- und Ständeräte.

Auf den 11./12. Januar 1941 wurden Delegationen aller Kantonsgruppen, Persönlichkeiten aus Kreisen der Landwirtschaft, der Industrie, der Gewerkschaften und der Jugendorganisationen nach Zürich zu einer *Arbeitskonferenz über die «Anbauschlacht»* eingeladen. Dr. Wahlen erklärte die Grundzüge seines Planes und insbesondere die Einsatzmöglichkeiten der städtischen Bevölkerung.

Die «Anbauschlacht»

Gotthard-Bund

Es folgten Referate von Nationalrat *R. Giroud* vom Metallarbeiter-Verband, *Arnold Muggli,* dem Chef des Rationierungswesens, und Oberst *Oscar Frey,* Schaffhausen (der spätere Leiter von «Heer und Haus»). Das aufgestellte Aktionsprogramm wurde unverzüglich durch besondere Arbeitsgruppen in vielen Kantonen verwirklicht.

Das durch eine ag-Meldung überall verbreitete Communiqué schliesst mit den Worten: «Die ... -Konferenz war einmütig der Auffassung, dass der Plan Wahlen uns nicht nur die Möglichkeit gibt, der Ernährungslage Herr zu werden, sondern vor allem eine Gelegenheit ist, den eidgenössischen Gemeinschaftsgeist in einem wahrhaft grossen Werk zum Ausdruck zu bringen.» Es besteht noch eine Liste der Teilnehmer, die Namen aufweist wie Prof. E. Böhler, Professor der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Zürich, Dr. Otto Steinmann, Direktor des Zentralverbandes Schweizerischer Arbeitgeberorganisationen, Zürich, Dr. Ernst Utzinger, Gemeindepräsident von Zollikon, Dr. Rolf Bühler, Uzwil, Nationalrat Hermann Leuenberger vom VHTL, Zürich, bis zu Dr. Arno Theus, Chur, dem späteren Ständeratspräsidenten.

In Inseraten erging ein Aufruf für eine *«freiwillige Anbauaktion»,* mit dem erklärten Ziel, «das letzte anbaufähige Stücklein Land zu mobilisieren». Man suchte freiwillige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen: «Jeder erhält eine genau umschriebene Werbearbeit zugeteilt, entsprechend seiner verfügbaren Zeit.» Auch die Verbreitung der erwähnten Broschüre war vorgesehen.

„Fliegende Ackerbau-detachemente".

Im ganzen Lande wurde eine Vielzahl von Versammlungen durchgeführt. Man versuchte auch, für diese Aktion geeignet scheinende Organisationen einzuspannen. So fand beispielsweise am 7. Februar 1941 in Bern eine vom Gotthard-Bund einberufene «Konferenz der Vertreter der Jugendorganisationen betreffend den Einsatz der Jugend für den Anbauplan» statt.

Willi Schweizer nahm die Organisation der «Anbau-Werbeaktion» besonders in Zürich und Umgebung an die Hand, ohne den Namen des Gotthard-Bundes zu erwähnen. Der Erfolg der Aktion war durchschlagend. 601 564 m^2 konnten allein in der Stadt Zürich für den Mehranbau innert weniger Wochen mobilisiert werden. (Dankschreiben des Stadtrates und Zusammenstellung siehe nächste Seiten.)

Überall begannen sich Kräfte zu regen. An einer weiteren Tagung der Gesellschaft schweizerischer Landwirte sprachen der Vorsteher des kantonal-zürcherischen Meliorationsamtes, Tanner, und der Chef des Eidgenössischen Meliorationsamtes, Strüby, von 510 000 Hektaren meliorationsfähigem Land. Interpellationen in verschiedenen Kantonsräten folgten. In Basel-Stadt wurde eine Kommission geschaffen «Us aigenem Bode». Und vieles mehr sorgte dafür, dass der Plan Wahlen eine Grundwelle der Zustimmung auslöste, die alle Widerstände überspülte und für eine *grosse, offizielle eidgenössische Aktion die nötige Voraussetzung schuf.* Damit war die Grundlage geschaffen für eine dauernde, vertrauensvolle Verbindung mit Professor und später Bundesrat F. T. Wahlen.

In Zusammenarbeit mit Dr. Wahlen und Arnold Muggli wurde eine eigentliche *Werbeschrift* ausgearbeitet und in deutscher und französischer Fassung in grosser Auflage gedruckt und verbreitet. Die dargestellten Forderungen galten vorerst bei den meisten «Fachleuten», bei Politikern, aber auch bei den zuständigen Stellen der Bundesverwaltung als nicht verwirklichbare Utopien. Es klang tatsächlich kühn:

«Auf unserem Boden können wir genug Brot, Milch, Zucker, Butter, Fleisch und Gemüse produzieren, um das ganze Schweizervolk zu ernähren. Dazu ist eine Gesamtfläche an Getreidefeldern, Kartoffeläckern und Gemüsegärten von 500 000 Hektaren nötig. Das Wiesland ist auf 680 000 Hektaren zu reduzieren.
Vor dem Krieg waren lediglich 185 000 Hektaren bebaut, während über 902 500 Hektaren für die Graswirtschaft zur Verfügung standen.

Wir können uns selbst ernähren
heisst die Grundidee des eidgenössischen Anbauwerkes.

DER STADTRAT VON ZÜRICH

an

Herrn W. Schweizer,

Leiter der freiwilligen Anbauwerbeaktion

für sich und zuhanden seiner Mitarbeiter,

Rainstr. 77,

Z ü r i c h 2 .

Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Mit unermüdlichem Arbeitseifer habt Ihr Euch während zweier Monate zur Verfügung gestellt, um die Bevölkerung Zürichs über das Mehranbauproblem aufzuklären. Ihr habt dabei Eure Mitbürger durch Euern persönlichen Einsatz überzeugt, wie wichtig es ist, wenn jeder Schweizer sein Stücklein kulturfähigen Bodens für die Selbstversorgung in kommenden Notzeiten bepflanzt. Der Stadtrat anerkennt Eure selbstlose Arbeit und dankt Euch dafür. Er ist überzeugt, dass sich Eure Bemühung gelohnt hat und dass der Erfolg nicht ausbleiben wird.

Zürich, den 8. März 1941.

Mit vorzüglicher Hochachtung
im N a m e n des S t a d t r a t e s
der Stadtpräsident:
Klöti
der Stadtschreiber:
Dr. Bräzinger

Freiwillige Anbau-Werbeaktion Zürich

Schlussrapport aller Stadt-Kreise
Mittwoch, den 26. Februar 1941,
Konzertsaal "Kaufleute"

Zusammenstellung der Ergebnisse
(nicht landw. genütztes Land = Garten)

Stadtkreis	Anzahl Besuche und Erhebg.	Bisher angebautes Land m2	Neuer Mehranbau m2	Anpflanzungen total m2	Erfasstes Land total m2
1	67	2'155	5'840	7'995	16'760
2	616	268'300	166'778	435'078	646'578
3	268	36'190	23'094	59'284	75'891
4) 5)	168	8'049	14'581	22'630	23'559
6	617	58'575	53'000	111'575	445'636
7	526	67'166	121'970	189'136	519'810
8	354	61'780	43'633	105'413	fehlt
9	543	198'992	56'353	255'345	331'147
10	110	8'100 (teilw. erfasst.)	49'452	57'552	fehlt
11	1538	493'031	66'863	559'894	684'039
	4807	1'202'338	601'564	1'803'902	2'743'420

57'223 m2 Land wurden zur Abgabe an Drittpersonen zur Verfügung gestellt, teilweise sogar gratis.

Zentralstelle: W. Schweizer-Hug, Rainstrasse 77, Zürich 2.

Dr. F. T. Wahlen

Ein Gebiet vom Umfang des Kantons Waadt muss neu umgebrochen werden

Wir verfügen über 1 088 240 Hektaren bebaubaren Landes. Von 83% im Jahre 1937 muss der Anteil der Graswirtschaft auf 53,7% vermindert werden.

Getreidebau 1934	116 605 ha
Getreidebau 1941	172 990 ha
laut Plan Wahlen	247 414 ha
Kartoffelanbau 1934	45 819 ha
Kartoffelanbau 1941	59 200 ha
laut Plan Wahlen	83 000 ha
Gemüseanbau 1934	8 171 ha
Gemüseanbau 1941	12 380 ha
laut Plan Wahlen	15 200 ha

Die Aufgabe ist schwer. Die *Anbauschlacht* erfordert Schweiss und Schwielen, Zähigkeit und Ausdauer. Sie muss geschlagen und auch gewonnen werden.»

Bundesrat Wahlen sandte mir, nachdem ich ihm die obige Darstellung unterbreitet hatte, eine zusammenfassende Äusserung über die erzielten *Resultate* im Vergleich zu den gesetzten Zielen, wie er sie in einem Vortrag in Winterthur am 12. März 1976 ausgeführt hatte:

«Eine völlige Autarkie wurde nicht notwendig, da die Zufuhren zwar sehr stark reduziert, aber insgesamt nur während acht Monaten völlig abgeschnitten waren. Immerhin sanken die Importe der Lebens- und Futtermittel von 204 555 Wagen à 10 Tonnen im Jahr 1939 auf 41 849 Wagen, davon die Getreideeinfuhren von 114 471 auf 15 800 Wagen, also auf einen Zehntel. Die Getreideerträge insgesamt stiegen in der gleichen Zeit von 259 972 auf 530 055 Tonnen.
Eines der wichtigsten Ergebnisse des Anbauwerkes war die Erreichung des von Anfang an gesteckten und zäh verfolgten Zieles, dass *Kartoffeln* und *Gemüse* in einer Menge produziert werden konnten, die ihre Rationierung unnötig machte. Die Kartoffelerträge stiegen von 619 900 im Jahre 1939 auf 1 824 500 Tonnen im Jahr 1944, und die Gemüseerträge in derselben Zeit von rund 250 000 auf 600 000 Tonnen. Die Schweiz war das einzige Land des Kontinents, welches seiner Bevölkerung jederzeit in unbeschränkten Mengen diese beiden Nahrungsmittel anbieten konnte. Selbst als im Mai 1944 frische Kartoffeln für einige Tage fehlten, konnten getrocknete gekauft werden. Wem die Rationen der übrigen Nahrungsmittel nicht genügten, konnte keinen triftigen Grund geltend machen, in den Schwarzhandel auszuweichen.
Recht interessant sind auch die Leistungen auf dem Gebiete des *Ölpflanzenbaues*. Schon Jahrzehnte vor dem Krieg war der Anbau von Raps und Mohn praktisch verschwunden. Er wurde schrittweise wieder eingeführt, um das immer bedrohlicher werdende Einfuhrmanko an Speiseöl zu decken. Es wurden während des Krieges 22 067 Tonnen Speiseöl erzeugt. Heute noch freue ich mich jeden Frühling über die leuchtend gelb blühenden Rapsfelder, die als Erbstück des Anbauwerkes die Landschaft bereichern. Nur der Kuriosität halber sei beigefügt, dass die Verwertung von Traubenkernen, die heute wieder Wegwerfmaterial geworden sind, 400 000 kg Speiseöl lieferte, und dass die Verfügung, der Tabak dürfe erst nach der Samenreife geerntet werden, immerhin 75 000 kg Tabaksamenöl erbrachte.
Insgesamt hat das Anbauwerk nach zusammenfassenden Berechnungen einen Mehrertrag im Wert von 700 bis 1000 Milliarden Kalorien erbracht, oder mindestens 34% mehr als vor dem Kriege. Diese Zahl ist besonders

eindrücklich, wenn die Feststellung der eidgenössischen Kriegsernährungskommission berücksichtigt wird, dass der allgemeine Gesundheitszustand des Volkes bei den reduzierten Rationen von zeitweilig nur 2200 Kalorien gegenüber den vor dem Krieg errechneten 3000 Kalorien wesentlich besser war.
Abschliessend möchte ich betonen, dass die Wirkung des Anbauwerkes nicht nur an der Mehrproduktion von Kalorien gemessen werden darf. Neben seiner physiologischen und vereint mit ihr war auch die psychologische Wirkung sehr wichtig. Die Armee musste während fünf Jahren rein defensiv bereitstehen, unser Land bei einem Angriff eines der beiden Diktatoren von Nord oder Süd zu verteidigen. Das Anbauwerk gab jedem Bürger Gelegenheit, die Landesverteidigung offensiv zu betreiben, und förderte den Willen zum Durchhalten. Dieser Abwehr- und Durchhaltewille brachte unser Volk in einem Masse zu einer Einheit zusammen, wie es seit der pluralistisch gewordenen Gesellschaft wohl noch nie der Fall gewesen ist.
Man kommt im Blick auf heute nicht um die betrübliche Feststellung herum, dass, je besser es einem Volke geht, um so schwieriger es ist, Einigkeit in den grossen Zielsetzungen und ihrer gemeinsamen Verwirklichung zu finden. Immerhin, der Blick zurück auf die Kriegsjahre ist so ermutigend, dass wir hoffen dürfen, das Schweizervolk würde in ähnlicher Situation seine Bewährungsprobe bestehen können.»

10. Weitere Aktionen des Gotthard-Bundes

Durch die Aktivität der Mitglieder entstanden Anregungen für mehrere weitere Aktionen.

Der «Bund kinderreicher Familien»

Auf dem Höhenweg der «Landi» 1939 war auf den starken Geburtenrückgang der dreissiger Jahre in der Schweiz und auf die Gefahr des «Aussterbens der Schweiz» hingewiesen worden. Mitglieder der Kantonsgruppe Zürich machten auf den eben gegründeten «Bund kinderreicher Familien» aufmerksam.

In Zusammenarbeit mit dem Vorstand des «Bund kinderreicher Familien» führte eine Arbeitsgruppe des Gotthard-Bundes eine Untersuchung über die Einkommensverhältnisse durch. Die Ergebnisse waren so eindrücklich, dass man beschloss, die Öffentlichkeit durch eine besondere Aktion darauf aufmerksam zu machen.

Ein Inserat erschien Anfang Dezember 1940 in den Zürcher Tageszeitungen mit der folgenden Einleitung:

---

214 Familien mit 1287 Kindern

in der Stadt Zürich

Das gibt es! ... Sie sind im „Bund kinderreicher Familien" zusammengeschlossen.

Diese 1715 Personen verfügen über ein durchschnittliches Gesamteinkommen von Fr. 1.71 pro Tag und pro Kopf.

Wir alle sind vor d i e große soziale Aufgabe gestellt.

Kurz vor Weihnachten 1940 erschien ein zweites Inserat:

Der Weihnachtswunsch des Gotthard-Bundes

Eidgenossen guten Willens, hört!

In Zürich Leute, die hungern? In Zürich Familien mit unterernährten Kindern? Heute? Im 20. Jahrhundert? Bei all den sozialen Einrichtungen? Bei unserem hohen schweizerischen Lebensstandard? — Nein und nochmals nein, das gibt es doch nicht!

Wir haben uns umgeschaut in der Stadt und in der Umgebung von Zürich. Und was sahen wir?

Der Vater einer 13köpfigen Familie verdient 260 Franken. Er ist Vorarbeiter in einem eidgenössischen Betrieb.

Eine 14köpfige Familie wohnt in einer 5-Zimmerwohnung ...

Eine 11köpfige Familie in einer 3-Zimmerwohnung ...

Ein Klein-Handwerker mit fünf Kindern muß seinen Lebensunterhalt mit 188 Franken monatlich bestreiten ...

Ein Selbständig-Erwerbender lebt mit seiner 7köpfigen Familie mit einem wöchentlichen Einkommen von 40 Franken. Die Familie kann für ihre fünf Kinder nicht mehr als **einen** Liter Milch im Tag kaufen ...

Fünf Familien mit zusammen 46 Personen verfügen insgesamt über ein monatliches Einkommen von weniger als tausend Franken und zwar einschließlich alle Fürsorgeleistungen ... also rund Fr. 20.— pro Monat und pro Kopf!

Unvorstellbare Not von Schweizerfamilien spricht aus diesen Angaben. Und dabei tönt es von überall her: Die Geburtenzahl geht zurück; die Schweiz geht der Vergreisung entgegen; die Familie ist die Zelle des Staates ... und was der schönen Worte mehr sind.

Wer würde es wagen, den Eltern Vorwürfe zu machen, daß sie die Mühsal und die Entbehrungen auf sich nahmen, welche eine große Kinderschar mit sich bringt? Wer würde es wagen, sich der Verantwortung diesen Miteidgenossen gegenüber zu entziehen?

Auf zur Tat! „Der Worte sind genug gewechselt" ... hier sehen wir vor uns einen Volksteil, der schwerste Not leidet. **Sofort** gilt es zu handeln aus der Verpflichtung als Schweizer zum Schweizer!

Vor wenigen Wochen wurde hier in Zürich der „Bund kinderreicher Familien" gegründet. Ihm gehören Familien mit 5 und mehr Kindern an. **Jedermann kann die Bestrebungen zum Schutze kinderreicher Familien tatkräftig unterstützen, wenn er sich als Freund der kinderreichen Familien meldet.** (Adresse: Dr. med. A. Gubser-Vuillemin, Parkring 7, Zürich.)

Das ist unser Weihnachtswunsch.

Der Aufruf hatte einen alle Erwartungen übertreffenden Erfolg.

Im März 1941 griff die Kantonsgruppe Zürich das Thema wieder auf. Als Grundlage dienten die Zahlen der in der Zwischenzeit vervollständigten Erhebung. Mehrere Inserate gaben Einzelheiten bekannt.

Inserat vom 14. März mit dem Titel:
«71 Rappen pro Tag und pro Kopf für Nahrung und Kleidung»
Verschiedene konkrete Fälle aus der Erhebung werden geschildert.

Inserat vom 23. März:
«10 Kinder leben mit Fr. 5.10 im Tag» «Die Familie konnte also pro Haushaltkopf neben der Miete 51 Rappen im Tag ausgeben»

Inserat vom 25. März: «Die Front des guten Willens»
Verschiedene Stellungnahmen bekannter Persönlichkeiten werden wiedergegeben, so von Fräulein Emma Steiger, einer sozialdemokratischen Beamtin des Fürsorgewesens der Stadt Zürich, und dem Theologen Prof. Emil Brunner.

Es folgte am 27. März 1941 eine *Versammlung im grossen Saal des Kongresshauses Zürich,* an der über die Probleme des «Familienschutzes», die Notwendigkeit von Familien- und Kinderzulagen als Ergänzung des Leistungslohnes referiert wurde. Mein Tagebuch vermerkt: «Etwa 1000 Personen sollen keinen Platz mehr gefunden haben.» Die Zürcher Knabenmusik wirkte mit. Pfarrer Gustav Breit, Witikon, hielt eine Ansprache. Daneben sprachen ein Angestellter, wie Arbeiter, ein Arzt und ein Freierwerbender.

Eine Estrade war reserviert worden für die Eltern und Kinder der Mitglieder des «Bund kinderreicher Familien».

Der Versammlung war eine Pressekonferenz vorangegangen. Ein Patronatskomitee unter Leitung von Dr. Max Oschwald, Rechtsanwalt, Zürich, organisierte Patenschaften für Kinder aus kinderreichen Familien mit einem Monatsverdienst pro «Haushaltkopf» von weniger als 50 Franken.

Diese Aktion und eine Broschüre von *A. Studer-Auer* (Zürich / Luzern) «Die Offensive des Lebens» halfen mit, Verständnis zu schaffen für die Probleme kinderreicher Familien, für den später vorgeschlagenen Artikel der Bundesverfassung über «Familienschutz» und für die Notwendigkeit von Kinderzulagen, heute als soziale Einrichtung kaum wegzudenken.

Heimatabende

Otto Wirth, ein überaus aktives Mitglied der Kantonsgruppe Zürich, machte die Anregung, «Heimatabende» durchzuführen. Diese Anregung wurde aufgegriffen und dafür eine selbständige, aus Vertretern möglichst aller Kreise und Parteien bestehende Gruppe geschaffen unter dem Vorsitz von *Adolf Brunner* und den Mitgliedern Edwin Arnet, Redaktor «Neue Zürcher Zeitung», Johannes Itten, Direktor des Kunstgewerbemuseums, Hans Ott, Redaktor «Volksrecht», Martina Bally, «Zur Spindel», Otto Wirth, Techniker, Max Bucherer, Maler.

KOMMT ZUM HEIMATABEND

Adolf Brunner berichtete darüber wie folgt: «Nach der definitiven Konstituierung wurde ich in die Kantonsleitung Zürich gewählt. Mir wurde die Organisation der *Heimatabende* im Kongresshaus übertragen. Es sind fünf solcher Heimatabende durchgeführt worden, jeder von vielen tausend Leuten besucht. Es mussten immer Hunderte zurückgewiesen werden. Diese Heimatabende waren ein Element, um den Widerstandswillen wieder zu wecken.» Mit der Organisation der Heimatabende hatte Adolf Brunner eine grosse Arbeit übernommen und sie über alle Erwartungen erfolgreich durchgeführt.

1. HEIMATABEND

im grossen Saal des Kongresshauses

Donnerstag, den 5. Dezember 1940, 20.15 Uhr

Motto: Der Bundesbrief

PROGRAMM

Allgemeiner Gesang: Schweizerpsalm

Einleitende Worte von Oberrichter Dr. H. Balsiger

Lied einer Schulklasse

Ansprache von Pfr. Gustav Breit

Ansprache eines Soldaten

Liedvortrag des Sängervereins „Harmonie"

„Das Urner Tellenspiel"
aufgeführt von der Freien Bühne

Allgemeiner Gesang: „Rufst du, mein Vaterland"

Freiwillige Beiträge können einbezahlt werden auf
Postscheckkonto VIII 28872, Otto Wirth, für Heimatabende

2. HEIMATABEND

GROSSER SAAL KONGRESSHAUS

Donnerstag, den 6. Februar 1941, 20 Uhr

Das Thema: **Unser täglich Brot**

Unser Recht – Unsere Pflicht

Idee, Text und Leitung: Johannes Itten

Mitwirkende: Vortragende

Der Arbeiter: Ernst Werner, Zürich
Der Unternehmer: Dr. Hans Schindler, Maschinenfabrik Oerlikon
Der Bauer: Alois Günthart, Bruderhof, Dällikon

Inhalt und Form der drei Vorträge sind von den Vortragenden selbst gestaltet und zu verantworten.

Sprecher: Johannes Steiner
Drei Sprechchöre: Schülerinnen und Schüler der Gewerbeschule I u. II
Männerchor: Sängerverein Helvetia Zürich
Posaunenchor: Stadtposaunenchor Zürich
Trommler vom Tambourenverein der Stadt Zürich

Alle Besucher werden gegen den Schluss hin durch den Sprecher aufgefordert aufzustehen und am Schluss zusammen zu sprechen:

Ja – wir wollen frei sein
Ja – wir wollen frei sein
Ja – wir wollen frei sein
Rufst Du mein Vaterland ...

Einladung zum 3. Heimatabend, Donnerstag, den 27. Februar, 20 Uhr, im Kongresshaus

Das Thema: Unsere Eidgenossenschaft in Liedern und Dokumenten
Gestaltet von Max Meili

DIE ORGANISATOREN

Freiwillige Beiträge können einbezahlt werden auf das Postcheckkonto VIII 28872, Otto Wirth, für Heimatabende

3. HEIMATABEND

GROSSER SAAL KONGRESSHAUS

Donnerstag, den 27. Februar 1941, 20 Uhr

Alte Weisen – junger Sinn

Unsere Eidgenossenschaft in Dokumenten und Liedern

Verantwortlich für die Aufführung: Max Meili

Mitwirkende: C. F. Vaucher, Sprecher · Max Meili, Gesang · Silvia Kind, Cembalo · Mariera de Bie Luden, Flöte · Jak. Kobelt, Gambe · Kurt Wandke, Posaune

1 Alphornbläser · 1 Hackbrettspieler · Musikanten · Flumser-, Bündner- und Lötschentaler Masken · Peitschenknaller und Schellenschüttler · Eine Tanzgruppe aus dem Appenzell

Mittelalter

Prolog · Aufzug der Bündner-, Flumser- und Lötschentaler Masken Littera Waldstetten 1330 (Waldstätterbrief) · Alpsegen von Melchsee-Frutt · Cantilena Helvetica (Alter Kühreihen · Alpsegen von der Alp Lasa (Sargans) · „Mahnwort" von Bruder Klaus (Niklaus von der Flüe, 1417–1487) · „Über den rechten Glauben" von Huldreich Zwingli · „Fantasia, Carmen und Praeambulum" für Cembalo, von Hans Kotter (1485–1543) · Zwei vierstimmige Lieder: a) „Elent pringt Pein" von Benedictus Ducis, genannt Appenzeller (um 1480) b) „Es taget vor dem Walde" von Ludwig Senfl (um 1492–1555)

Lanzknechtlieder

„Ein Lied vom Strit ze Sempach" (um 1386) · „Spanyöler und Hopperdanz" für Cembalo, von Hans Weck (um 1500) · Lied der Entlebucher Bauern (Ein neu Wilhelm Tellenlied 1653) · Marianisches Feldstücklein (Zug der Schweizer Söldner nach Griechenland 1688) · Aus einer alten Chronik · Bicocca-Lied, Text von Niklaus Manuel (1522)

Alprufe und Kühreihen

Aus „Jakobs Wanderungen" von Jeremias Gotthelf · Altes Emmentaler Küherlied: „Un uf der Wält sy kener Lüt"
Lied der Guggisberger: „S'isch äbe ne Mönsch uf Aerde" · Appenzeller Schellenschüttler · Solo für Hackbrett · „Das Alpenrindvieh" aus „Die Alpenregion" v. Friedr. Tschudi · Fryburger Chüereihe „Ranz des vaches de la Gruyère" · Tänze aus dem Appenzell (Cembalo) · Eine Appenzeller Tanzgruppe · Kühreihen der Appenzeller: „Wönder iha, Loba!"

Schlusswort (aus Gottfried Kellers Bettagsmandat 1862)

Cembalo „Neupert" aus dem Hause Hug & Co. (Alleinvertretung)

Die interessanten Masken werden von der „Spindel" vom Samstag, den 1. März bis Montag, den 10. März im Schaufenster Bahnhofstrasse, sowie in der „Spindel" selbst, St. Peterstrasse 11, ausgestellt. Freie Besichtigung.

Freiwillige Beiträge können einbezahlt werden auf das Postcheckkonto VIII 25872, Otto Wirth, für Heimatabende

Von anderen Kantonsgruppen ist eine Vielzahl ähnlicher, auf die besonderen Verhältnisse abgestimmter Veranstaltungen durchgeführt worden. Unterlagen darüber stehen nicht mehr zur Verfügung. Ich erinnere mich jedoch noch an Versammlungen in *Neuenburg* und *Lausanne*, die ausgezeichnet organisiert waren und auch vor vollbesetzten Sälen stattfanden.

Als eine der grösseren öffentlichen Versammlungen verdient diejenige vom 23. Januar 1941 im grossen Börsensaal in Zürich besonders erwähnt zu werden:

«Die drei grossen Aufgaben der Eidgenossenschaft»
mit Referaten von
Oberst Oscar Frey, Schaffhausen: «Wir wollen und können uns verteidigen.»
E. Jucker, Tann-Rüti: «Wir wollen Eidgenossen sein und bleiben.»
W. Gasser, ing. agr., St. Gallen: «Wir wollen aus eigenem Boden die Ernährung sicherstellen.»

Mein Tagebuch vermerkt: «Der Saal war wieder gestossen voll».

Weitere Broschüren des Gotthard-Bundes

Im Winter 1940/41 wurden neben den bereits erwähnen Schriften von Denis de Rougemont und F. T. Wahlen / Willi Schweizer folgende Broschüren veröffentlicht:

- Ch.-F. Ducommun, «Eidgenossenschaft der Zukunft: Berufsgemeinschaft»
- Adolf Brunner, «Neues Bürgertum, Gedanken zur Gründung des Gotthard-Bundes»
- «1941, ein Jahr der Verpflichtung für jeden Eidgenossen», herausgegeben auf den 1. Januar 1941 von der Kantonsleitung Zürich, mit der Wiedergabe von «12 Einwänden gegen den Gotthard-Bund. Was ist dazu zu sagen?»
  Die Einwände waren durch eine Umfrage der Studentengruppe Zürich ermittelt worden. Die 12 Einwände und die Erwiderungen dazu sind auch als Inseratenserie in mehreren Zeitungen erschienen.

Es folgten in den ersten Monaten 1941 die Broschüren von

- Albert Studer-Auer «Die Offensive des Lebens»

- Adolf Guggenbühl, Herausgeber des «Schweizerspiegel», «Vom Segen der Familie»
- Christian Gasser, «Eidgenössische Wirtschaft», die erweiterte Fassung eines Vortrages, gehalten an der ersten Tagung in Magglingen.

Dazu eine illustrierte 16seitige Schrift «Eidgenossenschaft in der Arbeit», worin die Lage unseres Landes mitten in einem von Kriegen überzogenen Kontinent, die Notwendigkeit des Zusammenstehens über alle politischen und sozialen Gegensätze hinweg dargestellt und die Notwendigkeit der Anbauschlacht veranschaulicht wurde mit dem Satz: «Der Mobilisation der Bajonette folgt die Mobilisation der Pflugscharen».

Die nationale Wirtschaftskonferenz vom 25. Januar 1941

Für den 25. Januar 1941 lud der Gotthard-Bund alle wichtigen wirtschaftlichen Organisationen und Verbände zu einer «Nationalen Wirtschaftskonferenz» nach Bern ein. *Prof. Eugen Böhler,* Eidgenössische Technische Hochschule, hielt das Hauptreferat unter dem Titel *«Die Neuorientierung der schweizerischen Wirtschaftspolitik».* Prof. Böhler legte dort erstmals seine «Thesen zur Frage der Löhne und Preise» vor, die später in einem Abkommen zwischen den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen und in der Lohnbegutachtungskommission ihren Niederschlag fanden; sie wurden zu einer der wichtigsten Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Kriegsjahre und haben Entscheidendes dazu beigetragen, dass die Geldentwertung während des Zweiten Weltkrieges in Grenzen gehalten werden konnte. Der Text des Vortrages wurde als Broschüre verbreitet.

Es ist erstaunlich, wer alles zu dieser Konferenz im Hotel Schweizerhof in Bern erschien und welche Impulse von dieser Tagung ausgingen, was natürlich vor allem auf die ausgezeichneten Ausführungen von Prof. Böhler zurückzuführen war, die aber damals von keiner «offiziellen» Instanz vertreten werden wollten.

Auf den Grundgedanken dieser Konferenz fussend und durch die damals geschaffenen Kontakte ermöglicht, entstand einige Zeit später das *«Wirtschaftssekretariat des Gotthard-Bundes»,* von dem unter anderem während fast 15 Jahren ein von 20 bis 50 Zeitungen regelmässig abgedruckter Pressedienst ausging.

II. Die Tätigkeit des Gotthard-Bundes vom Frühjahr 1941 bis 1945

1. Die «Eidgenössische Ordnung»

Die Mitgliederzahl des Gotthard-Bundes wuchs. Die Tätigkeit wurde vielgestaltiger und gewann an geographischer Ausweitung. Die ursprünglichen Ziele – unbedingter Widerstandswille gegen aussen und Überwindung der konfessionellen, politischen und sozialen Gräben im Innern – blieben wohl zentral, verlangten aber nach einer «Untermauerung» und genaueren Umschreibung.

Schon früh war in dem Ringen um die grundlegenden Gedanken der Ausdruck «Eidgenössische Ordnung» entstanden. Die Bundesleitung beauftragte eine Arbeitsgruppe, den Versuch zu unternehmen, die anzustrebende «Eidgenössische Ordnung» umfassend darzustellen. Adolf Brunner war unterdessen Aktuar der Kantonsgruppe Zürich geworden und hatte sich als Leiter der Heimatabende, als geistiger Anreger und scharfer Kritiker grosse Wertschätzung erworben. Die Bundesleitung übertrug ihm die Leitung der Arbeitsgruppe.

Adolf Brunner, Charles Ducommun, Willi und Paly Schweizer-Hug, Kurt Vogelsang, der neue Leiter des Bundessekretariates, Christian Gasser und teilweise Philippe Muller fanden sich vom 10. bis 16. April 1941 in einer kleinen Pension in Tesserete zusammen und arbeiteten intensiv daran, die vorliegenden ersten Entwürfe zu einem Ganzen werden zu lassen. Eine Disposition und Teilformulierungen entstanden. Die Hauptarbeit verblieb bei Adolf Brunner. In den folgenden Wochen setzte er seine Formulierungsgabe ein, um die aus zahlreichen Diskussionen hervorgegangenen Ideen zu verarbeiten. Ein vollständiger Entwurf entstand, der eindeutig seine «Handschrift» trägt.

Der Entwurf wurde allen Kantonsgruppen zur kritischen Stellungnahme übergeben. Überall bildeten sich lokale Arbeitsgruppen, die sich mit dem vorgelegten Text auseinandersetzten. An den Landsgemeinden der Kantone wurde referiert. Die Ergebnisse der Aussprachen fanden den Weg zur Bundesleitung.

Die «Eidgenössische Ordnung» bildete die Grundlage der *zweiten Magglinger Tagung vom 18. Mai 1941.*

An der Sitzung der Bundesleitung vom 8. Juni 1941 in Neuenburg lag der Text der «Eidgenössischen Ordnung» in einer Broschüre gleichen Namens vor.[1]

Nach Vorliegen der Broschüre gab die Bundesleitung den Kantonsgruppen erneut ausreichend Gelegenheit, mit den Mitgliedern den Text zu erörtern. Adolf Brunner übernahm einmal mehr die Aufgabe eines «Wanderpredigers».

Es ergab sich eine weitgehende Übereinstimmung. Die Annahme des endgültigen Textes erfolgte an der *zweiten schweizerischen Tagsatzung vom 19. Oktober 1941* in Bern.

Die Bundesleitung sandte den definitiven Text mit einem ausführlichen Begleitbrief am 30. November 1941 an die politischen Parteien und lud diese zu einer Konferenz ein.

Der Inhalt der «Eidgenössischen Ordnung»

Dass der 1941 verfasste Text mehr als 40 Jahre später nicht mehr in allen Einzelheiten Gültigkeit haben kann, liegt auf der Hand. Der aufmerksame und wohlwollende Leser wird aber auch heute noch in der «Eidgenössischen Ordnung» eine Fülle von Anregungen entdecken. Wir wählen einige der heute noch wesentlich erscheinenden Abschnitte aus. Dabei ist zu beachten, dass lediglich ein kleiner Teil des Textes der 45-seitigen Broschüre hier wiedergegeben ist.

Der Text besteht aus drei Teilen. Jeder dieser Teile zerfällt in zwei Abschnitte: *Gegenwart*, mit einer zum Teil herben Kritik an den damaligen Zuständen; *Zukunft* mit Vorschlägen für neue Zielsetzungen und bestimmte Massnahmen.

[1] Am 7. Juni 1941, abends, wohnten die Mitglieder der Bundesleitung der Aufführung des ursprünglich für die Landesausstellung 1939 vorgesehenen Festspiels bei, dessen Uraufführung wegen des Kriegsausbruches an der «Landi» dahingefallen war: «Nicolas de Flue», Text von Denis de Rougemont, Musik von Arthur Honegger.

I. Die persönlichen Ordnungen

Gegenwart: Der Mensch, der sich keiner höheren Ordnung unterstellt weiss, lebt in ständiger Angst. Er glaubt möglichst viel besitzen und geniessen zu müssen. Um des materiellen Vorteils und des Augenblick-Erfolges willen opfert er Charakter, Ehre und Zukunft. Aus derselben Lebensangst stammt das übertriebene Sicherheitsstreben, die Furcht vor Verantwortung, das Fehlen der Zivilcourage, der Mangel an Initiative und Wagemut.

Der Zerfall der Familie besteht darin, dass der moderne Mensch die Ehe als eine Verbindung ansieht, über die er beliebig verfügen kann.

Eine weitere Folge des Zerfalls der Gemeinschaft ist die falsch verstandene Gleichberechtigung der Geschlechter, welche die organische Entfaltungsmöglichkeit der Frau in der Familie und im öffentlichen Leben mehr gefährdet als fördert.

Der heutige Bildungsbegriff ist falsch. Jeder Bildungsgang vermittelt nur noch ein zusammenhangloses Mosaik von Können und Wissen.

Ausländische Wortprägungen werden kritik- und gewissenlos übernommen. Langsam und unbemerkt hält mit dem fremden Wort auch der fremde Geist bei uns Einzug.

Mangel an Achtung vor der Menschenwürde und vor dem Wort kennzeichnet heute einen grossen Teil aller Propaganda. Sie wendet sich mit Vorliebe an die niederen und kollektiven Instinkte und fördert damit die Hauptgefahr jeder lebendigen Gemeinschaft: die Vermassung des Menschen.

Zukunft: Wahre Gemeinschaft kennt weder die Entwertung und Unterdrückung ganzer Menschenklassen noch die Herrschaft der Mittelmässigkeit. Jeder Mensch hat in ihr seinen besonderen Platz und Auftrag.

Die Grundübel unserer Zeit – der egoistische Individualismus und der anonyme Kollektivismus – können einzig durch ein neues und schöpferisches Verhältnis von verantwortlicher Person und Gemeinschaft überwunden werden.

Die Familie ist die Keimzelle aller menschlichen Gemeinschaften. Sie muss sich im sozialen Organismus frei entfalten können. In ihr wird das Fundament der Erziehung zur Verantwortung gelegt.

Schulgemeinschaft ist das Zwischenglied zwischen Familie und Volk und hat als solches seine besonderen Erziehungsmöglichkeiten und Aufgaben.

Obschon die Aufgabe der Charakterbildung wesentlich der Familie zufällt, ist von der Schule ein kräftigeres Mitwirken im Sinne der Erziehung zu selbständigem Denken und Handeln und zur Verantwortung durch Einordnung in Gemeinschaftsaufgaben zu fördern.

Zu jedem Bildungsgang gehört ein eiserner Bestand von Können, Wissen und staatsbürgerlichen Kenntnissen.

Jede Schulstufe hat ihr abgerundetes Bildungs- und Erziehungsziel zu erreichen. Wahllose Halbbildung kann nur vermieden werden, wenn auch im einfachsten Schulprogramm ein Ganzes offenbar wird.

II. Die wirtschaftlichen Ordnungen

Gegenwart: Sinn und Würde der Arbeit schwinden mit dem Zerfall der Ordnungen. Arbeit wird auf der einen Seite ‚Unkostenfaktor', auf der andern Seite eine ‚verdammte Pflicht'.

Der Beruf verliert die innere Verpflichtung zur vorbildlichen Arbeitsleistung. Berufsstolz und Berufsehre zerfallen. Der Beruf wird zur reinen Einkommensquelle und ist nicht mehr Dienst an der Gemeinschaft.

Die Wirtschaft wurde Selbstzweck und der Mensch – statt Herr der Dinge zu sein – Sklave der Wirtschaft.

Zukunft: Jede Arbeit hat ihren Sinn und ihre Würde innerhalb der Gemeinschaft. Sie darf nicht nur als Mittel zum Gelderwerb betrachtet werden.

Die Förderung der Berufsfreude, des Berufsstolzes und der Berufsehre gehört zu den wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft. Dies ist nur

möglich, wenn die Menschenwürde des Arbeiters auch am Arbeitsplatz jederzeit geachtet wird.

Sämtliche Einrichtungen für die Berufsschulung sind auszubauen. Der Arbeiter soll sich ständig weiterbilden können. Der gelernte Beruf verpflichtet zu meisterhafter Arbeit. Durch Umschulungskurse ist die zweckmässige Eingliederung aller Arbeiter in den Arbeitsprozess zu unterstützen.

Besondere Förderung ist den kleinen und kleinsten Betrieben angedeihen zu lassen. Die Arbeit in einem Unternehmen von überschaubarer Grösse ermöglicht den lebendigen, inneren Zusammenhang der Arbeitenden.

Für den Industriearbeiter wird durch vermehrte Schaffung von Siedlungsmöglichkeiten die Krisenempfindlichkeit herabgesetzt.

Die besondere Aufgabe der schweizerischen Wirtschaft besteht darin, die von ihr verlangten Leistungen in einer auf Zusammenarbeit gegründeten freiheitlichen Ordnung zu vollbringen.

Erste Aufgabe des Staates ist die Wahrung der Rechtsordnung. Der Staat kann nur gerechter Richter über die wirtschaftlichen Interessen sein, wenn er nicht selbst hineinverwickelt ist.

Eine klare Zielsetzung der Wirtschaft verlangt schöpferisch gestaltende Leitung und sachgemässe Koordination aller wirtschaftspolitischen Massnahmen.

III. Die politischen Ordnungen

Gegenwart: Der Begriff der Menschenwürde ist vielen Schweizerbürgern verlorengegangen. Sie fühlen sich darum nicht mehr verantwortlich und vernachlässigen die Ausübung ihrer bürgerlichen Souveränität.

Die Entpolitisierung des Geistes hat die Politik ihrer geistigen Substanz beraubt.

Die heutigen Parteien sind weder zahlenmässig noch geistig der wirkliche Ausdruck des Volkswillens. Nur zehn bis fünfzehn Prozent der Stimmberechtigten sind Mitglieder einer Partei, und davon ist nur ein kleiner Bruchteil innerhalb der Organisation aktiv.

Der Zerfall von Person und Gemeinschaft ist in der politischen Propaganda der letzten Jahrzehnte in besonders würdeloser und beschämender Weise zum Ausdruck gekommen.

Volk und Regierung besitzen keine Zukunftsvorstellung der Eidgenossenschaft. Die Regierungsmehrheit im Volk und Parlament ist sich vor allem in dem einig, was sie nicht will.

Zukunft: Erste Bedingung der Erneuerung unserer Eidgenossenschaft ist ein erwachtes Verantwortungsgefühl jedes Bürgers gegenüber dem Staat. Der Eidgenosse wird dadurch wieder erkennen lernen, in was für eine einzigartige Gemeinschaft er hineingeboren wurde.

Die Existenz unseres Staates hängt davon ab, ob der Eidgenosse ein politischer Mensch sein will, der handelnd und mitverantwortlich am Staate teil hat.

Zweite Bedingung der Erneuerung unserer Eidgenossenschaft ist die Wiederbelebung und Vermehrung der selbst verantwortlichen, selbstverwalteten föderalistischen Zwischenglieder.

Demokratie ist darum vor allem und zuerst Selbstverwaltung im kleinen und freiwilliger Aufbau von den untersten bis zu den höchsten Ordnungen.

Eine föderalistische Lösung darf niemals die Sicherheit der Eidgenossenschaft oder ihre wirtschaftliche Behauptung gefährden. Alles das aber, was Beruf, Gemeinde und Kanton ebenso zweckentsprechend wie der Bund zu leisten imstande sind, ist ihnen entschlossen und endgültig zurückzugeben.

Dritte Bedingung der Erneuerung unserer Eidgenossenschaft ist eine umfassende Gesinnungsbildung. Die grosse Mehrheit des Volkes muss zu überzeugten und verantwortlichen Mitträgern einer eidgenössischen Ordnung herangebildet werden.

Vierte Bedingung der Erneuerung unserer Eidgenossenschaft ist eine Revision der Bundesverfassung in dem Umfange, dass überall eine Rückkehr zur unbedingten Verfassungstreue möglich ist.

Regieren heisst nicht nur verwalten im Sinne der Erledigung laufender Geschäfte nach bestehenden Regeln und Vorschriften. Regieren ist schöpferisches Gestalten auf Grund klarer Zielsetzung.

Ein Bundesrat, der in allen grundsätzlichen Fragen mit seinem Volke einig geht, kann – wenn die Lage es erheischt – auch unpopuläre Massnahmen treffen, und dort stark sein, wo das Volk im Moment schwach ist.

Die vermehrte Autorität der staatlichen Organe macht eine Erweiterung der Verfassungsgerichtsbarkeit auch auf die Bundesgesetzgebung und einen Ausbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit notwendig.

Mensch und Gemeinschaft sind nicht für den Staat da, sondern der Staat zum Schutze von Mensch und Gemeinschaft.

Jeder Eidgenosse ist zugleich Bürger und Soldat. Im Waffenrock setzt der Schweizer seiner Freiheit die notwendige Grenze. In der Armee gilt nicht mehr der freiwillige Aufbau von unten nach oben, sondern Gehorsam, Zucht und Disziplin.

Will man eine Übersicht über die Tätigkeit des Gotthard-Bundes in den folgenden Jahren gewinnen, so sind einerseits bestimmte Aktionen darzustellen, andererseits ist eine Übersicht über das Geschehen in den einzelnen Jahren wünschbar. Die Schwierigkeit besteht darin, dass verschiedene der besonderen Aktionen sich über zwei, drei und mehr Jahre erstreckten. Deshalb scheint es richtig, die einzelnen Aktionen zusammenhängend zu schildern. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass daneben eine reiche Tätigkeit in den einzelnen *Kantonsgruppen* bestand durch regelmässige Mitglieder- und öffentliche Versammlungen, Veröffentlichungen und Inserate mit vorwiegend lokalem Charakter, Unterstützung einzelner Postulate und Personen in Abstimmungen und Wahlen usw.

Die Arbeit der *Bundesleitung* konzentrierte sich auf die Herausgabe der *«Gotthard-Briefe»* und auf die *Durchführung der im folgenden geschilderten Aktionen.* Daneben waren die Mitglieder der Bundesleitung sowohl durch die Mitarbeit in den Kantonsgruppen als auch durch unzählige Kontakte mit Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens beansprucht.

2. Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung und Familienschutz

Schon im ersten, am 24./25. Juli 1940 veröffentlichten *«Aktionsplan»* des Gotthard-Bundes war das Postulat enthalten «Umbau der Lohn- und Verdienstausgleichskassen in Ausgleichskassen für Familienpflichten (Familienzulagen, Altersfürsorge)». Die Anregung stammte von Charles Ducommun, dem bekannt war, dass sich der grosse Ausschuss des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes am 29. Juni 1940 dafür ausgesprochen hatte, «die Mittel der Lohnersatz-Ordnung für die Zwecke der Altersversicherung heranzuziehen».

An der ersten vom Gotthard-Bund veranstalteten *Pressekonferenz vom 2. September 1940* wurde erneut der «Umbau der Lohn- und Verdienstausgleichskassen» vorgeschlagen. Das Referat enthielt u.a. folgendes: «Überall wird der Gedanke lebendig, die Lohn- und Verdienstausgleichskassen in Institutionen der *Altersversicherung* umzubauen. Es bietet sich dem Schweizervolk hier tatsächlich eine einzigartige Chance, die unter allen Umständen gewahrt werden muss.»

Gleichzeitig wurde *«die Verstärkung der materiellen Grundlagen der Familie»* gefordert, d.h. vor allem die allgemeine Einführung von Kinderzulagen. Da schon damals die beiden Postulate durch die verschiedenen politischen Gruppen unterschiedlich unterstützt wurden, schlossen die Ausführungen mit folgendem Satz: «Der Gotthard-Bund will mithelfen, vor allem im *Ausgleich der Interessen-Gegensätze,* die zu überwinden sein werden».

a) *Die Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung*

Die einmal aufgegriffene Idee, die Lohn- und Verdienstausgleichskassen in ein Instrument zur Sicherung der finanziellen Grundlage einer Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung umzuwandeln, fand fast überall Anklang. Der Kanton Genf reichte am 27. August 1941 eine Standesinitiative ein, die forderte «nach Vollendung des Aktivdienstes die Lohn- und Verdienstausgleichskassen für Wehrmänner für die Verallgemeinerung der Altersfürsorge heranzuziehen». Der Kanton Neuenburg folgte am 14. November 1941 mit einer das gleiche Ziel verfolgenden Standesinitiative.

1941 wurde in Genf ein Komitee gegründet, in dem fast alle Kreise vertreten waren, das ein *eidgenössisches Volksbegehren* mit dem gleichen Ziel lancierte. Einige führende Genfer Mitglieder des Gotthard-Bundes halfen dabei kräftig mit. Zwar waren nach kurzer Zeit 7000 Unterschriften gesammelt. Die Unterschriftensammlung beschränkte sich aber vorerst auf den Kanton Genf. Die beteiligten Mitglieder des Gotthard-Bundes gelangten an die Bundesleitung mit der Bitte, eine *schweizerische Plattform* zu schaffen und den Bundessekretär mit der Konstituierung eines Aktionskomitees zu beauftragen. Dem Vorschlag wurde an der folgenden Sitzung der Bundesleitung einstimmig zugestimmt. *Kurt Vogelsang* nahm mit allen Parteien und den in Frage kommenden Wirtschaftsgruppen Kontakt.

Am 9. März 1942 konnte ein *schweizerisches Aktionskomitee* gegründet werden unter Mitwirkung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der Angestellten-Verbände und aller politischen Parteien, einschliesslich der Sozialdemokratischen Partei.

Das *Sekretariat des Initiativkomitees* wurde oppositionslos dem Gotthard-Bund übertragen.

Der «Gotthard-Brief» vom April 1942 enthält folgende Mitteilung:

«Um unsere Behörden zu zwingen, Mittel und Wege einer raschen Verwirklichung zu suchen, hat der Gotthard-Bund auf die Bitte eines Genfer Aktionskomitees es unternommen, die Unterschriftensammlung für das *Volksbegehren zur Umwandlung der Ausgleichskassen für Wehrmänner in Kassen für eine Alters- und Hinterbliebenenversicherung* für das ganze Gebiet der deutschen und italienischen Schweiz zu organisieren.»

Kurt Vogelsang schreibt in einem späteren Bericht über die Sitzung vom 9. März 1942:

«Diese erste Sitzung wird mir Zeit meines Lebens unvergesslich bleiben, präsidierte ich doch als erst 25jähriger junger Mann im Hotel Elite in Zürich eine Versammlung von zahlreichen, bekannten Politikern.

. . . . .

. . . während ich als Sekretär des Aktionskomitees bestimmt wurde, eine Arbeit, die mich neben der des Bundes-Sekretärs unserer Bewegung ungemein fesselte, wie sie mir auch Gelegenheit gab, als Junger entscheidend an der Gestaltung des für unsere und die zukünftige Generation massgebenden Versicherungswerkes mitzuwirken.»

Im *AHV-Aktionskomitee* waren folgende Gruppen vertreten:

1. Schweizerischer Gewerkschaftsbund
2. Föderativverband des Personals öffentlicher Dienste
3. Nationale Aktionsgemeinschaft für wirtschaftliche Verteidigung
4. Vereinigung schweiz. Angestelltenverbände
5. Landesverband freier Schweizerarbeiter
6. Verband schweiz. evangelischer Arbeiter und Angestellter
7. Schweizerischer Kaufmännischer Verein
8. Schweizerischer Werkmeisterverband
9. Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter
10. Schweizerischer Bau- und Holzarbeiterverband
11. Schweizerischer Zigarrenhändlerverband
12. Schweizerischer Privatgärtnerverband
13. Gotthard-Bund
14. Sozialdemokratische Partei der Schweiz
15. Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz
16. Landesring der Unabhängigen
17. Demokratische Partei der Schweiz
18. Konkordat der schweiz. Krankenkassen
19. Philanthropische Gesellschaft «Union»
20. Genfer Aktionskomitee mit etwa 40 angeschlossenen Verbänden und Parteien aller Richtungen
21. Fédération des Sociétés de secours mutuels de la Suisse romande (als Beobachter)

Kaum war die Durchführung des Volksbegehrens gesichert, entstand die Gefahr einer Rivalität mit den Kreisen, die hinter der etwa gleichzeitig zur Unterschriftensammlung gelangenden *Familienschutz-Initiative* standen. Eine weitere Aufgabe für den Gotthard-Bund! Führende Mitglieder des Gotthard-Bundes waren in beiden Initiativkomitees vertreten. Der Gotthard-Bund stellte für das AHV-Komitee den Bundes-Sekretär und ein Mitglied der Bundesleitung, im Komitee für die Familienschutz-Initiative zwei Mitglieder der Bundesleitung, wovon eines – Maurice Veillard, Lausanne – als Vizepräsident.

Kurt Vogelsang beschreibt die damalige Lage wie folgt: «In mühsamer Kleinarbeit wurden Dutzende von kleineren und grösseren Reibereien beigelegt und beide Teile immer wieder auf eine gegenseitige Neutralität, ja Unterstützung verpflichtet.»

Schon im *Juli 1942 konnte das AHV-Volksbegehren mit 179910 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht werden.*

Der Bundesrat sah sich vorerst nicht in der Lage, die nötigen Massnahmen für die Vorbereitung dieses Sozialversicherungswerkes an die Hand zu nehmen. Er beabsichtigte vielmehr, vorerst mit den Einnahmen der Ausgleichskassen die Arbeitslosenfürsorge und die Arbeitsbeschaffung in der Nachkriegszeit zu finanzieren. Deshalb entschloss sich das Aktionskomitee, selbst zu handeln. Es beauftragte im November 1942 einen anerkannten Versicherungsfachmann, *Dr. Paul Nabholz,* ein *eigenes Projekt* auszuarbeiten.

Ende 1943 erschien ein ausführlicher *«Überparteilicher Vorschlag für die Verwirklichung der eidgenössischen Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung»* in einer Broschüre, betitelt *«Gesichertes Alter».* Diese Expertise, ausgearbeitet durch Dr. P. Nabholz, wurde finanziert von den Gewerkschaften, den Angestellten-Verbänden und den Krankenkassen; sie bildet den Grundstein des heutigen Sozialwerkes. Der Vorschlag löste ein lebhaftes Echo aus.

Es folgten während mehreren Jahren in der Öffentlichkeit teilweise absurde Auseinandersetzungen über das Finanzierungsverfahren, vor allem über die Frage Kapitaldeckungs- oder Umlageverfahren.* Das vorgelegte Projekt basierte auf Grund einer überzeugenden Argumentation auf dem reinen *Umlageverfahren,* indem es darlegte, dass im Alter die «dannzumaligen Bedürfnisse nur aus dem Produktionsertrag der dannzumaligen Wirtschaft befriedigt werden könne», die Alten also nur aus dem Produktionsertrag «der Jungen leben können».

Im September 1944 erklärte der damalige Bundespräsident Stampfli anlässlich der Gedenkfeier der Schlacht von St. Jakob an der Birs und kurz darauf einer Delegation des Aktionskomitees: «Die dringlichste Aufgabe der Eidgenossenschaft der nächsten Zeit ist die Verwirklichung der Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung.»

* Im ersten Bericht der eidgenössischen Expertenkommission – in der natürlich die Versicherungsmathematiker das «Sagen» hatten – wird sogar von der «Unmöglichkeit» des reinen Umlageverfahrens gesprochen (S. 149) und festgestellt, «der Ausgleichsfond stellt gewissermassen den Ausgleich zwischen den verschiedenen Generationen im Laufe der Zeit her» (S. 151). Die seitherige Entwicklung könnte kaum die Auffassungen der Expertenkommission gründlicher widerlegen!

Gesichertes Alter

Die erste soziale Tat nach Kriegsschluß

Ein überparteilicher Vorschlag für die Verwirklichung
der eidgen. Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung

Kurt Vogelsang, der von 1942 bis 1946 neben dem Bundessekretariat des Gotthard-Bundes Sekretär des «Eidgenössischen Aktionskomitees für die Volksinitiative auf Umwandlung der Lohnausgleichskassen in Altersversicherungskassen» war, gab in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 27. Mai 1983 folgende Darstellung der weiteren Entwicklung:

«Eine wesentliche Voraussetzung lag damals wohl darin, dass es mitten im Kriegsgeschehen gelungen war, sämtliche politischen Parteien und grossen Wirtschaftsorganisationen für die Vorarbeiten an den gleichen Tisch zu bringen. Für viele Fragen allgemeiner und technischer Natur wurde dabei ein gemeinsamer Nenner gefunden, was die Beratungen der vom Bundesrat eingesetzten Expertenkommission einerseits und der ständerätlichen und nationalrätlichen Kommissionen anderseits wesentlich förderte. ... Am 20. Dezember 1946 bereinigte die Bundesversammlung die AHV-Gesetzesvorlage endgültig und verabschiedete sie fast einstimmig. Leider zeigten sich in den beiden Kammern gewisse Widerstandsherde, was dann die oppositionellen Kreise zu einem *Referendum* veranlasste, das in wenigen Wochen anfangs 1947 zustande kam, jedoch nur 55424 Unterschriften erreichte. Die Kriegszeit war vorüber, der Zusammenschluss des Schweizervolkes zerbröckelte, und so trennten sich auch die Parteien und bedeutendsten Berufsverbände im Hinblick auf die Volksabstimmung.

Unter dem Präsidium von Nationalrat Robert Bratschi wurde das Gewerkschaftliche Aktionskomitee ‚Pro AHV' mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und der sozialdemokratischen Partei der Schweiz gegründet, während alle übrigen Parteien und Organisationen sich unter dem Präsidium von Nationalratspräsident Dr. M. Wey (Luzern) im Eidgenössischen Aktionskomitee für die AHV vereinigten.»

In der *Volksabstimmung vom 6. Juli 1947* stimmte das Schweizervolk mit 862036 Ja gegen 215496 Nein der Einführung der Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung zu, die dann am *1. Januar 1948* in Kraft trat.

b) *Familienschutz*

Die auf den Seiten 84ff. beschriebene Aktion zugunsten kinderreicher Familien lenkte die Aufmerksamkeit, vor allem der Mitglieder der Kantonsgruppe Zürich, in nachdrücklicher Weise auf die wirtschaftlichen Probleme der Familie, insbesondere der Familien mit mehreren Kindern.

In Zürich bildete sich eine Arbeitsgruppe, die sich mit diesen Fragen befasste; sie schuf die Möglichkeit, zugunsten einzelner Kinder ein «Patronat» zu übernehmen.

Es erschienen mehrere Broschüren, so diejenigen von A. Studer-Auer *«Die Offensive des Lebens»,* von Adolf Guggenbühl *«Vom Segen der Familie»* sowie in Zusammenarbeit mit dem Gotthard-Bund eine Studie zur Förderung einer gerechten Sozialpolitik zugunsten der Familie», betitelt *«Der Lebensraum der Familie»,* von Dr. J. David.

Die anfänglich vorwiegend von katholischen Kreisen unterstützte, im November 1941 lancierte *Eidgenössische Familienschutz-Initiative* fand die vorbehaltlose Zustimmung des Gotthard-Bundes. Wie bereits erwähnt, waren zwei Mitglieder der Bundesleitung Mitglieder des Initiativkomitees, Maurice Veillard, Lausanne, als dessen Vizepräsident.

Das Zürcher Initiativ-Komitee (in alphabetischer Reihenfolge)

Emil Bartholdi, Kreis-Ing., Winterthur
Friedrich Bernet, Zollikon
Dr. med. Th. Bovet
Pfr. G. Breit, Witikon
John Brunner
Dr. med. Max Brunner, Pfäffikon
Dr. med. Urs Bürgi
Hans Fischer, Techniker, Winterthur
Christian Gasser
Dr. W. v. Gonzenbach, Professor der Eidg. Technischen Hochschule
Hans Grob, Mitglied der Schweiz. Familienschutz-Kommission
Dr. med. A. Gubser-Vuillemin, Präsident des «Bund kinderreicher Familien der Stadt Zürich»
Adolf Guggenbühl
R. Huber-Rübel, Ing.
G. Kummer, Redaktor, Bülach
Ad. Loepfe, Gewerkschafts-Sekretär
Rud. Meier, Landwirt, Eglisau
Walter Rickenbach, Sekretär der Schweiz. Familienschutz-Kommission
Walter Seiler, Rechtsanwalt
Frau Prof. H. J. Spoerri-Lang
Dr. Emma Steiger, Vizepräsidentin der Schweiz. Familienschutz-Kommission
H. Teobaldi, Leiter der Zürcher Caritaszentrale
H. Walser, Betriebsleiter, Rafz
Emil Walter, Hauptlehrer
Ed. Wehrli, Sekretär des CVJM
Heinrich Wehrli

Die in Zürich festgestellten sozialen Probleme kinderreicher Familien führten zum Entschluss, auch im Kanton Zürich eine kantonale Initiative einzuleiten. Fast ausschliesslich durch die Mitglieder des Gotthard-Bundes wurden in kurzer Zeit *13 703 Unterschriften* gesammelt. Der Text der Initiative lautet:

«Staat und Gemeinden haben die Aufgabe, für die Gesunderhaltung und Förderung der Familie zu sorgen.
Sie treffen auf dem Wege der Gesetzgebung und Verwaltung die erforderlichen Anordnungen, wie wesentliche Steuererleichterungen, Schaffung eines Lohn- und Verdienstausgleichs, Wohnungshilfe und ähnliche Massnahmen, um einen wirksamen Ausgleich der Familienlasten, insbesondere derjenigen kinderreicher Familien, zu schaffen.»

Die kantonal-zürcherische Initiative wurde zurückgezogen, da der eidgenössischen Initiative der Vorrang zukam.

Die auftretenden Reibereien zwischen den das AHV-Volksbegehren und den die Familienschutz-Initiative tragenden politischen Gruppen bildeten für beide Bestrebungen eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Es war die Aufgabe des Gotthard-Bundes, immer wieder die Wogen zu glätten.

Am 13. Mai 1942 konnte die Eidgenössische Familienschutz-Initiative mit 168 730 Unterschriften der Bundeskanzlei eingereicht werden.

Am 7. April 1945 wurde die eidgenössische Initiative zugunsten des Gegenvorschlages der Bundesversammlung zurückgezogen.

Die Abstimmung über die *Ergänzung der Bundesverfassung durch Art. 34 quinquies* erfolgte am 25. November 1945 und ergab mit 548 601 Ja und 170 278 Nein ebenfalls ein erfreuliches Resultat.

3. Die Vereinigung für eidgenössische Wirtschaft

Am 25. Januar 1941 fand in Bern die vom Gotthard-Bund einberufene *«Nationale Wirtschaftskonferenz»* statt, an der Prof. E. Böhler von der ETH ein ausgezeichnetes Referat hielt: *«Die Neuorientierung der schweizerischen Wirtschaftspolitik»* (siehe Seite 93). Seine Anregungen «zündeten» so sehr, dass der Gedanke entstand, eine besondere Institution unter dem Patronat des Gotthard-Bundes zu schaffen.

Der Verfasser dieser Schrift veröffentlichte die Broschüre *«Eidgenössi-*

sche Wirtschaft». Im Vorwort ist zu lesen: «Die grösste Gefahr für unser Land besteht heute darin, dass nicht einmal *verschiedene* Überzeugungen (über wirtschaftliche Fragen) vorhanden sind, sondern überhaupt *keine* mehr.» Genauere Vorstellungen der Wirtschaft der Zukunft sollten erarbeitet werden, wobei als allem übergeordnetes Ziel zu gelten hat: «Vollbeschäftigung in einer freiheitlichen Ordnung».

Die neue Institution erhielt den Namen *«Vereinigung für eidgenössische Wirtschaft».*

Einige Persönlichkeiten und die hinter ihnen stehenden Firmen übernahmen die Finanzierung, so vor allem Dr. Paul Gloor, Basel, Dr. Rudolf Heberlein, Wattwil, Dr. Arnold Roth, Aarau, Fritz Streuli, Schönenwerd, Dr. Werner Weber, Zürich.

Ein *«Wirtschafts-Sekretariat»* entstand. Als dessen Leiter wurde Hermann Dütschler, ein langjähriger Mitarbeiter von Prof. Böhler, angestellt. Unter dem nachhaltigen Eindruck der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der dreissiger Jahre waren die Arbeiten stark vom damals fast in prophetischem Ruf stehenden John Maynard Keynes beeinflusst. Eine Schriftenreihe wurde geschaffen, verfasst teilweise von H. Dütschler, teilweise von Christian Gasser; sie fand eine gute Resonanz.

Die weitere Propagierung der erarbeiteten Gedanken war Aufgabe eines *«Pressedienstes»,* der bis in die sechziger Jahre mit erstaunlichem Erfolg zu wirken vermochte. Die Artikel erschienen regelmässig in 20 bis 50 Zeitungen. Der Pressedienst wurde während vielen Jahren betreut von Dr. Hans Graf, Bern.

Die vertretenen Grundgedanken waren die folgenden: Von zentraler Bedeutung für die staatliche Wirtschaftspolitik ist die Unterscheidung zwischen *direkten* und *indirekten* Interventionen des Staates. Die kriegswirtschaftlichen Massnahmen jener Jahre bildeten einen ausgezeichneten Anschauungsunterricht.

Arnold Muggli, der Schöpfer und Leiter des Rationierungswesens während dem Zweiten Weltkrieg, gehörte zu den dauernden Ratgebern. Er wies immer wieder auf die in einer Kriegswirtschaft zwar unumgänglichen direkten Interventionen des Staates hin, erkannte aber nur zu gut deren Schwierigkeiten und Gefahren. Arnold Muggli hat mehrmals für die Art der staatlichen Eingriffe als typisches Beispiel die *Mahlzeiten-Coupons* erwähnt. Christian Gasser zitierte es in einer zusammenfassenden Darstellung im «Gotthard-Brief» Nr. 160, 1949, wie folgt:

«Das anfänglich gehandhabte Kontingentierungssystem – Zuteilung eines bestimmten Kontingents an die Gaststätten, Hotels und kollektiven Haushaltungen – benötigte, wollte man grobe Missbräuche ausschalten, ein Heer kontrollierender Beamter; denn jeder Betrieb hielt darauf, das grösstmögliche Kontingent zugeteilt zu erhalten. Hinzu kam die unvermeidbare Benachteiligung von neuen Betrieben, die Blockierung des Aufstieges der Jungen, da für die Kontingente die früheren Bezüge als Richtschnur galten.

Die gesamte Reglementiererei mit dem unvermeidlichen Kontroll- und ‚Schnüffelsystem' fiel weg, als man sich für die Einführung von Mahlzeitencoupons entschied.

Die *Leistung* wurde wieder prämiert statt das Kontingentsrentnertum.

Der Mahlzeitencoupon schuf so etwas wie eine ‚zweite Währung' für einen beschränkten Sektor. Die ‚Währungseinheit' (der MC) ermöglichte die nötige Beweglichkeit und damit auch generelle Massnahmen.»

Ergänzend einige Zitate aus dem erwähnten «Gotthard-Brief»:

«Die Analyse der interventionistischen Massnahmen zeigt, dass die von diesen auf den Organismus der Marktwirtschaft ausgehenden Wirkungen verschieden, oft sogar konträr sind. Es gibt Massnahmen, welche die produktiven Kräfte lähmen; es gibt andere, die der Wirtschaft Impulse verleihen. Manche erscheinen mit dem Fluch beladen, fortzeugend neue Interventionen zu gebären.

. . . . .

Die Erkenntnis des *unterschiedlichen Charakters der Interventionen* ist von fundamentaler Bedeutung.

. . . . .

Es sind *zwei verschiedene Typen* von Interventionen, die uns überall begegnen. Man kann die einen zutreffend als *direkte,* die andern als *indirekte* bezeichnen. Die einen nehmen unmittelbar Einfluss auf die Güterseite der Wirtschaft, greifen ein in die Dispositionen des Einzelbetriebs, ersetzen den freien Entscheid des Unternehmers durch staatliches Kommando. Die andern begnügen sich mit der Beeinflussung des Gesamtablaufs der Volkswirtschaft, hauptsächlich durch Regulierung des Geldstromes; sie setzen lediglich *allgemeine Bedingungen,* welche das Verhalten des Wirtschaftenden beeinflussen. Es handelt sich um die

Finanz- und Steuerpolitik, die Kredit- und Zinspolitik, die Geld-, Währungs- und allgemeine Handelspolitik.

. . . . .

Koordination der indirekten Massnahmen, ihre Ausrichtung auf das Ziel der Erhaltung eines optimalen Beschäftigungsgrades, das ist die zentrale Aufgabe.

. . . . .

Der Unternehmer soll wirtschaften, der Staat soll volkswirtschaften.»

Die viele Jahre andauernde «Berieselung» des schweizerischen Wirtschaftsdenkens stellte einen – sicher nicht zu überschätzenden – Beitrag dar zu der verhältnismässig raschen Aufhebung des Grossteils der kriegswirtschaftlichen Massnahmen und damit die Befreiung der Wirtschaft für die damals von niemandem erwartete Entwicklung der folgenden Jahrzehnte.

4. Die politische Lage 1941/42 und die Tätigkeit des Gotthard-Bundes

Das kriegerische Geschehen verlagerte sich 1941 in den Osten Europas. Die Triebkräfte zu einer Zusammenarbeit über die politischen Trennlinien hinweg schienen nachzulassen. Negative Ergebnisse zahlreicher Abstimmungen liessen auf ein tiefsitzendes Malaise schliessen.

Die offene und «unterirdische» Propaganda der Kriegsparteien liess kaum nach und zog die Gemüter hin und her. Die leitenden Organe des Gotthard-Bundes hatten in der «Eidgenössischen Ordnung» eine Klärung ihrer Zielsetzungen erreicht. Dazu wurden die Mitglieder immer wieder zu *aktivem Tun* aufgerufen: Plazieren unseres Kleinplakates in Schaufenstern und auf Anschlagbrettern der Firmen, Verteilung von Aufrufen, Verkauf der erschienenen Broschüren und für die wünschbare Kiosk-Aushängung sorgen, persönlicher Versand der Broschüren und Aufrufe an prominente Leute, Unterschriftensammlung für das Volksbegehren betr. AHV und die «Volksinitiative für die Familie».

Auf die Propagierung der *«Anbauschlacht»* nach dem Plan Wahlen und auf die Mitwirkung an der *Kriegs-Winterhilfe 1941/42* wurde besonderes Gewicht gelegt. F. T. Wahlen äusserte sich damals wie folgt: «Ich möchte meiner Dankbarkeit Ausdruck geben für die hinreissende Art, mit welcher der Gotthard-Bund das nationale Anbauwerk unterstützte.»

Ein neuer Anlauf schien im *zweiten Halbjahr 1941* nötig, um die zerfallende Zusammenarbeit aller Wirtschaftsgruppen und Parteien erneut anzuregen. Am 30. November 1941 gelangte der Gotthard-Bund deshalb an folgende politische Gruppen, denen mit einem offenen Brief die «Eidgenössische Ordnung» zugestellt wurde:

1. Demokratische Gruppe der Bundesversammlung
2. Eidgenössische Gemeinschaft
3. Eidgenössische Sammlung
4. Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz
5. Jungkonservative Bewegung der Schweiz
6. Jungliberale Bewegung der Schweiz
7. Katholisch-konservative Partei der Schweiz
8. Landesgemeinschaft «Aufgebot»
9. Landesring der Unabhängigen
10. Liberal-konservative Partei der Schweiz
11. Schweiz. Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei
12. Schweiz. Bauernheimatbewegung
13. Schweiz. Freiwirtschaftsbund
14. Sozial-demokratische Partei der Schweiz
15. Evangelische Volkspartei der Schweiz.

Im offenen Brief stand zu lesen: «Im Augenblick, wo wir als geschlossenes Volk diesem dunklen drohenden Winter entgegentreten sollten, nehmen die inneren Spannungen zu, und der frische Wagemut der Eidgenossen scheint unter der bleiernen Decke eines misstrauischen Schweigens zu schlummern».

Im Schlussabschnitt wurde die Frage gestellt:

> Seid Ihr bereit an einer Konferenz teilzunehmen, an der wir Euch, auf dieser gemeinsamen geistigen Grundlage fussend, einen bestimmten Plan zu einer dringenden aufbauenden Aktion auf sozialem Gebiet vorlegen möchten?
>
> Es würde uns freuen, Eure Antwort bis Ende dieses Jahres zu bekommen.

Mit eidgenössischem Gruss

GOTTHARD-BUND
Für die Bundesleitung

Th. Spoerri C.F. Ducommun

Der Bundessekretär

K. Vogelsang

Der vom Gotthard-Bund gegebene Anstoss fand sowohl Zustimmung als auch Kritik und Bedenken, ja, löste zynische Reaktionen aus. Die positiven Stimmen überwogen jedoch. Zwei Beispiele:

«Grundsätzlich halten wir aber dafür, dass die politschen Parteien sich gegenüber der Anregung des Gotthard-Bundes *positiv* einstellen und zum mindesten versuchen sollten, auf diese Weise die in letzter Zeit etwas brüchig gewordene Zusammenarbeit wieder zu stärken.» (St. Galler Tagblatt; freis.-dem.)

«Es gibt Leute in der Schweiz, die die Gefahr erkennen und wissen, dass es heute einer ungeheuren geistigen und gesellschaftlichen Erhebung des Geistes bedarf, sollen wir uns behaupten. Wir zählen zu diesen Leuten einige der Männer vom Gotthard-Bund...» (Volksstimme; sozialdemokratisch.)

Am *31. Januar 1942* fand die *erste nationale Parteienkonferenz* statt, zu der alle auf demokratischem Boden stehenden politischen Parteien eingeladen waren. Der Einladung folgten die Demokratrische Partei der Schweiz, die Evangelische Volkspartei der Schweiz, die Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz, der Freiwirtschaftsbund, die Jungliberale Bewegung der Schweiz, der Landesring der Unabhängigen, die Liberaldemokratische Partei der Schweiz, die Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und die Schweizerische Konservative Volkspartei.

Vorgelegt wurden Vorschläge zur Lösung der damals am dringendsten scheinenden Landesprobleme: *berufliche Zusammenarbeit* und *wirtschaftliche Koordination.*

Die steigende Teuerung, die Gefahr der Arbeitslosigkeit und der zunehmende Mangel an Lebensmitteln verdüsterten die Atmosphäre. Alle hatten Opfer zu bringen. Für Familien mit unterdurchschnittlichem Einkommen begannen sich ernste Probleme zu stellen.

Nicht vom Gotthard-Bund ausgehend, aber für die weitere innenpolitische Entwicklung von grösster Bedeutung war ein im Auftrage des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) ausgearbeitetes *Gutachten von Prof. Böhler* besonders *zur Lohnfrage.* Zur Abklärung der im Gutachten Böhler behandelten Fragen schuf das Biga einen Arbeitsausschuss, der schon im September 1941 einen zur Veröffentlichung fertigen Bericht bereitstellte, in dem *lohnpolitische Richtlinien* vorgeschlagen wurden. Auf Grund des vorliegenden Gutachtens ernannte der Chef

des Volkswirtschaftsdepartementes eine *«Beratende Kommission für Lohnfragen»* (Lohnbegutachtungs-Kommission), deren Richtsätze für die Anpassung der Löhne an die Teuerung in der Folge fast uneingeschränkt Anwendung fanden. Präsident war *Prof. Fritz Marbach* von der Universität Bern, der den Gewerkschaften nahe stand.

Der Bundesleitung des Gotthard-Bundes schien aber ein weiterer Schritt nötig, der an der *2. Parteienkonferenz* vom 9. Mai 1942 zu einem gemeinsamen Vorstoss der beteiligten Parteien im Nationalrat führte.

Nationalrats- und Stadtpräsident *Dr. M. S. Wey*, Luzern, Präsident der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, übernahm es, in seiner Fraktion und bei den übrigen Fraktionen für folgende *Motion* einzutreten:

«Die unterzeichneten Mitglieder des Nationalrates (bzw. Ständerates) laden den Bundesrat ein, auf Grund seiner ausserordentlichen Vollmachten

1. eine wirtschaftliche Planungsstelle und als deren konsultatives Organ eine eidgenössische Wirtschaftskommission ins Leben zu rufen;
2. Diesen den Auftrag zu erteilen zur Schaffung eines kriegswirtschaftlichen Gesamtprogrammes und zur Vorbereitung der Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Nachkriegsprobleme.»

Die Motion basierte auf einer *Einigung* an den beiden Parteienkonferenzen über folgende Fragen:

«1. Es ist ein *kriegswirtschaftliches Gesamtprogramm* zu schaffen, das sowohl die nötigen *organisatorischen Massnahmen,* wie einen *sachlichen* Plan enthält.
Die restlose Ausrichtung aller grundsätzlichen und Detailmassnahmen auf die Zielsetzung unserer Kriegswirtschaft: ‚Durchhalten', erfordert, dass die kriegswirtschaftlichen Organisationen, wie auch die ordentliche Bundesverwaltung auf Grund eines Gesamtprogrammes handeln. Ausserdem müssen die unbestrittenen Mängel in der Anwendung klarer Organisationsprinzipien in der Struktur sowohl der ordentlichen Bundesverwaltung wie der Kriegswirtschaftsämter beseitigt werden.

2. Bereits heute sind alle nur möglichen Vorkehren auf den *Übergang zur Friedenswirtschaft* hin und für den *Friedenszustand* zu treffen, da

in der Übergangszeit nach Schluss des Krieges die grössten Gefahren für unser Land von der wirtschaftlichen und sozialen Seite her drohen. Wie dies in einigen Sektoren bereits geschieht, sind für die gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik die zu ergreifenden Massnahmen vorausdenkend vorzubereiten. Es kann sich auch hier nur um ein organisatorisch und sachlich koordiniertes Gesamtprogramm handeln.

3. Für die eben umschriebenen beiden Aufgaben müssen im Rahmen der Bundesverwaltung *die nötigen Organe geschaffen* werden.
   Dabei ist an eine ständige ‚Planungsstelle' zu denken, welche die schöpferische Arbeit zu leisten hat. Die Planungsstelle benötigt einen *Beraterkreis,* der den Kontakt mit allen Wirtschaftssektoren, mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, mit den vorhandenen eidgenössischen Fachkommissionen sowie mit der Bundesverwaltung herstellt.»

Die in dieser Weise umschriebene Stellungnahme fand allgemeine Zustimmung. An der Vorbereitung waren mehrere Mitglieder der Bundesleitung beteiligt. Die wichtigen und unumgänglichen organisatorischen Arbeiten wurden einmal mehr von Kurt Vogelsang geleistet.

Leider nahm *Bundesrat Stampfli* die Motion im Nationalrat am 7. Dezember 1942 nur in der unverbindlichen Form eines Postulates entgegen, was einige Enttäuschung verursachte. Der gemeinsame Vorstoss mehrerer Parteien gab immerhin den an einer Verbesserung der organisatorischen Voraussetzungen für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben interessierten Kräften in der Bundesverwaltung und besonders in den kriegswirtschaftlichen Organisationen einen Rückhalt für ihre Forderungen.

Die Situation legte nahe, unsere Forderungen in umfassenderer Form darzulegen. Die Bundesleitung beschloss daher, ein *«Minimal-Programm»* auszuarbeiten. Das Minimal-Programm sollte auch zu vermehrter sachlicher Auseinandersetzung auf die im Herbst 1943 bevorstehenden Nationalratswahlen hin herausfordern.

Einige kurze Hinweise auf den *Inhalt des Minimal-Programmes:*

1. *Wirtschaftliche Zusammenarbeit*
   Die von den nationalen Parteienkonferenzen vom 27. Januar und 9. Mai 1942 aufgestellten Forderungen verdienen volle Unterstützung. Nötig sind eine wirtschaftliche Planungsstelle und als deren konsultatives Organ eine eidgenössische Wirtschaftskommission. Deren wichtig-

ste Aufgaben bestehen darin, ein kriegswirtschaftliches Gesamtprogramm zu schaffen sowie Lösungen für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Nachkriegszeit vorzubereiten.

2. *Steuerreform*
Die Zunahme des Finanzbedarfes des Bundes lässt eine Steuerreform immer dringender erscheinen. Dabei darf aber nicht nur an die möglichen Mehreinnahmen gedacht werden, da die Steuern auch ein wichtiger Faktor der Wirtschaftspolitik sind. Sie bilden insbesondere ein Mittel zur Bekämpfung der immer bedrohlicher werdenden Inflation. Bei allen Massnahmen ist zudem die föderalistische Struktur unseres Landes zu berücksichtigen.

3. *Berufsgemeinschaft*
In vielen Berufen fehlen Arbeitsverträge, die die gegenseitigen Rechte und Pflichten festhalten. Die tatkräftige Förderung der Gesamtarbeitsverträge auf dem Boden des Bundes und der Kantone ist ein erster wichtiger Schritt auf dem Wege zur Bildung von Berufsgemeinschaften.

4. *Altersversicherung und Familienschutz*
Der Gotthard-Bund ist im Aktionskomitee für eine eidgenössische Altersversicherung vertreten und sucht dahin zu wirken, dass das Projekt, das dem Bundesrat vorgelegt werden soll, auch die Interessen einer fortschrittlichen Familienpolitik berücksichtigt. Der Gotthard-Bund ist ebenfalls im Eidgenössischen Initiativkomitee für die Familie vertreten, wo er dafür eintritt, dass von dieser Seite die Verwirklichung der AHV nicht verunmöglicht wird. Beide Initiativen schliessen sich nicht aus, sondern müssen sich ergänzen.

5. *Landdienst der Jugend*
Der Kampf gegen den Hunger zwingt uns, das Äusserste aus unserem Boden herauszuholen. Der Masseneinsatz der Jugend kann in den nächsten Jahren nicht mehr umgangen werden.
Soll der Einsatz der gesamten Schweizerjugend in naher Zukunft Tatsache werden, so sind so rasch wie möglich die dazu notwendigen Kader zu schaffen.

6. *Verfassungsrevision*
Zur Vorbereitung der Nachkriegszeit gehört die Revision der Bundesverfassung in dem Umfange, dass überall eine Rückkehr zur unbedingten Verfassungstreue möglich ist.

Im Innern des Landes liessen Auswirkungen kriegswirtschaftlicher Massnahmen das Problem der *Bergbauern* besonders akut werden. Im Juli 1943 veröffentlichte deshalb der Gotthard-Bund eine diese Probleme darstellende Broschüre *«Not in den Bergen»* von Dr. ing. agr. W. Gasser-Stäger. Prof. Wahlen schrieb das Vorwort, in dem er ausführte: «Die Bergbauernnot ist eine Realität. Sie ist nicht nur ein Phantasieprodukt aus Resolutionen und Eingaben. Wer bis jetzt an ihrem Vorhandensein zweifelte, möge sich in die nachfolgenden Seiten vertiefen. Sie sind eine Anklage gegen unser Volk, das unsern Bergen und ihren Bewohnern so viel schuldet, dass es unmöglich länger gleichgültig Zustände dulden kann, die den tiefern Sinn der Eidgenossenschaft verleugnen.»

Die verschiedenen in der Bergbauernhilfe bisher mehr oder weniger zusammenhanglos tätigen Organisationen hatten sich im Sommer 1943 zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Broschüre enthält Vorschläge für eine anzustrebende integrierte Gesamtlösung während der Kriegsjahre, aber auch für langfristige Massnahmen in der Nachkriegszeit.

5. Die Nationalratswahlen im Herbst 1943, Bundesratswahl im Dezember 1943

Die bedrohliche innen- und aussenpolitische Lage der Schweiz, besonders aber die sich verschärfenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu Beginn des Jahres 1943 führten in einem Gotthard-Brief zu einer Stellungnahme, aus der einige Abschnitte wiedergegeben seien:

«Die *wirtschaftliche* Lage der Schweiz ist äusserst schwierig geworden. Ein- und Ausfuhr sind durch die militär-politischen Veränderungen im Mittelmeerraum aufs Schwerste gefährdet.

Unser wichtigster Seehafen, Genua, ist heftigen Angriffen aus der Luft ausgesetzt. Was sich an den Mittelmeerküsten Italiens und Frankreichs abspielen wird, wird alles übertreffen, was wir bis heute miterlebt haben.

Die Schweiz ist auf sich selbst gestellt. Der *Plan Wahlen,* dessen Vorkämpfer wir von jeher waren, hat im Lichte der neuesten Ereignisse eine wahrhaft schicksalsmässige Bedeutung erhalten.

. . . . .

Auch unsere *militärische* Lage hat sich geändert. Wir sind dem Schwerpunkt der entscheidenden Kampfhandlungen näher gerückt, und es besteht die Möglichkeit, dass wir von der einen oder anderen Seite in den Kampf hineingezogen werden.

. . . . .

Diese aussenpolitischen Verhältnisse hätten nach unserer Meinung zu den nötigen Auswirkungen in der *Innenpolitik* führen sollen. Dem ist leider nicht so.

. . . . .

Im Hinblick auf die Nationalratswahlen vom Herbst 1943 wird bereits der politische Kampf vorbereitet, wobei die aussenpolitischen Ereignisse einen nicht geringen Einfluss auf die Politik und die Parteiprogramme ausüben. Da man es vorzieht, noch nicht Farbe zu bekennen und klare verpflichtende Stellungnahmen vermeidet, wird der politische Gegner rein destruktiv bekämpft.»

In jene Zeit fielen von Berlin aus auch *Drohungen gegen die Schweizerpresse*. Es wurde gesagt, «dass man mit den in Frage stehenden Redaktoren kurzen Prozess machen werde, indem sie ihre Heimat in den Steppen Asiens finden oder aber vielleicht noch besser ins Jenseits befördert werden». Zu diesem Versuch einer Einschüchterung nahm der Gotthard-Bund wie folgt Stellung:

«Diese ungeheuerliche Gewaltandrohung kann auf das Schweizervolk keine Einwirkung ausüben. Sie fusst auf der Annahme, dass sich die Schweiz kampflos in eine durch Gewalt aufrechterhaltene Zwangsordnung einreihen lasse ... Als souveränes und unabhängiges Volk beanspruchen wir das Recht, uns frei und in aller Öffentlichkeit mit den Gegenwarts- und Zukunftsproblemen der Welt vom Standpunkt unserer eigenen *eidgenössischen Idee* auseinanderzusetzen.»

Die Drohungen aus Berlin erwiesen sich aber nur als ein – allerdings ausserordentlich typischer – «Zwischenfall»! Unterdessen landeten die Allierten in Sizilien und in Berlin hatte man andere Sorgen ...

Immer mehr rückten die *Nationalratswahlen vom 30./31. Oktober 1943* ins Zentrum des innenpolitischen Interesses. Vor den Nationalratswahlen erliess die Bundesleitung Aufrufe, um die nötigen Mittel zur Finanzierung einer sorgfältig vorbereiteten Aktion zu beschaffen.

«Mit Sorgen sehen viele den kommenden Auseinandersetzungen entgegen. Werden wir einem beschämenden Schauspiel des gegenseitigen

Herunterreissens, persönlichen Verunglimpfungen und Verdächtigungen aller Art beiwohnen? Sollen wieder die alten Gräben aufgeworfen werden?
Selbstverständlich hat jede politische Gruppe das gute demokratische Recht, grundsätzlich und positiv ihre Ansichten zu vertreten. Das wird der Stärke und Einigkeit des Schweizervolkes in keiner Weise Abbruch tun.
Während den Wochen, in denen von allen Seiten betont wird, was uns trennt, muss eine kräftige Stimme erschallen, die das hochhält, was uns eint.»

Das muss eine vorzügliche Propaganda allen Köpfen einhämmern und allen Herzen einprägen.

Neben die Partei-Plakate gehört an jede Anschlagstelle ein Plakat, das sagt: „Bürger, vergiss nie, was uns allen gemeinsam ist." In jeden Briefkasten gehört ein Flugblatt, das das Gleiche sagt. Mitten unter die Wahlinserate gehört wenigstens ein Inserat, das mahnt:

„Nicht der Nachbar, der politisch anders denkt, ist euer Feind!"

Eine solche Propaganda-Aktion ist in Vorbereitung. Einige der besten Künstler unseres Landes sind mit der Ausarbeitung der Inserate und Plakate beauftragt. Es fehlt nur noch eines — das Geld.

Wer Sonderinteressen vertritt, dem stehen fast unbeschränkte Mittel zur Verfügung: da öffnen sich die Portemonnaies und Checkhefte. Jetzt gilt es einmal zu berappen, nicht für das, was uns trennt, sondern für das, was uns eint!

Jeder trägt mit an der Verantwortung. Er handle entsprechend.

GOTTHARD-BUND

Die Bundesleitung

Der Präsident: | **Der Aktuar:**

Th. Spoerri | Chr. Gasser.

Prof. Th. Spoerri. | Dr. Chr. Gasser.

Was eint
ist recht
Was trennt
ist schlecht

Nationalratswahlen 1943

HERBERT LEUPIN

In dem von *Herbert Leupin* geschaffenen Plakat wurde der Grundgedanke der Aktion bildlich dargestellt.

Der Aufruf hatte einen für die damalige Zeit (und den damaligen Geldwert!) guten Erfolg; er ergab eine Summe von *Fr. 36 000.–.*

«Was eint ist recht, was trennt ist schlecht», französisch: «Qui unit construit, qui divise détruit» – dieser Slogan war an vielen Plakatwänden zu sehen, in Inseraten, im Textteil vieler Zeitungen und auf den verteilten Flugblättern zu lesen. Der Presse wurden 15 verschiedene Klischees zur Verfügung gestellt. Davon zwei Beispiele:

QUI UNIT, CONSTRUIT
QUI DIVISE, DÉTRUIT

Auch die nächsten Jahre müssen wir alle zusammenarbeiten

daher:

Was eint, ist recht —
Was trennt, ist schlecht

Gotthard-Bund

Die folgenden originellen *Verse* fanden besonderen Anklang:

Fern tobt der Krieg, der Wehrmann wacht.
Wir ahnen der Menschheit Qualen,
Doch haben wir unsere eigene Schlacht,
Wir stehen vor den Wahlen.

Gotthard Bund

Wir wohnen all im gleichen Haus;
Man sagt, dass wir Brüder seien.
Doch vor den Wahlen sieht es aus,
Als seien wir bloss Parteien.

Was? Einig sii und zämeschtah?
De Blitz chönnt eim is Hüsli schla.
Nei, das gaht nid, nei, drümal nei.
Mir sind ja nid i dr gliiche Partei.

Ein einzig Volch? Das war einmal!
Etz simmer nu na Find,
Etz hämmer Nationalratswahl
Und gänd üs uf de Grind!

Zu jedem der Verse war ein Bild vorhanden.

Den vielen Spendern wurde mit einem *Brief vom 10. November 1943* gedankt. Der Text spricht für den Erfolg der Aktion:

Was eint, ist recht – Was trennt, ist schlecht.

Unsere Aktion während den Nationalratswahlen 1943 war ein voller Erfolg. Landauf, landab konnten dank unseren Bemühungen die Entgleisungen früherer Wahlkämpfe vermieden werden. Wähler und Wahlkomitees scheinen sich unsere Mahnung zu Herzen genommen zu haben.

Der schönste Dank dürfte für alle sein, wenn die Idee des Plakates und der gute Gedanke des Wahlspruches über die Wahlzeit hinaus im Volk lebendig bleiben. Die eigentliche Bewährungsprobe der Schweiz steht wohl noch bevor; unser Volk dafür geistig schon heute gefestigt zu haben, waren es die Franken wohl wert, die auch Sie uns großzügig einbezahlten.

Wir hoffen, Sie schenken dem Gotthard-Bund auch in Zukunft Ihr Vertrauen.

Mit freundlichen Grüßen

GOTTHARD-BUND

Der Präsident: Th. Boerri

Der Sekretär: Vogelsang

Der Wahlkampf verlief denn auch in Würde und eingedenk der schwierigen Lage des Landes. Dazu die «Schweiz. Metallarbeiter-Zeitung«:

«Heute darf man wohl feststellen, dass der Wahlkampf (sofern man in diesem Zusammenhange überhaupt von ‚Kampf' reden will) im Vergleich zu den Vorkriegskampagnen viel von seiner Heftigkeit und Schärfe verloren hat. Gern haben die meisten Wähler auf die gegenseitigen persönlichen Anfeindungen und die politische Demagogie verzichtet, die bei früheren Wahlen eine ungleich grössere Rolle spielte als diesmal. Irgendwie hatten sich doch alle Wahlkomitees den Grundsatz zu eigen gemacht, der von einer überparteilichen Organisation im richtigen Augenblick verkündet worden war: ‚Was eint, ist recht – Was trennt, ist schlecht'.»

Bundesratswahl Dezember 1943

1943 trat Bundesrat Wetter zurück. Die Neuwahl eines Bundesrates wurde für Anfang Dezember nötig. In einem «Offenen Brief» an die Parteien trat die Bundesleitung des Gotthard-Bundes dafür ein, eine der

Arbeiterschaft nahestehende Persönlichkeit als neuen Bundesrat zu wählen. Zur Überwindung der kommenden Schwierigkeiten hielten wir es für nötig, die Regierungsbasis zu erweitern. Zudem hatte sich die Arbeiterschaft im Jahre 1940 als besonders zuverlässige Bevölkerungsschicht erwiesen.

Vor allem die Vertreter der Gewerkschaften im Nationalrat traten für den Eintritt der sozialdemokratischen Partei in den Bundesrat ein. Sie hatten Erfolg. Am 15. Dezember 1943 gingen bei 233 verteilten Stimmzetteln 181 gültige Stimmzettel ein (52 waren leer); absolutes Mehr 91; für *Ernst Nobs 122 Stimmen:* die Wahl erfolgte also im 1. Wahlgang. Erstmals wurde damit ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei in den Bundesrat gewählt.

6. «Jetzt schweizerisch denken»

Um die Aktion zu verstehen, die der Gotthard-Bund unter diesem Titel startete, muss man sich in die Lage der Schweiz zu Beginn des Jahres 1944 hineinversetzen. Nach dem Zusammenbruch des italienischen Widerstandes war die Schweiz stärker als je von den Nazis eingeschlossen. Die doppelte Blockade der Schweiz durch beide Kriegsparteien wirkte sich in zunehmendem Masse aus. Die täglich auf die Bevölkerung niederprasselnden Nachrichten über die Kriegsereignisse steigerten im fünften Kriegsjahr die «Labilität» der inneren Haltung. Auf der einen Seite machte sich – meist getarnt – die kommunistische Propaganda im Kielwasser der russischen Kriegserfolge erneut bemerkbar. Auf der andern Seite wurde die Invasion des europäischen Festlandes durch die Alliierten immer wieder hinausgeschoben. Was sollte man denken? Was tun? Nach was sich ausrichten?

Das sich abzeichnende, auf uns zukommende Chaos und das damit verbundene Elend umschreibt Kurt Vogelsang in einem Gotthard-Brief wie folgt:

«Auch wenn über Europa einmal die Friedensglocken läuten, wird dieser gepeinigte Erdteil doch keine Ruhe finden können. Millionen von Verschleppten, Millionen von Zwangsarbeitern, Millionen von Ausgebombten, Millionen von Kriegsgefangenen, Millionen von Flüchtlingen werden

heimwärts drängen. Nach Hunderten von Kilometern Marsch, Hunger und Strapazen kommen sie zurück in ihre Stadt, um vielleicht statt der Wohnung einen Trümmerhaufen, statt der Arbeitsstätte einen Schuttkegel vorzufinden. Dann wird sich der soziale Zerfall und die Verarmung fast aller Nationen offenbaren.»

Wie sich 1940 eine gefährliche «Aufweichung» gegen Norden und Süden entwickelt hatte, so bestand nun die Gefahr einer «Aufweichung» nach Osten und Westen. Die heute historisch erwiesene Nachgiebigkeit Roosevelts Stalin gegenüber erschwerte die klare Erkenntnis, wie wesensgleich das kommunistische Regime der Sowjetunion und dasjenige des Nationalsozialismus waren. Ein neuer ideologischer Krieg befand sich in voller Entwicklung.

Immer deutlicher stellte sich die Frage: Sind wir 1940 zusammengestanden gegen die «Anpassung», gegen das Schielen und Reislaufen über die Grenze nach Norden und Süden, *um gegen Osten und Westen nun umzufallen?* Eine deutliche Sprache wurde immer dringlicher. So versuchte der Gotthard-Bund einmal mehr, klaren richtungsweisenden Auffassungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Zur Finanzierung dieser Aktion mussten erneut beträchtliche Mittel bereitgestellt werden. Das war in immer wieder überraschendem Ausmass möglich, verlangte aber grosse Anstrengungen.

Um die Aktion «Jetzt schweizerisch denken» in genügend weite Kreise hinein wirken zu lassen, wurden neben überzeugenden Texten einprägsame «Figuren» geschaffen, welche die Aufmerksamkeit erregen und die Grundgedanken veranschaulichen sollten. Wir versuchten es mit Symbolfiguren, mit *«Jakob Windfähnli»* und *«Ueli Standfest»*.

Jakob Windfähnli
Sein oberster Grundsatz heisst «je nachdem». Besondere Fähigkeit: versteht es ausgezeichnet, seine «Gesinnung» den jeweils herrschenden Windrichtungen anzupassen.

Ueli Standfest
Ein Mann mit harter Schale, aber gutem Herzen. Besonderes Merkmal: liess sich 1940 nicht aus der Fassung bringen, als vielen das Rückgrat zu erweichen begann...

Eine Broschüre mit deutschem Text konnte im Herbst 1944 in einer Auflage von 350 000 gedruckt werden, um sie in den Städten Basel, Bern, Schaffhausen, St. Gallen und Winterthur an die Haushaltungen zu verteilen. Was in Zürich geschah, ist nicht mehr festzustellen. Für die Westschweiz fand eine analoge Aktion statt.

Seite 14 der verteilten Broschüre sah wie folgt aus:

Jakob Windfähnli

Ist anpassungsfähig. Im Juli 1940 hängte er ein Bild Hitlers in sein Wohnzimmer. Nach Stalingrad und El Alamein versetzte er es in eine Ecke des Kinderzimmers. Im Herbst 1943 stellte er es auf den Estrich.

1940/41 gehörte er zu den 83,000 regelmässigen Käufern des «Signal», das nun ebenfalls auf den Estrich wandert, um dem «Vorwärts» der Partei der Arbeit und den «Illustrated News» Platz zu machen.

Ueli Standfest:

«Das Ausland muss es wissen: Wer uns ehrt und in Ruhe lässt, ist unser Freund. Wer dagegen unsere Unabhängigkeit und unsere politische Unversehrtheit angreifen sollte, dem wartet der Krieg! **Wir Schweizer werden nicht ins Ausland wallfahrten gehn.**» So äusserte sich Bundesrat Obrecht 1940. Seine Worte gelten auch heute.

Ueli Standfest sagt auf seine Art: «Je meh mer höselet, desto meh wärdet mer uusglachet.»

Der

Gotthard-Bund

- will eine lebendige Demokratie herbeiführen durch Zusammenschluss der Besten unseres Volkes, gleich welchen Standes und welchen Berufes;
- will als freie und unabhängige Gemeinschaft für den Weg der Verständigung, vor allem auf sozialem Boden, kämpfen;
- will die in schöpferischer Arbeit tätigen Köpfe des Landes vereinen, um mit ihnen politische und wirtschaftliche «Generalstabsarbeit» zu leisten;
- will die offene Aussprache zwischen den verschiedenen Volksschichten und Interessengruppen;
- will eine Kerntruppe der inneren Front sein:

  gegen Defaitismus, Verantwortungslosigkeit, politische Trägheit, Zersetzung des Willens zur Selbstbehauptung;

  für Wehrbereitschaft, schweizerische Haltung, nationale Aktionen, Hilfe an bedrängte Mitbürger.

Wir verfolgen keine Sonderinteressen, sondern wollen dem Ganzen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft dienen. Wir sind davon überzeugt, dass nicht der rücksichtslose Interessenkampf, sondern die verantwortungsbewusste Zusammenarbeit aller Volkskreise in der Lösung der Gegenwartsfragen zum Ziele führt.

Der *Pressedienst des Gotthard-Bundes* wurde ganz in den Dienst der Aktion gestellt. 55 Zeitungen brachten einmal oder meist mehrmals die beiden Schweizer im Bild. Mehrere Dutzend Communiqués fanden Eingang in den Zeitungen.

Drei Wettbewerbe versuchten Grafiker, Schriftsteller und die breite Öffentlichkeit zum Mitdenken und Mithandeln anzuregen. Zwei Fragen wurden gestellt: «Was halten Sie für das grösste Übel unseres politischen

Lebens?» und «Welches ist die wichtigste, unserem Land in der Nachkriegszeit gestellte Aufgabe?» – Es gingen 670 Arbeiten ein, die von der Bundesleitung geprüft, ausgewertet und ausgezeichnet wurden.

Wie weit das angestrebte Ziel, eigenständiges schweizerisches Denken anzuregen, erreicht wurde, ist natürlich nicht mehr feststellbar. Anzeichen deuteten aber wenigstens darauf hin, dass die Erkenntnis in immer weitere Kreise drang, die in einem «Gotthard-Brief» wie folgt umschrieben wurde:

«Es geht um die *Auseinandersetzung zwischen totalitärem Kollektivismus und einer Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstverantwortung.*

Die Lösung der Probleme ist jedem Volke selbständig aufgegeben. Auch die Schweizerische Eidgenossenschaft wird in den kommenden Jahren nicht um eine klare und kühne Entscheidung herumkommen.

. . . . .

Die grosse und besondere Aufgabe der Schweiz besteht darin, den Beweis zu erbringen, dass die Wirtschaft die von ihr verlangten Leistungen in einer *freiheitlichen Ordnung* zu vollbringen imstande ist.»

Es dürfte nicht uninteressant sein, wer die Aktion «Jetzt schweizerisch denken» unterstützte. Im folgenden die *Liste der im Aufruf vom November 1944 angeführten Personen:*

Gérard Bauer, Stadtrat, Neuchâtel
Walter Blickensdorfer, Redaktor, Bülach
S. und M. Bruggisser, Fabrikanten, Wohlen
Adolf Brunner, Komponist, Hinwil
Emil Brunner, Dr., Professor, Zürich
John Brunner, Dr., Handelssekretär, Zürich
Traugott Büchi, Kaufmann, Küsnacht
Max Bühler, Buchdrucker, Zürich
Urs Bürgi, Dr. med., Zürich
Paul Cattani, Dr. med., Zürich
Georges Chavaz, Genève
Charly Clerc, Dr., Professor, Zürich
Walter E. Dietheim, Dr., Redaktor, Zürich
Charles F. Ducommun, Dr. rer. pol., Territet-Montreux
Robert Faesy, Dr., Professor, Zollikon
Rudolf Farner, Thalwil
Arthur Fischer, Dr., Prorektor, Thalwil
Hans Fischer, Dr., Rektor, Biel
Paul Frehner, Pfarrer, Emmenbrücke
Hans Frey, Dr. med., Aarau
Karl A. Frey, Ing., Wädenswil
Oskar Frey, Oberst, Schaffhausen
Christian Gasser, Dr., Genf
Wilhelm Gasser-Stäger, Dr., St. Gallen
J. J. Gautier, Dr., avocat, Genève
Albert Gerber, Bankverwalter, Frauenfeld
Albert Glatz, Fabrikant, Frauenfeld
Paul Gloor, Dr. jur., Basel
Jakob Haas, Zentralsekretär, Zürich
Adolf Hartmann, Professor, Aarau
Paul Haupt, Buchhändler, Bern
Henry Hentsch, professeur, Lausanne

Robert E. Hentsch, banquier, Genève
Charles Henri Hochstraßer, Kaufmann, Lugano
Fritz Hodel, Kaufmann, Riehen/BS
Rudolf Huber-Rübel, Betriebsingenieur, Zürich
Othmar Huber, Dr., Augenarzt, Glarus
Charles Huguenin-Sandoz, industriel, Neuchâtel
Albert Hunold, Dr., Sekretär, Feldmeilen
Georg Jäger, Metallarbeitersekretär, Arbon
Ernst Jucker, Sekundarlehrer, Tann-Rüti
Paul Junod-Bessire, fabricant, Bienne
Ulrich Justrich, Kaufmann, Walzenhausen
Hermann Karlen, Ingenieur, Emmenbrücke
Georges Keller-Schucan, Kaufmann, Zürich
J. W. Keller, Prof., Frauenfeld
Walter Kern, Verkehrsdirektor, Davos
Ernst Kind, Dr. phil., Rektor, St. Gallen
Pago B. Kindschi, Kaufmann, Davos-Platz
Henry C. Krafft, Dr. med., Lausanne
Adolf Lerch, Bankverwalter, Zofingen
Julien Lescaze, Rechtsanwalt, Genève
Melchior Leuzinger, Sekretär, St. Gallen
Hans C. Liechti-Quadri, Direktor, Auvernier
Alphons Maeder, Dr. med., Zürich
Paul Matter-Bally, Fabrikant, Kölliken
Oskar Mertens, Gartenarchitekt, Zürich
Pierre de Mestral Combremont, professeur, Genève
Dr. A. und K. Morf, Kfm., Wohlen
Gustav Morf, Dr. phil., Bern
Philippe Mottu, Dr., Bern
Philippe Müller, Sekretär der schweiz. Vereinigung
für den Völkerbund, Neuchâtel
Rudolf Müller, Pfarrer, Bern
Alfred Niederer, Fabrikant, Lichtensteig
Adolphe Niestlé, imprimeur, Auvernier
Max Oschwald, Dr., Zürich
Léo du Pasquier, Regierungsrat, Neuchâtel
Emile Privat, Dr., Genève
Robert Ritter-Zweifel, Dr. jur., Sirnach
Marc Rivier, Sekretär, Lausanne
Frédéric Roulet, Prof., Dr. med., Basel
W. Ruf, Dr., Redaktor, Basel
Karl Martin Sandreuter-Alioth, Dr., Advokat, Basel
Peter Sarasin-Alioth, Alt-Bandfabrikant, Arlesheim
Paul Schaefer, Dr., Wettingen
Otto Schild, Fabrikant, La Chaux-de-Fonds
Max Schloeth-von Brunn, Kaufmann, Binningen
Heinrich Schnyder, Nationalrat, Zürich
Arnold Schnyder, Landw.-Lehrer, Solothurn
Hans Werner Schollenberger, Kaufmann, Winterthur
Otto Schüepp, Prof., Dr., Reinach
Paul von Schultheß, Dr. med., Zürich
Fritz Schwarz, Redaktor, Bern
Max Silberschmidt, Professor, Zürich
Pierre Simon, Direktor, Zürich
Max Stehelin, Kaufmann, Flums
Theophil Spoerri, Dr., Professor, Zürich
Walter Steinmann, Ingenieur, Aarau
Hermann Georg Stokar, Kaufmann, Küsnacht
Fritz Streuli, Direktor, Schönenwerd
Max Tschamper, Dr. med., Aarau
Hans Tschopp, Kaufmann, Sissach
Maurice Veillard, juge de l'enfance, Lausanne
Charles Veillon, Kaufmann, Lausanne
Kurt Vogelsang, Kaufmann, Zürich
Fritz Vonaesch, Bankdirektor, Zurzach
Eugen Vogt-Wikart, Jugendsekretär, Emmenbrücke
Alfred Wartenweiler, Dr., Steckborn
Fritz Weber, Brauereibesitzer, Wädenswil
Werner Weber, Dr., Zug
Ad. Wirz, Reklameberater, Zürich
John Züst, Direktor, Luzern
Henri Zwahlen, professeur, Lausanne

III. Kriegsende und Nachkriegsjahre

1. Das «Friedensprogramm»

Die Verschonung unseres Landes und Volkes von den 1944 in ihrem vollen Ausmass noch kaum zu ahnenden Greueln des 2. Weltkrieges war ein unfassbares Wunder. *Arnold Muggli,* Chef der Sektion Rationierungswesen im eidgenössischen Kriegsernährungsamt, ein enger Freund Prof. Wahlens, gab dem *«Wunder unserer Verschonung»* in einem Gotthard-Brief Ausdruck:

«Unbegreiflich ist für jeden Einsichtigen, vor allem aber für jeden, der einen tieferen Einblick in die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Vorgänge erhielt, das Wunder unserer Verschonung vor Kriegselend und Hungersnot.

Ein Wunder ist für jeden Denkenden die Tatsache, dass wir seit fünf Jahren gute Ernten in unserem Lande zu verzeichnen haben, jedes Jahr zunehmend bessere Ernten. Soweit unser Erinnerungsvermögen reicht, können wir keine solche ununterbrochene Folge günstiger Landwirtschaftsjahre feststellen.

Leben wir nicht in einem sichtbaren Wunder?

Ein *Beispiel* möge dies dartun. Die schweizerischen Kartoffelerträge je Hektare ergaben im Jahresdurchschnitt 150–160 q, 1939: 131 q, 1940: 170 q, 1941: 182 q, 1942: 194 q, 1943: 206 q. Dabei handelt es sich nicht um die vermehrte Anbaufläche, sondern allein um den steigenden Ertrag einer immer gleich gross bleibenden Hektare Bodens.

Dass die Vermehrung der Anbaufläche zusammen mit dem steigenden Durchschnittsertrag uns eine Menge von Kartoffeln während diesen fünf Jahren zur Verfügung stellte, die uns erlaubte, den Schwierigkeiten in der Brotversorgung getrost ins Auge zu schauen, ist ja nur eines der vielen Wunder, in denen wir leben. Mein Einblick in die kriegswirtschaftliche Organisation des Bundes und der Kantone gestattet mir festzustellen, dass mit wenigen Ausnahmen vom letzten kriegswirtschaftlichen Gemein-

deangestellten bis zu den führenden Persönlichkeiten der schweizerischen Kriegswirtschaft unter Einsatz aller Kräfte das Menschenmöglichste getan wurde, um unserer Heimat das Durchhalten zu ermöglichen.

Was nützte uns aber alle Anstrengung, all unser Bemühen und unser Sorgen, wenn nicht Gott so sichtbar und in so unbegreiflicher Weise das Werk unserer Hände gesegnet hätte? Was nützte unser Wissen um das, was getan werden sollte, unser Suchen nach der gerechten Lösung, wenn er uns nicht die Kraft zur Ausführung und Weisheit zur Gestaltung schenken würde?»

Im Laufe des Jahres 1944, besonders nach der erfolgreichen Invasion Frankreichs, wurde immer erkennbarer, dass der Zusammenbruch der Achsenmächte sich näherte. Das Kriegsende mit allen neuartigen, sicher aber riesigen, sich auftürmenden Problemen stand bevor. Es lag nahe, die besonderen Aufgaben der Schweiz in der Nachkriegszeit zu durchdenken und möglichst präzis zu umschreiben.

Wieder unternahm es *Adolf Brunner,* der neben Prof. Theo Spoerri während längerer Zeit die Hauptarbeit in der Führung des Gotthard-Bundes leistete, die zu schaffenden *Arbeitsgruppen* zu leiten und zu koordinieren.

Erschwerend wirkte, dass sich immer deutlicher zeigte, wie sehr mit dem Wegfall der äusseren Bedrohung die «innere Front» auseinanderzufallen drohte. Der «Gotthard-Brief» vom 8. Februar 1944 umschrieb die auftauchenden Gefahren wie folgt:

«Unser nationales Leben verlangt die Zusammenarbeit. Zusammenarbeiten ist nicht selbstverständlich. Es muss dafür gekämpft werden. Heute dominiert die Interessenpolitik. Dieser wohlorganisierten Machtfront steht eine unorganisierte Front des Gemeinwohls und Gesamtinteresses gegenüber.

Daraus erwächst unsere staatspolitische Aufgabe: wir müssen die auseinanderstrebenden Interessen auf die dem Gesamtwohl entsprechende Richtung einordnen.

Wir versuchen dies zu erreichen, indem wir die Gegensätze ausgleichen, die Missverständnisse und Vorurteile ausmerzen, die schöpferischen Kräfte sichten, vereinen und zur gemeinsamen Arbeit einspannen. Wir wollen helfen, das Verständnis für die ‚Abenteuer' des Nächsten, die

Eigenarten anderer Stände, Berufe und des mannigfaltigen regionalen Lebens zu wecken. Im Widerstreit der Meinungen wollen wir jene Stimme erheben, die leidenschaftslos das uns allen Gemeinsame hochhält. Die Politik schliesslich benötigt ein Organ, das koordiniert und die Hierarchie der Dringlichkeit in der politischen Verwirklichung aufzeigt.

. . . . .

Wir sind davon überzeugt, dass nicht der rücksichtslose Interessenkampf, sondern die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Volkskreise in der Lösung der Gegenwartsfragen zum Ziele führt. Nur wer auf den politischen Machtkampf verzichtet, kann in der wirtschaftlichen und politischen ‚Mitte' eine Mission erfüllen.

. . . . .

Die Nachkriegsprobleme werden kaum leichter sein als diejenigen der Kriegszeit. Daher hegen wir den tiefen Wunsch, es möchte die Einsicht im kommenden Jahr noch wachsen, dass die Aussichten für den sozialen Fortschritt weit aussichtsreicher sind, wenn man ‚miteinander redet' als wenn man, wenn auch nur schriftlich, aufeinanderhaut (Prof. F. Marbach).»

«Wir sind uns viel zu wenig bewusst, in welch geradezu ‚verrückter' Lage sich unser Land befindet. Mitten in einem bis zum Exzess aufgewühlten Europa leben wir fast vollkommen abgeschlossen in einer Atmosphäre erstaunlicher politischer Trägheit und Unentschlossenheit.

Wir leben wieder in einer Scheinwelt; und wieder ist es für allzuviele eine Flucht vor der Wirklichkeit.

. . . . .

Wer über unsere Grenzpfähle hinauszusehen vermochte, der weiss heute, was totalitäre Ideen und totalitärer Staat heisst: jener vergottete und entgottete Staat, jenes ‚Tier aus dem Abgrund', dessen oberster Grundsatz lautet: Recht ist, was mir nützt. Es unterliegt keinem Zweifel, dass dabei ebenso an Deutschland wie an Russland zu denken ist, das in vielem noch ‚konsequenter' war als unser nördlicher Nachbar.»

Auch die um sich greifende Beunruhigung unserer Mitglieder verlangte nach einer zusammenfassenden Umschreibung einer *«Friedensvision»*. In den gegründeten Arbeitsgruppen versuchte man, in einen «Programm» die vor uns stehenden Aufgaben der Nachkriegszeit zu konkretisieren. Wir nannten die zu erarbeitende Darstellung: *«Friedensprogramm»*.

Die Arbeiten, zu denen eine ganze Anzahl von Fachleuten beigezogen

wurde, dauerten bis gegen das Frühjahr 1945, somit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.

Um die «Dramatik» der Zeit in Erinnerung zu rufen, sei erwähnt: Am 7. Mai 1945 erfolgte die bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Am 6. August 1945 fiel die erste Atombombe auf Hiroshima, drei Tage später eine zweite Atombombe auf Nagasaki, worauf auch Japan kapitulierte.

Im «Gotthard-Brief» Nr. 100 vom *20. April 1945* konnte das Ergebnis der Arbeiten am Friedensprogramm veröffentlicht werden. Gleichzeitig wurde der erarbeitete Text mit einem Kommentar in einer Broschüre veröffentlicht. Der einleitende *Aufruf der Bundesleitung* ist auf Seite 137 wiedergegeben.

Adolf Brunner gab in einem Referat am 22. Oktober 1977 an einer vom Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich einberufenen orientierenden Versammlung folgende kurze Zusammenfassung des gedanklichen Hintergrundes und der Forderungen:

«Der erste Teil hiess *Vollbeschäftigung freiheitlicher Ordnung.* Diese sollte herbeigeführt werden durch aktive Konjunkturpolitik auf der Geldseite, Koordination der Finanz-, Kredit-, Zins, Steuer-, Währungspolitik. Wir dachten auch, den Export in diese Konjunkturpolitik einzubeziehen. Wir haben sogar schon damals die Kontrolle der Zuwanderung der fremden Arbeitskräfte – es war noch am Ende des Krieges – gefordert. Wir sind auch eingetreten für die Erhaltung der landwirtschaftlichen Anbaufläche.

Im zweiten Teil, der betitelt war: *Mitspracherecht und Mitverantwortung des Arbeitnehmers,* traten wir für eine Allgemeinverbindlichkeit der Gesamtarbeitsverträge und für paritätische Arbeitsorganisationen ein, wir traten ein für die allgemeine Einführung von Betriebskommissionen in Betrieben, die eine gewisse Grösse erreicht hatten.

Der dritte Teil trug den Titel: *Durch Verfassungsrevision zur Verfassungstreue.* Nach Abbau der bundesrätlichen Vollmachten waren wir der Überzeugung, dass man nun die Regierungskompetenzen des Bundesrates neu und der Zeit entsprechend umschreiben müsse, auch den Ausbau des Rechtsstaates, Schutz der individuellen Freiheitsrechte, Ausmarchung der Souveränität zwischen Kantonen und Bund und den Ausbau der Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit.»

Es gibt nur einen Ausweg aus dem schweizerischen Malaise: das ist der Weg in die Zukunft. Es ist genug heruntergerissen worden. Jetzt muß aufgebaut werden.

Hier ist ein Programm, das in monatelanger, harter Arbeit unter Heranziehung von Sachverständigen aus allen Kreisen aufgestellt wurde. Es ist darin ein Weg gewiesen, auf dem eine gesunde *soziale Politik* durchgeführt werden kann, ohne dem Staat Kompetenzen zu geben, die den *Unternehmungsgeist* des freien, initiativen Bürgers unterbinden könnten. Manche Einzelheit mag Anstoß erregen, aber nur die Bemühung um die Durchführungsmaßnahmen kann die Entwicklung in Gang bringen. Der allgemeinen Ideen liegen genug in der Luft; es ist Zeit, an die konkrete Arbeit zu gehen.

Der Gotthard-Bund übergibt dieses Friedensprogramm der Allgemeinheit. Möchte es eine Diskussion anregen, die auch Taten hervorbringt und unserem Lande dazu verhilft, seinen Beitrag am Aufbau einer menschlicheren Welt zu leisten.

GOTTHARD-BUND

Die Bundesleitung:

Adolf Brunner — *Philippe Muller*
Christian Gasser — *Theophil Spoerri*
Jean J. Gautier — *Maurice Veillard*
Julien Lescaze — *Kurt Vogelsang*

Adolf Brunner fügte seinen Ausführungen an der ETH bei: «Ich bin immer noch der Ansicht, dass dieses Friedensprogramm das reifste Produkt unserer Gedankenarbeit gewesen ist.»

Der erste Entwurf des «Friedensprogrammes» führte im Laufe des Jahres 1945 innerhalb des Gotthard-Bundes unter spontan sich bildenden Gruppen von Mitgliedern und an mehreren Arbeitstagungen zu lebhaften Diskussionen. Der definitive ausführliche Text wurde an der *Tagsatzung vom 25. November 1945* jedoch einstimmig angenommen.

2. Die Tätigkeit des Gotthard-Bundes in den Jahren 1946 und 1947

Während der Arbeiten am Friedensprogramm setzte der Abstimmungskampf ein um die Aufnahme eines «Familienschutz»-Artikels in die Bundesverfassung. Die Abstimmung fand gleichzeitig mit unserer Tagsatzung am 25. November 1945 statt; sie führte zu der erfreulichen, deutlichen Annahme des *Verfassungsartikels 34 quinquies.* (Siehe S. 109 ff.)

Die Auseinandersetzungen um die *Gestaltung der AHV* wirbelten bedeutend mehr Staub auf, da beträchtliche Meinungsverschiedenheiten vor allem um das Finanzierungsverfahren bestanden. Der Gotthard-Bund war stärker als vor der Abstimmung über den Familienschutz-Artikel in die Diskussionen und vor allem in die Propaganda für die Abstimmung verwickelt, da der Bundessekretär Kurt Vogelsang auch Sekretär des Initiativ-Komitees und anschliessend des «Eidgenössischen Aktionskomitees für die AHV» war.

Am 6. Juli 1947 wurde – nachdem das Referendum gegen die Vorlage ergriffen war – das AHV-Gesetz mit grossem Mehr angenommen. Es trat am 1. Januar 1948 in Kraft. (Siehe S. 107 ff.)

Nach sechsjährigem erfolgreichem Wirken trat *Kurt Vogelsang* als Bundessekretär zurück, um eine eigene Firma zu gründen und zu leiten. Der Gotthard-Bund verdankt ihm sehr viel. Er blieb bis 1969 Mitglied der Bundesleitung.

Als seinen Nachfolger wählte die Bundesleitung R. Johanni.

Eine besondere persönliche Ehrung erlebte *Prof. Theo Spoerri* durch seine Wahl zum Rektor der Universität Zürich. Er konnte sich deshalb des Gotthard-Bundes nicht mehr in der bisherigen Form annehmen. Theo Spoerri wurde jedoch dazu bewogen, auch nach dem Antritt seines Rektorates Präsident des Gotthard-Bundes zu bleiben. Er hatte in all den vorangegangenen Jahren stets die «Klammer» gebildet, die es immer wieder fertigbrachte, die so verschiedenartigen Mitglieder des Gotthard-Bundes, wie auch die unterschiedlichen Charaktere der Mitglieder der Bundesleitung zusammenzuhalten. In der Bundesleitung waren zwar im Laufe der Jahre einige Wechsel eingetreten, aber der «Grundstock» konnte, vor allem dank der ausgezeichneten Arbeit von Adolf Brunner, erhalten werden. Mit allen ausscheidenden Mitgliedern blieb ein erfreulicher Kontakt bestehen. Kein einziger persönlicher Konflikt ist seit dem Sommer 1940, trotz aller sachlichen Meinungsverschiedenheiten, entstanden. Das war – es verdient nochmals betont zu werden – den Persönlichkeiten von Theo Spoerri und Adolf Brunner zu verdanken, die das uneingeschränkte Vertrauen aller besassen.

Es ist angebracht zu betonen, dass kein Mitglied der Bundesleitung – mit Ausnahme der hauptamtlichen Bundessekretäre – je eine Vergütung für die oft zeitraubende Tätigkeit erhalten hat.

3. Aktion:

Was dänkt der Ander?

Wieder standen für den Herbst 1947 Nationalratswahlen bevor. Die weniger bedrohliche äussere Lage des Landes liess die inneren Gegensätze lebendiger werden. Man glaubte, nicht mehr Rücksicht aufeinander nehmen zu müssen. Zudem hatte sich die Teuerung in der Nachkriegszeit verschärft, was neue Spannungen entstehen liess.

Der «kalte Krieg» hatte mit Heftigkeit eingesetzt und zerstörte die Hoffnungen von Hunderten Millionen Menschen. Bedrohliche «Gewit-

terwolken» erschienen am internationalen Horizont. Deshalb beschloss die Bundesleitung, ähnlich wie 1943 vor den Wahlen in die Bundesversammlung, eine aufrüttelnde Aktion durchzuführen unter dem Motto «Was dänkt der Ander?» In einem ersten Aufruf stand zu lesen:

«Zweimal hintereinander fanden die Nationalratswahlen im Zeichen der Grenzbesetzung statt, gleichsam bei ‚gedämpftem Trommelklang'. Dies gab dem Kampf eine mehr verhaltene Art. Heute ist diese Einengung weggefallen; und es ist gut, dass keine Drohung von aussen die freie Rede mehr behindert, dass jeder wieder aussprechen darf, was er meint.

Aber bei allem (notwendigen) Austragen der Gegensätze, dem Markieren der Abgrenzungen, wollen wir doch auch jetzt nicht vergessen, *was uns als Eidgenossen eint.* Dazu mahnt nicht nur die Erinnerung an die hinter uns liegenden Jahre der Grenzbesetzung, sondern auch der *Blick in die Zukunft.* Der internationale Horizont ist von Wolken verhangen, und niemand weiss, wann unser Volk wieder vor die Bewährungsprobe gestellt wird. Schichten wir daher im Wahlkampf keine derart hohen Dämme auf, dass sie uns im Mitbürger den Eidgenossen verdecken. Reden wir mit dem ‚andern' so, dass wir nach den Wahlen nicht erröten...»

Natürlich mussten auch diesmal wieder die nötigen finanziellen Mittel beschafft werden, was einmal mehr erstaunlich gut gelang, vor allem weil die Aktion durch eine eindrucksvolle Liste bekannter Persönlichkeiten unterstützt wurde. Es handelte sich im grossen Ganzen um dieselben Namen, wie sie Seite 118 wiedergegeben sind, mit einer Anzahl neu hinzugekommener, so u.a. Erwin Akeret, Dr., Redaktor, Winterthur; Pierre Aragno, Gewerkschaftssekretär, Neuchâtel; Roger Bonvin, Ingénieur, Sion (der spätere Bundesrat); Emile Giroud, Secrétaire de la FOMH, Bern; Hans C. Lichti-Quadri, Direktor, Auvernier; Arnold Mettler, Kaufmann, St. Gallen; Arnold Muggli, Sektionschef des KEA, Küsnacht-Zürich; Fritz Steinfels, Kaufmann, Zürich.

Als Wahrzeichen der Aktion wurde gewählt:

Bauer
Arbeitgeber
Arbeitnehmer
Städter

Nur durch Zusammenarbeit kann etwas Positives geschaffen werden!

Der erste Aufruf enthält einleitend folgenden Text:

«Der Gotthard-Bund will durch *persönliche Befragungen* die Anliegen der einzelnen Gruppen möglichst genau erfassen (keine öffentliche Befragung!).

Mit Fachleuten soll für die Vorbereitung und Durchführung der Befragungen zusammengearbeitet werden. Ein enger Kontakt mit aufgeschlossenen Vertretern der verschiedenen Interessenverbände ist wünschenswert und nötig.

Das Ergebnis der persönlichen Befragungen wird den *Inhalt* der zu unternehmenden Aktion bestimmen.»

Die Befragungen sollten zu einer möglichst genauen Umschreibung der Standpunkte der verschiedenen Gruppen führen, um die verschiedenartigen Anliegen möglichst verständlich zu machen.

Die Reaktion der Presse entsprach den Erwartungen. Freudige Zustimmung hier, herbe Kritik dort. Die Artikel des Pressedienstes wurden jeweils in 30 bis 60 Zeitungen wiedergegeben.

Besondere Beachtung fanden – wie bei früheren Aktionen – originelle Zeichnungen mit den dazugehörenden Texten, für die den Zeitungen Clichés oder Matern angeboten wurden. Sie erreichten eine besondere Anziehungskraft dadurch, dass der Redaktor des Nebelspalters, der bekannte *«Bö», Carl Böckli,* mehrere Zeichnungen mit dazugehörendem Text zur Verfügung stellte. Hier drei Beispiele:

Wenn ich Bundesrot wär,
ich würd ...

... herrschaft, jetzt isch mers im Momänt entfalle!»

«Nebelspalter»

«Glaubed Sie eigentlich, ich sei en Simpel? — Wänn ich en Simpel wär, chönt ich allwäg nüd säge, es sei alls verchehrt, was die andere mached!»

«Warum möged sich d'Mensche ächt nüd schmöcke?»

Eine Zusammenstellung geeigneter Zitate fand ebenfalls in der Presse ein erstaunlich grosses Echo, so insbesondere Zitate von Carl Hilty und Jeremias Gotthelf:

«Am Ende kommt es überall im Staatswesen weniger auf die theoretisch richtigen Ideen an, als auf die sich für dieselben interessierenden und dafür mit aller Kraft und Hingebung wirkenden Menschen.» C. Hilty

«Gar feinen Sinn haben die Menschen für die Schwäche des Nächsten; wenn der Sinn in allem so fein wäre, so wären wir sehr feine Menschen.» Gotthelf

Im Rahmen der Aktion «Was dänkt der Ander?» erschienen in folgenden Zeitungen grössere «Reportagen», die versuchten, Verständnis für die Auffassungen der «Andern» zu wecken:

Basler Nachrichten, Basel; National-Zeitung, Basel; Die Nation, Bern; Berner Tagblatt, Bern; Die Tat, Zürich; Tages-Anzeiger, Zürich; St. Galler Tagblatt, St. Gallen; Wochen-Zeitung, Zürich; Schaffhauser Nachrichten, Schaffhausen; Badener Tagblatt, Baden; Die Woche, Olten u. a. m.

Wenn man auch den «dämpfenden» Einfluss derartiger Bemühungen nicht überschätzen darf, so ist doch festzustellen, dass die Auseinandersetzungen der politischen Parteien sich auch 1947 in erstaunlich gemässigtem Rahmen bewegten.

4. Stop der Geldentwertung

Die Lohn-Preis- und die Preis-Lohn-Spirale wurde eigenartigerweise *nach* dem Kriegsende in der Schweiz immer bedrohlicher. Die Schrauben des Preis- und Lohngefüges lockerten sich in der Nachkriegszeit zusehends. Die während zwei bis drei Jahren, vor allem dank einer Verständigung der verschiedenen Wirtschaftsgruppen, erreichte Stabilisierung drohte durch eine eigentliche «Nachkriegs-Teuerung» in die Brüche zu gehen. Das mögliche «Instrumentarium» *indirekter* Massnahmen begann erst allmählich ins Bewusstsein weiterer Kreise zu treten. Die Teuerung machte einen Sprung nach oben und löste eine Art «Schreckreaktion» aus.

Entgegen den Erwartungen vieler, auch der Bundesbehörden (die Direktor Zipfel zum «Delegierten für Arbeitsbeschaffung» ernannt hatten), trat nach Kriegsende keine Arbeitslosigkeit auf wie nach dem Ersten Weltkrieg, sondern eine *«Über-Konjunktur»*.

Während der Jahre 1946 bis 1948 hatte sich der Gotthard-Bund deshalb im Sinne eines «Dauerauftrages» mit den Problemen der Geldentwertung zu beschäftigen. *«Stop der Teuerung»* war zur grossen *Gegenwartsaufgabe* geworden; denn die jährliche Teuerungsrate war noch keine «Selbstverständlichkeit». Das «Zeitalter der Dauerinflation» hatte erst begonnen.

Als Gotthard-Brief Nr. 124/125 erschien im November 1946 ein *«Manifest»* des Gotthard-Bundes:

«Die schweizerische Wirtschaft hat die Kriegsjahre unversehrt überstanden. Um so grösser ist die Bestürzung, sie heute auf dem Wege einer Entwicklung zu sehen, die täglich alarmierender wird.»

«Der Gotthard-Bund fordert alle in den Behörden und Verbänden Verantwortlichen auf, ihre ganze Kraft zur Lösung der grossen Gegenwartsaufgabe einzusetzen: *Die Teuerung abzustoppen.* Die Aufgabe ist gross, sie verlangt den guten Willen, den Einsatz der Intelligenz und des Könnens aller.»

Ausgangspunkt des «Manifestes» bildeten eine Anzahl vorbereitender Besprechungen in der Bundesleitung, eine grössere Zahl von Kontakten mit Exponenten verschiedener Wirtschaftsgruppen und ein vom Verfasser an der *Eidgenössischen Tagsatzung des Gotthard-Bundes* vom 16./17. November 1946 gehaltenes, die Vorbesprechungen zusammenfassendes Referat. Auch daraus einige Zitate:

«Wir leben in einer der tollsten Hochkonjunkturen, welche die Schweiz je kannte.

Im Juli dieses Jahres wurden in der ganzen Schweiz 678 und Ende Oktober 1122 Arbeitslose gemeldet, die niedrigsten je verzeichneten Zahlen! Es hat eine eigentliche Jagd nach Arbeitskräften eingesetzt.

.....

Die Disziplin der Kriegsjahre weicht einem ungezügelten Kampf der Interessengruppen. Die am schlagkräftigsten Organisierten beginnen auf Kosten derjenigen Volksteile zu profitieren, denen keine Druckmittel zur Verfügung stehen.

.....

Wir leben ‚en pleine confusion', wie ein westschweizerisches Blatt kürzlich schrieb. *Es fehlt am selbstverständlichen Vertrauen in die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Ordnung.* Das mag für die Ohren mancher hart klingen, aber es ist doch so.

. . . . .

Es ist nicht zu bestreiten, dass der Anstoss zu geradezu unsinnigen Lohnverhältnissen und dadurch ein Einbruch in das Preisgefüge des Landes von einzelnen Sektoren der Exportindustrie ausging und ausgeht, insbesondere von der Uhrenindustrie.

. . . .

Aus allem Gesagten geht hervor, dass wir die *primären Ursachen* des Preisauftriebes, der Überkonjunktur und Überbeschäftigung auf *im Inland liegenden Faktoren* zurückführen.

Es sind dies: die übersteigerte Autarkie,
die übersteigerten Investititionen aller Art und
die übersteigerten Staatsausgaben.

Diese entfesselten Kräfte können nur durch ein umfassendes Regierungsprogramm und entsprechende Taten gemeistert werden.»

Der Bundessekretär, unterstützt von Mitgliedern der Bundesleitung, nahm Kontakt mit einer grossen Zahl prominenter Exponenten der Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Zusammen mit einem grundlegenden Text wurden die Stellungnahmen dieser Persönlichkeiten in der *Broschüre «Stop der Geldentwertung»* veröffentlicht. Es wirkten mit:

Prof. Dr. A. Amonn, Bern, mit einer kurzen, präzisen Stellungnahme:
«Solange sich mehr Geld in den Händen der Wirtschaftssubjekte befindet, als zum Umsatz der auf den Markt gelangenden Warenmenge zu den bestehenden Preisen notwendig ist, oder, ganz einfach ausgedrückt, ‚mehr Geld in den Umlauf gebracht wird', werden die Preise steigen. Dagegen lässt sich auf die Dauer nichts machen. Man muss das Übel an der Wurzel packen und die Ursache beseitigen, an den Symptomen herumzukurieren hat keinen Sinn.»

Nationalrat Dr. Max Weber, Bern:
«Eine einzelne Wirtschaftsgruppe allein kann die Entwicklung nicht verhindern, auch nicht durch Verzicht auf Forderungen, da sie sonst unter die Räder käme. Ihr kann nur Einhalt geboten werden durch eine Verständigung aller Gruppen.»

Nationalrat A. Steiner, Zentralsekretär des SMUV, Bern:
«Unser grösster Feind ist die Teuerung. Ihr gilt der Kampf zum Wohl einer anständigen Lebensexistenz unserer Arbeiterschaft für heute und in der Zukunft.»

Prof. Dr. E. Laur, Brugg:
«Die Landwirtschaft würde jeden Preisstopp begrüssen, wenn die Produktionskosten, besonders die Löhne, gleichzeitig am weitern Ansteigen verhindert werden könnten. Solange im Ausland die Nachfrage günstig ist, lässt sich ohne Exportbeschränkung weder der Lohn- noch der Preisstopp in der Schweiz durchführen.»

Nationalrat Dr. P. Gysler, Präsident des Schweiz. Gewerbeverbandes, Zürich:
«Es wird die Sache der wirkungsvollen öffentlichen Aufklärung sein, alle Gruppen der Wirtschaft dafür zu gewinnen, das Gesamtwohl und ihr eigenes, dauerhaftes Interesse über die Augenblickserfolge zu stellen. Es sollte jetzt nicht mehr in erster Linie diskutiert, sondern im Sinn gemeinsamer Anstrengungen koordiniert gehandelt werden.»

Direktor Dr. H. Homberger, Vorort des Schweiz. Handels- und Industrie-Vereins, Zürich:
«Die Wirkung der Ausfuhr auf das inländische Preisniveau wird häufig zu einseitig gesehen. Es wird vergessen, dass die Inlandpreise zahlreicher Industrieprodukte von der Preiskontrolle nur deshalb verhältnismässig tief gehalten werden konnten, weil die Herstellerfirmen in der Lage waren und sind, sich am Export in gewissem Umfang zu erholen. Die Ausdehnung der Preiskontrolle auf den Export wäre eine gänzlich verfehlte und wirtschaftlich schädliche Massnahme. Was nottut, ist eine möglichst hohe Produktion, die Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit und eine möglichst ungehinderte Einfuhr.»

Die Broschüre enthält ferner Stellungnahmen von Privatdozent Dr. E. Küng, St. Gallen; Dr. Ch. la Roche, Zürich; Nationalrat Werner Schmid, Zürich; Nationalrat Dr. H. Munz, Meilen/Zürich; Nationalrat Ph. Schmid-Ruedin, Zürich; Dr. A. Schaefer, Generaldirektor der Schweiz. Bankgesellschaft, Zürich; P. Renggli, Direktor der ASUAG, Biel; Ständerat Dr. E. Speiser, Direktor der BBC, Baden; Dr. P. Gloor, Delegierter des Verwaltungsrates der Bell AG, Basel.

Ein *Stillhalteabkommen* zwischen den Spitzenverbänden der Wirtschaft – das sicher nicht vorwiegend auf die Bestrebungen des Gotthard-Bundes zurückzuführen ist, sondern auf die weitverbreitete Einsicht der massgebenden Persönlichkeiten – hatte einige Zeit eine «beruhigende» Wirkung auf die Teuerung. Die «pleine confusion» konnte aber nicht überwunden werden.

Im Schlussabschnitt der Broschüre «Stop der Geldentwertung» finden sich folgende Sätze, die bis heute Gültigkeit haben:

«Das in der Zeit äusserer Bedrängnis vom Gotthard-Bund geprägte Wort: ‚Was eint ist recht, was trennt ist schlecht!' hat im Kampf gegen die Teuerung seine besondere Bedeutung erlangt.

Was trennt: das ist das egoistische Verfolgen von Sonderinteressen, unbekümmert um das Gesamtwohl.

Was eint: das ist das Zusammenwirken aller im Masshalten, in der Disziplin, jene eidgenössische Gesinnung, die nicht nur fragt, was erhalte ich, sondern: Was trage ich selber im notwendigen Kampfe gegen die Teuerung bei?»

5. Ein neuer Anlauf

Adolf Brunner führte seit längerer Zeit als «Acting President» – wie wir ihn nannten – den Gotthard-Bund. Prof. Theo Spoerri blieb zwar Präsident, war aber durch seine Tätigkeit als Rektor der Universität Zürich so beansprucht, dass er Adolf Brunner für seinen Einsatz besonders dankbar war.

Die im Jahre 1948 entstandene aussenpolitische Situation, der Umsturz in Prag, das sich verschärfende Gegeneinander von «Ost» und «West», sowie der Zerfall des in den Kriegsjahren entstandenen innenpolitischen Zusammenhaltes beunruhigten Adolf Brunner immer mehr. Er führte mit Zustimmung der Bundesleitung Dutzende von Besprechungen durch, mehrmals mit Regierungs- und Nationalrat Dr. M. Feldmann und Arthur Steiner vom SMUV, Bern, ausserdem mit etwa zwanzig weiteren National- und Ständeräten. Er erinnert sich an folgende Namen: Urs Dietschi,

Solothurn, Dr. Thomas Holenstein, St. Gallen, Dr. Max Weber, Bern und Ständerat Prof. F. T. Wahlen, Zürich. Besprechungen fanden auch statt mit Arnold Muggli, Prof. Werner Kägi, Zürich, Theo Chopard, Bern, G. Zanetti, Präsident der christlichsozialen Gewerkschaften usw.

Adolf Brunner besitzt über die damaligen Unterredungen wie auch über die im folgenden erwähnten Zusammenkünfte leider keine Unterlagen mehr, ausser Notizen in seinem Taschenkalender, über die er den Verfasser orientierte. Sein Gedanke war, eine Art überparteiliche *«Fabian Society»* als geistigen Anreger und verbindendes Glied zu schaffen. Auf einer solchen «Plattform» sollten sich Parteivertreter treffen können, um über die «Gräben» hinweg für wichtige Fragen gemeinsame Ziele zu erarbeiten.

Die Leitung dieser Bestrebungen übernahm *Dr. M. Feldmann,* der spätere Bundesrat. Im folgenden wird das *Einladungsschreiben* zu einer ersten Besprechung im kleinen Kreise wiedergegeben. Es ist nicht zu erklären, warum Adolf Brunner dieser Besprechung nicht beiwohnte. Anwesend waren nach dem vorliegenden Protokoll Frau Prof. Alice Meyer, Zürich, in Vertretung von Frau Prof. Jeanne Eder, Zürich; Dr. h. c. Arnold Muggli, Küsnacht/Zürich; Prof. Christian Gasser, St. Gallen; Prof. Werner Kägi, Zürich; Nationalrat Arthur Steiner, Bern. R. Johanni (der Nachfolger von Kurt Vogelsang als Bundessekretär des Gotthard-Bundes) führte das Protokoll. An der Teilnahme verhindert und entschuldigt waren die Herren Nationalrat A. Favre, Sion; Stadtpräsident P. Graber, Lausanne; Nationalrat Dr. Max Weber, Wabern-Bern.

Die Besprechung wurde eröffnet durch ein *Referat von Prof. Dr. Werner Kägi,* Zürich. Im Protokoll ist es wie folgt festgehalten:

«Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg gab man sich unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Friedensillusionen hin. Die Alternative West-Ost war unentrinnbar.

Heute suchen wir in dieser Schicksalsgemeinschaft unseren Weg. Ein Haupthindernis ist dabei – die wirtschaftliche Hochkonjunktur. Ein trügerischer Wohlstand macht uns blind. – Erschreckend ist auch die Anfälligkeit der Intellektuellen. Als Beispiel: in einem kürzlichen Gespräch im engsten Kreis wurde ernsthaft die Frage der Existenzberechtigung der kleinen Staaten gestellt.

Das Einladungsschreiben:

Nach den alarmierenden Vorgängen in Prag wurden aus allen politischen Lagern von Links bis Rechts Stimmen laut, die auf das Dringendste eine überparteiliche Aktion zur Stärkung des schweizerischen Freiheitsbewusstseins forderten.

Tatsächlich wird die Eidgenossenschaft die neue totalitäre Bedrohung der Nachkriegszeit nur bestehen können, wenn der einzelne Bürger weiss, was der Verlust unserer Freiheiten und Institutionen zu bedeuten hätte.

Eine solche Aktion, über deren Ziel vorläufig in ganz allgemeiner Form das beiliegende Exposé Aufschluss gibt, kann nur auf breitester Basis, d.h. unter Beiziehung sämtlicher Parteien, Organisationen und Verbände, die auf dem Boden der Verfassung stehen, durchgeführt werden.

Zu prüfen ist die Frage, ob, und wenn ja, in welchem Zeitpunkt eine solche Aktion ausgelöst werden soll.

Zur Konstituierung eines provisorischen Arbeitsausschusses erlaube ich mir, Sie zu einer Besprechung einzuladen auf

Donnerstag, den 22. Juli 1948

14.30 Uhr, Hotel Metropol, I. Stock

B e r n

Ich bin Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir umgehend zur Kenntnis bringen könnten, ob Sie meiner Einladung Folge leisten können.

Ich grüsse Sie mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Feldmann

Dr. M. Feldmann, Nationalrat

Wir sind überzeugt, dass eine geistig-politische Aktivierung nötig ist. Gegen wen und für was gilt unser Widerstand? Ganz bestimmt gibt es eine sehr ernste Bedrohung durch den jungen Wirtschaftsimperialismus der USA. Die entscheidende Gefahr ist aber die östliche Bedrohung! Sie ist wesentlich gefährlicher! Die Nationalsozialisten waren Dilettanten der Macht; sie *mussten* an ihrer Unbeherrschtheit scheitern. Heute sind aber im Osten die raffiniertesten Techniker der Massenpropaganda am Werk.

Die Frage der künftigen Landesverteidigung müssen wir unter der Voraussetzung beurteilen, dass die amerikanische Verteidigungslinie an den Pyrenäen liegt. Es gibt nur eine Haltung: die Schweiz kann und muss sich verteidigen. Wir dürfen nicht die Machtchancen abwägen. Für uns liegt der Sinn für unseren Staat in unserem Staat selbst. Wir können nur in unserem Staat weiterleben. (Finnland!)

Die europäische Lage verlangt den totalen Widerstand: militärisch – wirtschaftlich – geistig-politisch.
Militärisch und wirtschaftlich wird mehr getan als öffentlich gesagt wird. Ich bin nicht dazu berufen, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Geistig-politisch muss aber der Widerstand aktiviert werden. Der militärische und wirtschaftliche Widerstand ist nur sinnvoll, wenn geistig-politisch ein Widerstand möglich ist.

Wie aber ist ein geistig-politischer Widerstand möglich?
Die Widerstandskraft eines Volkes ist mehr die Frage der Haltung des Einzelnen. Die Haltung eines Volkes ist bedingt durch die geistige Haltung jedes Einzelnen. Der Geist der Freiheit ist der Geist des Widerstandes. Dieser Geist wird getragen durch die Tatsache, dass man in einem Rechtsstaat leben darf. Widerstand ist jedoch eine spontane Erscheinung, er lässt sich nicht von vornherein «organisieren». Grundbedingung: eine gesunde Innenpolitik. Was wir in der Innenpolitik versäumen, kann keine Widerstandsbewegung nachholen. Es gibt Möglichkeiten der geistigen Vorbereitung. Eine solche Aktion darf aber folgenden Fehlern nicht verfallen:

1. *Nicht Anti-Staat!*
   Die verhängnisvolle Dialektik der ausländischen Innenpolitik war ihre Anti-Haltung (NSDAP = Anti-Kommunismus; KP = Anti-Nazismus und Anti-Faschismus). Wir brauchen eine Pro-Politik, die Konzentration *für* etwas.

2. *Keine falsche Taktik!*
   Was die Frage der Taktik anbelangt, so müssen wir einmal die Geschichte der KP studieren und dann verlieren wir etwas von unserer Naivität. Wo jedoch die richtige geistige Haltung da ist, da ist im gegebenen Moment auch der richtige taktische Weg klar.

3. *Keinen staatsbürgerlichen Unterricht in irgendwelcher Art!*
   Ein schlechter Konfirmandenunterricht erzieht Atheisten; ein schlechter Staatsbürgerunterricht erzieht passive Bürger. Es geht um die Elemente der politischen Anschauung! Die Gemeinsamkeiten müssen von neuem klar bewusst gemacht werden.

4. *Keinen Burgfrieden zwischen den Parteien!*
   Parteien sind das Salz der Demokratie. Es gibt keine Demokratie, wo nur eine Partei herrscht. Wir brauchen keinen Burgfrieden im schwächlichen Sinn des Wortes, aber im Blick auf die Weltlage müssen wir die Gemeinsamkeiten nicht aus dem Auge verlieren.

Bei allen Gegensätzen sollten wir uns darüber klar sein, dass wir unsere Reformen unter uns selbst ausmachen wollen. Man muss den Eindruck haben, dass mit diesem Volk «nichts zu machen» ist!

Abschliessend möchte ich ohne jedes Pathos bekennen, dass ich daran glaube, dass wir in einer geschlossenen Haltung auch weitere Katastrophen überstehen werden.»

In der folgenden Aussprache wiesen *Muggli* und *Feldmann* auf die «Entleerung der Begriffe» und die erschreckende Unkenntnis über die entstandene internationale Lage hin. *Gasser* und *Steiner* diskutierten vor allem die Möglichkeiten und Grenzen einer «Aufklärungskampagne». Steiner betonte: «Notwendig ist eine Aktion zur Befreiung der sich mehr und mehr vergiftenden Atmosphäre und zur Lösung der akuten Spannungen in wirtschaflichen und sozialen Fragen ... Unsere erste Aufgabe ist, einzutreten für eine gesunde Innenpolitik.

Feldmann beantragte zum Abschluss der Besprechung folgendes:

1. Die heutige freie Zusammenkunft beschliesst im Prinzip die Durchführung einer Aufklärungsaktion (politisch-geistiger Widerstand) und wird die Sache weiter verfolgen.
2. Der Vorsitzende der heutigen Konferenz wird ermächtigt und beauftragt, auf die zweite Hälfte September zu einer zweiten Sitzung einzuladen, an der eine *politische Aussprache* stattfinden soll. – Den heute

anwesenden Damen und Herren sowie den entschuldigt Abwesenden soll über den Verlauf der heutigen Konferenz ein Protokoll zugestellt werden.

3. Bis zur nächsten Sitzung wird als *Sammelstelle für Information* Rudolf Johanni, Bundessekretär des Gotthard-Bundes, Postfach 7, Zürich 22, Telefon 051 / 234389, bezeichnet. Er hat das eingehende Material zu ordnen.
4. Prof. Gasser wird beauftragt, der im September stattfindenden Besprechung im Sinne seiner heutigen Ausführungen eigentliche Mustervorlagen für die Durchführung der Aktion zu unterbreiten, damit dann die Beschlussfassung über die Anträge Gasser vorgenommen werden kann.

Dr. Feldmann und Arthur Steiner waren beide der Meinung – so berichtet Adolf Brunner –, der Gotthard-Bund müsse weiter bestehen. Steiner sah besonders die Gefahr der kommunistischen Unterwanderung der Gewerkschaften.

Die in Aussicht genommene *zweite Besprechung* in einem grösseren Kreise fand erst *während der Dezember-Session der Bundesversammlung* wieder im Hotel Metropol in Bern statt. Als Unterlage für die zweite Besprechung wurde ein Text vorbereitet, dem das Folgende entnommen sei:

«*Der beste Weg*
zur Stärkung der Wehrbereitschaft und zur Abwehr aller Zersetzungsversuche ist ein erneutes Bewusstwerden der Einzigartigkeit unserer staatlichen Fundamente in den Köpfen aller Bürger durch Konkretisierung dessen, was wir ‚unveräusserliche Freiheiten' nennen.»

«Freiheit muss jederzeit neu errungen werden. Sie bedeutet für den Schweizer nur allzu oft etwas selbstverständliches, so, wie jedem gesunden Menschen, der erst wahrnimmt, was für ein unschätzbares Gut die Gesundheit ist, wenn er sie verloren hat. Die totalitäre Taktik ist bekanntlich die, Begriffe wie Demokratie oder Pressefreiheit (um nur zwei zu nennen) bestehen zu lassen, sie aber mit einem ganz neuen, sinnfremden *Inhalt* zu füllen. Will man dieser Methode erfolgreich begegnen, so gibt es keinen besseren Weg als dieser Sinnverdrehung zuvorzukommen, indem man den ursprünglichen Inhalt dem Bürger von neuem verständlich und lebendig macht.

Die Schweiz besitzt über alle Parteiideologien hinweg gemeinsame moralisch-politische Grundüberzeugungen. Ohne ein solches Fundament klarer und eindeutiger Begriffe gibt es keine staatliche Gemeinschaft, gibt es vor allem keine demokratischen Spielregeln, die nur funktionieren, wenn der an sich notwendige Parteikampf keine selbstmörderischen, staatsauflösenden Formen annimmt. Diese moralisch-politischen Grundüberzeugungen gilt es, mit der geplanten Aktion erneut bewusst zu machen und zu stärken.»

In verschiedenen Unterredungen wurde der vergrösserte Kreis der Einzuladenden festgelegt. Die vorhandene Liste enthält folgende Namen (wer tatsächlich anwesend war, ist nicht mehr festzustellen):

Eder Jeanne, Frau Prof. Dr., Zürich,
Präsidentin des Internationalen Frauenrates
Feldmann Markus, Dr., Regierungsrat, Bern *
Gasser Christian, Prof. Dr., St. Gallen
Muggli Arnold, Küsnacht/Zürich
Steiner Arthur, Nationalrat, SMUV, Bern
Bonvin Roger, Major, Sitten *
Bridel Gaston, rédacteur en chef, Genève
Bringolf Walther, Nationalrat, Stadtpräsident, Schaffhausen
Carlier M. Mme., Genève
Celio Nello, Staatsrat, Bellinzona *
Favre Antoine, Prof., Sion
Graber Pierre, Nationalrat, Stadtpräsident, Lausanne *
Holenstein Thomas, Dr., Nationalrat, St. Gallen *
Kägi Werner, Prof. Dr., Zürich
Kissel M. Frau, Rheinfelden, Präsidentin der sozialen Frauengruppen der Schweiz
Langhart Oscar, Direktor, Bern
Lepori Giuseppe, Lugano *
Oprecht Hans, Dr., Nationalrat, Präsident der SPS, Zürich
DuPasquier Léo, anc. Conseiller d'Etat, Genève
Pini Aleardo, Nationalrat, Präsident der FdP der Schweiz
Rappard William, Prof. Dr., Genève
Rutishauser Georg, Oberkriegskommissär, Bern
Von Salis J. R., Prof. Dr., Zürich
Stampfli Walter, Dr., a. Bundesrat, Gerlafingen
Wahlen F. T., Prof., Ständerat, Zürich *
Weber Max, Dr., Nationalrat, Direktor des VSK, Basel *

* spätere Bundesräte

Wie Adolf Brunner berichtet, waren an der Zusammenkunft *20 bis 25 Teilnehmer* anwesend.

Die Besprechung leitete wieder Dr. Feldmann. *Adolf Brunner* hielt, nach einer Einführung durch Dr. Feldmann, das grundlegende Referat. Der Text dieses Referates ist leider nicht mehr aufzufinden, geht jedoch im wesentlichen aus den zitierten Texten der vorhandenen Dokumente hervor.

Adolf Brunner schildert aus dem Gedächtnis die *Diskussion* wie folgt:

Mit vielen wohlwollenden Worten wurde das Wirken des Gotthard-Bundes gewürdigt, insbesondere dessen Leistungen zugunsten der AHV. Dann aber folgten in fast allen Voten Vorbehalte: Die Situation habe sich in der Nachkriegszeit geändert; ein Burgfrieden zwischen den Parteien sei nicht mehr da; die verschiedenen Parteien müssten wieder für sich sorgen, sich wieder profilieren.

Adolf Brunner führte anschliessend an die Zusammenkunft noch mehrere persönliche Besprechungen durch, fand jedoch nicht die ihm nötig scheinende Resonanz. Er wurde mehr und mehr entmutigt und gab schliesslich seine Pläne als hoffnungslos auf.

An einer *Tagung des Gotthard-Bundes in Magglingen* am 19./20. Dezember 1948 berichtete Adolf Brunner über den Misserfolg seiner Bemühungen; er gab seiner Meinung Ausdruck, dass 1948 die während der Kriegsjahre so wichtige Aufgabe des Gotthard-Bundes erfüllt sei und beantragte dessen Auflösung. Dafür fand sich jedoch keine Mehrheit, worauf er als Mitglied der Bundesleitung zurücktrat. Die guten menschlich-persönlichen Beziehungen blieben aber erhalten.

Bald darauf erhielt Adolf Brunner einen Ruf an das Studio Zürich des Landessenders Beromünster, wo er während der Jahre 1949 bis 1960 die Abteilung *«Politik und Aktualität»* (Echo der Zeit, Gespräche am Runden Tisch und andere Sendereihen) aufbaute.

Nach dem Rücktritt von Adolf Brunner aus der Bundesleitung übernahm Prof. *Philippe Muller*, Neuchâtel, die aktive Leitung. Prof. Theo Spoerri blieb Präsident.

Die Tätigkeit konzentrierte sich stärker als bisher auf einen Kern, den Freundeskreis der Bundesleitung und auf Personen, die mit deren Mitgliedern verbunden waren. Die Arbeiten fanden vorwiegend in den

Gotthard-Briefen ihren Ausdruck, ausgehend von der «politischen Situation der Schweiz» 1950/51. Die Wiedergabe einer grösseren Zahl von Interviews, wohl das interessanteste mit a. Bundesrat Max Petitpierre, unterbrachen die Darstellung der eigenen Arbeiten. Immer wieder wurde auf die einzigartige Stellung der Schweiz in den aussenpolitisch so bewegten Jahren 1950 bis 1960 hingewiesen: «Les chances de la petitesse et les risques de la grandeur.» Nach 1965 befasste sich eine Arbeitsgruppe intensiv mit den Aufgaben und Schwierigkeiten einer Totalrevision unserer Bundesverfassung.

Eine anschauliche und umfassende Darstellung findet sich in dem Buch von *Philippe Muller «Vingt ans de présence politique»*, erschienen 1974 im Verlag «à la Baconnière», Boudry/Neuchâtel. Das Buch gibt ein lebendiges Bild der Tätigkeit bis zur formellen Auflösung des Gotthard-Bundes am 28. Juni 1969.

6. Ein Abschiedsbrief

Bundesrat F. T. Wahlen richtete 1969 folgenden Brief an die Bundesleitung des Gotthard-Bundes, dessen Text abschliessend mit einigen Kürzungen wiedergegeben sei:

«Wer den zweiten Weltkrieg miterlebt hat weiss, dass die Kumulation innerer und äusserer Gefahren nie so gross war wie im Sommer 1940. Nach der winterlichen Periode der 'drôle de guerre' kamen der deutsche Überfall auf Dänemark und Norwegen und der Zusammenbruch Frankreichs als schwerer Schock. Hitler und Mussolini herrschten uneingeschränkt über Kontinentaleuropa. Mit der vierten Teilung Polens hatten sich das Dritte Reich und die Sowjet-Union auf Kosten des Opfers geeinigt. Nur England blieb als ernst zu nehmender, aber doch durch den Rückschlag von Dünkirchen stark geschwächter Gegner der totalitären Staaten übrig. So war die Schweiz eine kleine Insel der Freiheit in einer von totalitärer Willkür beherrschten Umwelt, täglich von einem Angriff bedroht, der von einem unberechenbaren 'Führer' ausgelöst werden konnte.

Es verdient festgehalten zu werden, dass sich in dieser entscheidenden Zeit unsere Staatsform der direkten Demokratie bewährte, indem der Widerstand aus dem Volk heraus sich regte und Kristallisationspunkte

fand. Als ein solcher ist der Gotthard-Bund zu nennen. Von einer Gruppe einsichtiger, um das Wohl des Landes besorgter und opferwilliger Männer gegründet, von denen ich einige zu meinen Freunden zählen durfte, hat er in dieser schweren Zeit Grosses geleistet. Es ist hier nicht der Ort, all seine Initiativen und Aktionen aufzuzählen, aber es sei mir doch gestattet, meiner Dankbarkeit für die hinreissende Art Ausdruck zu geben, mit welcher der Gotthard-Bund das nationale Anbauwerk unterstützte.

In dem seit Kriegsende verflossenen Vierteljahrhundert ist der Gotthard-Bund seiner Zielsetzung treu geblieben und hat immer wieder zu eidgenössischen Tagesfragen in aufbauender Weise Stellung bezogen, zuletzt zum zukunftsträchtigen Problem der Totalrevision unserer Bundesverfassung.

In Blick auf das Geleistete, für das unser Land den Gründern und Fortsetzern der Arbeit grossen Dank schuldet, kann man den Beschluss zur Auflösung des Bundes nur mit Bedauern zur Kenntnis nehmen. Die Bundesleitung folgt mit ihrem Antrag dem Rat, den uns Jakob Lorenz in seinen 'Zeitlosen Wahrheiten' hinterlassen hat: 'Es ist ebenso wichtig, im rechten Moment abzutreten, wie aufzutreten'. Die Kräfte aber, die der Gotthard-Bund geweckt und gepflegt hat, bleiben. Sie werden im kritischen Moment zum Segen unseres Landes einen neuen Kristallisationspunkt finden.

So ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren der Bundesleitung, für all das, was der Gotthard-Bund unserm Land gegeben hat, den warmen Dank auszusprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
F. T. Wahlen»

Anmerkung

In Band IV der «Geschichte der schweizerischen Neutralität», erschienen 1970 im Verlag Helbling & Lichtenhahn, Basel und Stuttgart, nahm Prof. Edgar Bonjour Ausführungen über den Gotthard-Bund auf, die einer Richtigstellung bedürfen. Prof. Bonjour hat für seine Darstellung nie mit einer der führenden Persönlichkeiten des Gotthard-Bundes Fühlung genommen und nie Einsicht in irgendwelche Akten gewünscht, trotzdem ihm dies angeboten wurde.

S. 217 findet sich über den Gotthard-Bund der Satz: «Diese Aktion, hinter der die Oxford-Bewegung stand, wurde zunächst auch von der Sozialdemokratie lebhaft begrüsst.» Dazu siehe u. a. S. 28 und 44 des vorliegenden Bandes. Wohl waren Prof. Theo Spoerri und Philippe Mottu, die zum Gründerkreis des Gotthard-Bundes gehörten, profilierte Anhänger der Oxford-Bewegung. Jedes Mitglied des Gründerkreises stand einer Organisation nahe. Die verschiedensten Gerüchte gingen um. Gewisse «Gerüchtebildner» wollten wissen, Duttweiler stecke hinter dem Gotthard-Bund. Andere sprachen vom «Bund der Subventionslosen» als massgebender Kraft. Es kennzeichnet den engeren Kreis der Mitglieder und besonders den Kreis der Bundesleitung, dass sie sich davor hüteten, in die Privatsphäre des andern hineinzuregieren.

Der Satz, der Gotthard-Bund sei «zunächst auch von der Sozialdemokratie lebhaft begrüsst» worden, kann nur von jemandem stammen, der die wirklichen Verhältnisse nicht kennt. Tatsache ist, dass von Anfang an in der Stellung zum Gotthard-Bund ein Riss durch die sozialdemokratische Partei ging.

Seiten 217/218 des Buches von Prof. Bonjour finden sich ferner folgende Sätze: «Bald schon aber traten Risse und Sprünge im Gefüge des Bundes auf; es fehlte ihm, wie einer seiner zeitgenössischen Kritiker bemerkte, an Schärfe des Verstandes und an Energie des Handelns, so dass sich die zum Widerstand Entschlossenen enttäuscht von ihm abwandten.» Offenbar war für Prof. Bonjour der aus dem Gründerkreis ausgeschiedene Walter Allgöwer die einzige Informationsquelle. Der Austritt von Walter Allgö-

wer stellte im Juli 1940 den einzigen «Riss und Sprung» dar. Das Urteil darüber, ob die übrigen Mitglieder als Personen gelten können, denen die «Schärfe des Verstandes» und die «Energie des Handelns» fehlten, überlassen wir dem Leser. Tatsache ist, dass erst nach den kurzen Auseinandersetzungen mit Walter Allgöwer der eigentliche Aufbau des Gotthard-Bundes begann; er entwickelte sich zu einer Organisation von rund 8000 Mitgliedern.

Prof. Philippe Muller äusserte sich in einem Referat an der vom ETH-Archiv für Zeitgeschichte im Juni 1978 einberufenen Zusammenkunft zu den Darstellungen von Prof. Bonjour wie folgt: «J'ai lu avec consternation les deux volumes de mon collègue Bonjour. L'historien ne voit pas ce qu'a été la Ligue du Gothard. Le résultat est quelque chose d'absolument incompréhensible pour tous ceux qui ont vécu les événements».

Die Darstellung der Gründungsphase des Gotthard-Bundes durch Prof. Bonjour ist zu bedauern. Der Leser kann sich anhand der in diesem Buch wiedergegebenen Dokumente und der zusammenfassenden Darstellung selbst ein Bild der wirklichen Verhältnisse machen. Die nötige Richtigstellung überlassen wir deshalb dem Leser.

Namensregister

Christian Gasser gehörte 1940 zu den Gründern des Gotthard-Bundes und blieb bis zu dessen formeller Auflösung 1969 Mitglied der Bundesleitung. Das vorliegende Buch entstand nach Durchsicht einer Unmenge von Akten, die bei ihm selbst lagerten, beim Bundessekretariat abgelegt waren und von führenden ehemaligen Mitgliedern des Gotthard-Bundes zur Verfügung gestellt wurden.

Das Vorwort von a. Bundesrat Wahlen drückt dessen besondere Verbundenheit mit dem Gotthard-Bund aus.

Gasser beabsichtigt nicht, seine persönlichen Ansichten und Wertungen wiederzugeben, sondern auf Grund der gesicherten Unterlagen dem Leser ein objektives Bild der tatsächlichen Vorgänge zu ermöglichen.

Das Jahr 1940 stellte das Schweizervolk mitten in eine der grössten Prüfungen seiner Geschichte. Die „Maginotlinie", der als unbezwingbar geltende Befestigungsgürtel Frankreichs, schien der Schweiz – wie im Ersten Weltkrieg – erneut eine Stellung *zwischen* den verfeindeten Mächten zu sichern. Der Zusammenbruch Frankreichs, der Rückzug der englischen Armeen über den Ärmelkanal und der Kriegseintritt Italiens auf der Seite der Nationalsozialisten führten dazu, dass die Schweiz von *einer* Kriegspartei umgeben war. Der Schock war gross.

Im Frühjahr 1940 fanden erste Kontakte zwischen Persönlichkeiten der verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Gruppen statt. Ende Juni war es möglich, einen formellen Zusammenschluss zu erreichen. Der Gotthard-Bund war als schweizerische Widerstandsbewegung gegründet.

Der Leser findet eine lebendige Schilderung der Auseinandersetzungen während der Gründungszeit und der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegsjahre.

Christian Gasser wurde 1906 geboren, war beruflich vorerst 18 Jahre im Versicherungswesen tätig, wurde dann als Professor an die Hochschule St. Gallen berufen. Von 1953 bis 1960 war er Mitglied der Konzernleitung der Georg Fischer AG, Schaffhausen. Er erwarb dann die Mikron Maschinenfabrik in Biel. In der 1961 gegründeten Mikron-Holding wurden mehrere Firmen zusammengefasst. Gasser leitete die Mikron-Gruppe bis zum Herbst 1979.

ISBN 3-258-03354-4